

Einseitig, unkritisch, regierungsnah?

**Eine empirische Studie zur Qualität
der journalistischen Berichterstattung
über die Corona-Pandemie**

Autoren:

Prof. Dr. Marcus Maurer · Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Prof. Dr. Carsten Reinemann · Ludwig-Maximilians-Universität München

Simon Kruschinski · Johannes Gutenberg-Universität Mainz



Inhaltsverzeichnis

Das Wichtigste in Kürze	4
1. Erkenntnisinteresse	6
2. Ereignishintergrund	7
2.1 Der Verlauf der COVID-19-Pandemie in Deutschland	7
2.2 Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie in Deutschland	9
2.3 Die Wahrnehmung der Pandemie durch die deutsche Bevölkerung	10
3. Die Rolle der Medien	14
3.1 Journalismus in der Pandemie	14
3.2 Informationsquellen der Bevölkerung in der Pandemie	15
3.3 Bewertung der Medienberichterstattung durch die Bevölkerung	17
4. Methode	19
4.1 Anlage der Inhaltsanalyse	19
4.2 Untersuchte Dimensionen journalistischer Qualität	20
5. Ergebnisse	22
5.1 Relevanz	23
5.2 Vielfalt	27
5.3 Sachlichkeit/Neutralität	33
5.4 Richtigkeit/Sachgerechtigkeit (deskriptive Qualität)	35
5.5 Ausgewogenheit (deskriptive Qualität)	43
5.6 Einordnung/Kontextualisierung (analytische Qualität)	51
6. Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen	55
7. Förderer, Autoren und Dank	59
8. Literatur	60

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

Die vorliegende Studie untersucht die Qualität der Medienberichterstattung über die Covid-19-Pandemie in Deutschland zwischen dem 1. Januar 2020 und dem 30. April 2021 in elf Leitmedien mit unterschiedlichen redaktionellen Linien, darunter sieben Online-Nachrichtenangebote (**faz.net · sueddeutsche.de welt.de · bild.de · spiegel.de · focus.de und t-online.de**) und vier Fernseh-nachrichten-Formate (**Tagesschau – ARD, heute – ZDF, RTL aktuell und ARD Extra zur Corona-Pandemie**). Die Qualität der Medienberichterstattung messen wir dabei an frühere Studien anknüpfend auf sechs Dimensionen: 1) Relevanz, 2) Vielfalt, 3) Sachlichkeit / Neutralität, 4) Richtigkeit / Sachgerechtigkeit, 5) Ausgewogenheit und 6) Einordnung / Kontextualisierung.

Zentrale Befunde:

Relevanz: Zwischen der Intensität der Medienberichterstattung über die Pandemie und der Intensität des Infektionsgeschehens bestand ein eher loser Zusammenhang. Zwar berichteten die Medien während der drei Pandemie-Wellen häufiger über die Pandemie als zwischen den Wellen. Allerdings lag der Höhepunkt der Medienberichterstattung in der ersten Welle, obwohl das Infektionsgeschehen in den beiden anderen Wellen deutlich dramatischer ausfiel.

Vielfalt: Bei den in der Berichterstattung erwähnten Akteuren zeigt sich eine starke Konzentration auf Politiker und mit einigem Abstand Ärzte und Wissenschaftler, während von der Infektion Betroffene und auch so genannte Corona-Skeptiker kaum vorkamen. Unter den politischen Akteuren dominierten die Unionsparteien, während über die Oppositionsparteien kaum berichtet wurde. Unter den im weitesten Sinne wissenschaftlichen „Pandemie-Erklärern“ dominierte lange der Virologe Christian Drosten, der aber zunehmend vom SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach abgelöst wurde. Während in der ersten Pandemie-Welle noch gesundheitliche und wirtschaftliche Folgen der Pandemie etwa gleichermaßen diskutiert wurden, gerieten die (negativen) Folgen für die Wirtschaft ab der zweiten Pandemie-Welle aus dem medialen Fokus.

Sachlichkeit/Neutralität: Die Medien haben insgesamt überwiegend sachlich über die Pandemie berichtet. Allerdings galt dies für einzelne Medien stärker als für andere. Zugleich haben sie häufiger über statistische Informationen als über Einzelfälle berichtet. Dies zeigte sich im Verlauf des Untersuchungszeitraums mit zunehmender Tendenz.

Richtigkeit/Sachgerechtigkeit: Im Verhältnis zu anderen Berichterstattungsthemen haben die Medien relativ selten das Corona-Virus und das Krankheitsbild COVID-19 selbst in den Mittelpunkt gestellt. Sie haben in Bezug auf die medizinischen Aspekte der Pandemie überwiegend einen Konsens in der Wissenschaft unterstellt. Zugleich haben sie vor allem den Vergleich mit der Gefährlichkeit des Influenza-Virus nur selten angestellt und dieses dann häufig als ähnlich gefährlich dargestellt. Die Unsicherheit von wissenschaftlichen Prognosen wurde oft nicht vermittelt. Zugleich wurden vergangene Prognosen in vielen Medien als überwiegend unzutreffend kritisiert.

Ausgewogenheit: Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie wurden in den meisten Medien als angemessen oder sogar als nicht weitreichend genug bewertet. Dass die Maßnahmen zu weit gingen, war in den Medien eher eine Minderheitenposition, die allerdings quantitativ durchaus ins Gewicht fiel. Harsch und ab Oktober 2020 zunehmend harscher fielen die Urteile über die wichtigsten politischen Akteure und ihre Kompetenzen aus, während die Wissenschaft eher gleichbleibend positiv beurteilt wurde. Als Leitwert dominierte das Streben nach Sicherheit über die Forderungen nach Freiheit, wobei auch hier deutliche Mediendifferenzen zutage traten.

Einordnung/Kontextualisierung: Daten zum Pandemiegeschehen wurden im Zeitverlauf zunehmend über Zeitvergleiche kontextualisiert, nur selten dagegen über Vergleiche mit anderen Krankheiten. Eine Abwägung verschiedener Folgen von Pandemie und Maßnahmen fand sich in weniger als einem Drittel der Beiträge, die Folgen nannten.

Insgesamt fiel die Qualität der Medienberichterstattung je nach Dimension, Indikator und gelegentlich auch Medium folglich unterschiedlich aus. Wie man sie beurteilt, ist zudem untrennbar mit der Frage verbunden, welche Rolle man Nachrichtenmedien in Krisen wie dieser Pandemie zuschreibt. Gehört es auch in einer Pandemie wie dieser zu den Aufgaben der Medienberichterstattung, Kritiker und negative Nebenfolgen von aus Sicht der Pandemiebekämpfung wünschenswerten Maßnahmen zu thematisieren, auch wenn dies möglicherweise die gesellschaftliche Akzeptanz dieser Maßnahmen mindert? Oder ist die Bekämpfung der Pandemie hier so offensichtlich vorrangig, dass der Grundsatz einer vielfältigen und ausgewogenen Berichterstattung außer Kraft gesetzt werden kann oder sogar muss? Dies wiederum hängt maßgeblich von der Beurteilung des Gefährdungspotenzials von SARS-CoV-2 und COVID-19 ab.

1. Erkenntnisinteresse

Spätestens seit der Verhängung erster einschneidender Maßnahmen im März 2020 wurde die Berichterstattung deutscher Medien über die COVID-19-Pandemie selbst zum Gegenstand öffentlicher Debatten. Die Vorwürfe reichten zu Beginn von mangelnder Meinungs- und Expertenvielfalt über fehlende analytische Tiefe und mangelnde Einordnung von Zahlen bis hin zu Regierungs- und Expertenhörigkeit, Hofberichterstattung zugunsten der Regierungen, Dramatisierung, Panikmache und medialer Konsonanz, also einer weitgehenden Einheitlichkeit in der Berichterstattung. Insgesamt, so mancher Kritiker, sei die Corona-Berichterstattung kein „Leuchtturm der Orientierung“ gewesen (z. B. Rieg, 2020; Deutschlandfunk Nova, 5.6.2020).

In den kommenden Monaten verlagerte sich die Kritik auf andere Schwerpunkte und es kamen weitere Vorwürfe hinzu: Bemängelt wurde die Vernachlässigung von Wissenschaftsdisziplinen abseits der zunächst wichtigsten medizinischen Fachgebiete (Virologie, Epidemiologie etc.), etwa von Pädagogik, Psychologie, aber auch der Pädiatrie. Ebenso kritisiert wurde ein fehlender Blick auf die psychosozialen Folgen der Corona-Maßnahmen, die Nicht-Beachtung der Probleme von Kindern und Jugendlichen oder auch eine irreführende Darstellung der Bevölkerungmeinung zu den Corona-Maßnahmen (z. B. [spiegel.de](https://www.spiegel.de), 12.3.2021). Dabei gab es Vorwürfe, die sich auf die Leistung der Medien insgesamt bezogen, es wurden aber auch bestimmte Medien in den Blick genommen, etwa die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten oder aber Boulevardmedien wie die Bild-Zeitung.

Allerdings gab es ebenso Stimmen, die auf den Mangel an systematischen Belegen für die vielen Vorwürfe an die Adresse „der“ Medien verwiesen, die „die“ Medien oder zumindest den „seriösen“ Journalismus eher verteidigten (z. B. Schulenburg & Lilienthal, 2020) oder der Berichterstattung während des Sommers 2020 sogar eine zu große „Sorglosigkeit“ statt einer „apokalyptischen“ Darstellung attestierten (z. B. [taz](https://www.taz.de), 24.8.2020).

Waren also „alle Journalisten Versager?“ (FAZ, 8.4.2020)? War die Berichterstattung unangemessen emotional und alar-

mistisch? War die Berichterstattung einseitig und regierungstreu, weil keine Kritik an der Politik von Bundes- und Landesregierungen und den Corona-Maßnahmen geäußert oder vermittelt wurde? Gab es keine Abwägung ihrer verschiedenen medizinischen, sozialen, ökonomischen oder politischen Folgen? Wurden Zahlen nicht eingeordnet? Wie war es also insgesamt um die Qualität der journalistischen Berichterstattung über die COVID-19-Pandemie, die beteiligten Akteure, die Maßnahmen und die Folgen der Pandemie bestellt?

Zu diesen Fragen liegen in Deutschland bislang kaum gesicherte Befunde vor, die sich auf systematische wissenschaftliche Analyse und eine breite empirische Basis stützen könnten. Zwar wurden bereits erste Studien zur deutschen Medienberichterstattung über die Pandemie publiziert. Diese sind aber in ihrem Untersuchungszeitraum auf die erste Phase der Pandemie begrenzt, behandeln nur einzelne Mediengattungen oder ein eingeschränktes Spektrum von Medien und widmen sich – wenn überhaupt – nur wenigen Facetten journalistischer Qualität (z. B. Gräf & Henning, 2020; Quandt et al., 2020; Weiß et al., 2020). Breit angelegte systematische Untersuchungen sind aber außerordentlich wichtig, weil subjektive Urteile über die Qualität medialer Berichterstattung gerade im Fall kontroverser Themen stark durch die Position der Urteilenden zum jeweiligen Gegenstand beeinflusst werden. Dabei zeigt sich, dass selbst ausgewogene Berichterstattung als gegen die eigene Meinung verzerrt wahrgenommen werden kann. Hinzu kommt, dass solche Wahrnehmungen mit Annahmen über starke Medienwirkungen auf andere und über vermeintlich unlautere Absichten von Journalistinnen und Journalisten einhergehen können (*sog. Hostile Media- und Third-Person-Effekte*).

Vor diesem Hintergrund untersucht die vorliegende Analyse, wie etablierte Nachrichtenmedien zwischen dem 1. Januar 2020 und dem 30. April 2021 über die COVID-19-Pandemie in Deutschland berichteten. Die Studie konzentriert sich auf Nachrichtenmedien, da journalistische Quellen trotz der wachsenden Bedeutung nicht-journalistischer Online-Angebote (etwa auf sozialen Netzwerken), interpersonaler Kommunikation (auch über Messenger-Dienste) und sog. Alternativmedien nach wie vor die wichtigste Grundlage für die Information und die Meinungsbildung der Deutschen zu aktuellen Themen darstellen – und dies galt auch in der Corona-Krise (siehe dazu ausführlich Abschnitt 3.2). Konkret einbezogen werden dabei sechs

Webseiten etablierter Nachrichtenmedien sowie eines Online-Providers, die Hauptausgaben der TV-Nachrichten von

ARD, ZDF und RTL sowie die Sondersendungen der ARD zur Corona-Krise (Corona Extra).

2. Ereignishintergrund

2.1 Der Verlauf der COVID-19-Pandemie in Deutschland

Anfang 2020 begann sich das neuartige Corona-Virus SARS-CoV-2 von China ausgehend in Europa auszubreiten. Binnen kurzer Zeit erreichte die Ausbreitung globale Ausmaße und am 11. März 2020 erklärte die Weltgesundheitsorganisation den Covid-19-Ausbruch zur Pandemie. Für deren Wahrnehmung in Deutschland dürfte neben der Entwicklung in China die rasante Ausbreitung des Virus in Italien ab Februar 2020 von Bedeutung gewesen sein. Sie führte dazu, dass das Land schnell die meisten Ansteckungen und Todesfälle weltweit zu beklagen hatte. Medial kulminierte dies in den Bildern von mit Särgen beladenen Militärfahrzeugen im oberitalienischen Bergamo, die am 18. März 2020 um die Welt gingen (siehe dazu ausführlich Abschnitt 2.3).

In Deutschland wurde der erste Corona-Fall am 28. Januar laborbestätigt (Webasto-Cluster). Danach schien eine gewisse Beruhigung einzukehren, bevor sich ab Ende Februar das Infektionsgeschehen zusehends beschleunigte und Infektionsketten nicht mehr nachvollziehbar waren. Nach anfänglich eher beruhigenden Aussagen aus der Politik war Gesundheitsminister Spahn am 26. Februar in den bundesweiten TV-Nachrichten dann mit der Aussage zu sehen, Deutschland stehe „am Beginn einer Coronavirus-Epidemie“. Die weitere Entwicklung in Deutschland verlief in Wellen, in denen sich Perioden stark ansteigender Infektionszahlen mit Entspannungsphasen abwechselten, die jeweils durch unterschiedlich strikte Eindämmungsmaßnahmen begleitet bzw. beeinflusst wurden. Im Untersuchungszeitraum dieser Studie traten drei starke Infektionswellen auf, deren Höhepunkte im April und

Dezember 2020 sowie Ende April 2021 lagen. Bis zum Ende des Untersuchungszeitraums, dem 30. April 2021, waren dem Robert-Koch-Institut etwa 82.850 Todesfälle im Zusammenhang mit dem Corona-Virus gemeldet worden, etwa 220.000 Menschen waren im Krankenhaus behandelt worden und etwa 3,4 Millionen Menschen hatten sich infiziert (RKI, 2021b).

Das Monitoring des Infektionsgeschehens war und ist mit erheblichen Herausforderungen verbunden, bei denen beispielsweise Meldeverzögerungen und uneinheitliche Verfahrenswesen in Ländern und Kommunen eine Rolle spielen. Als Indikatoren für die realweltliche Entwicklung und Vergleichsmaßstab für die Berichterstattung der Medien eignen sich allerdings im Nachhinein korrigierte Zahlen über Neuinfektionen, Todesfälle etc. kaum, da als Vergleichsmaßstab für die Darstellung nur dienen kann, was zu einem bestimmten Zeitpunkt tatsächlich bekannt war. Wir ziehen deshalb als Datenbasis nicht im Nachhinein korrigierte Werte, sondern die täglichen Situationsberichte des RKI heran.

Umgang mit Daten zum Pandemiegeschehen

Das Pandemiegeschehen in Deutschland wird in dieser Studie auf Grundlage der täglichen Situationsberichte des RKI abgebildet. Die tagesaktuellen Lageberichte können durch einen Übermittlungsverzug jedoch auch Fälle vorangegangener Tage enthalten und wurden an Wochenenden sowie Feiertagen partiell ausgesetzt. Die Daten weichen daher von nachträglich korrigierten Zahlen ab, geben jedoch den Wissensstand des jeweiligen Tages wieder. Für den Untersuchungszeitraum wurden die Realweltdaten nach der tageweisen Dokumentation wochenweise kumuliert bzw. gemittelt.

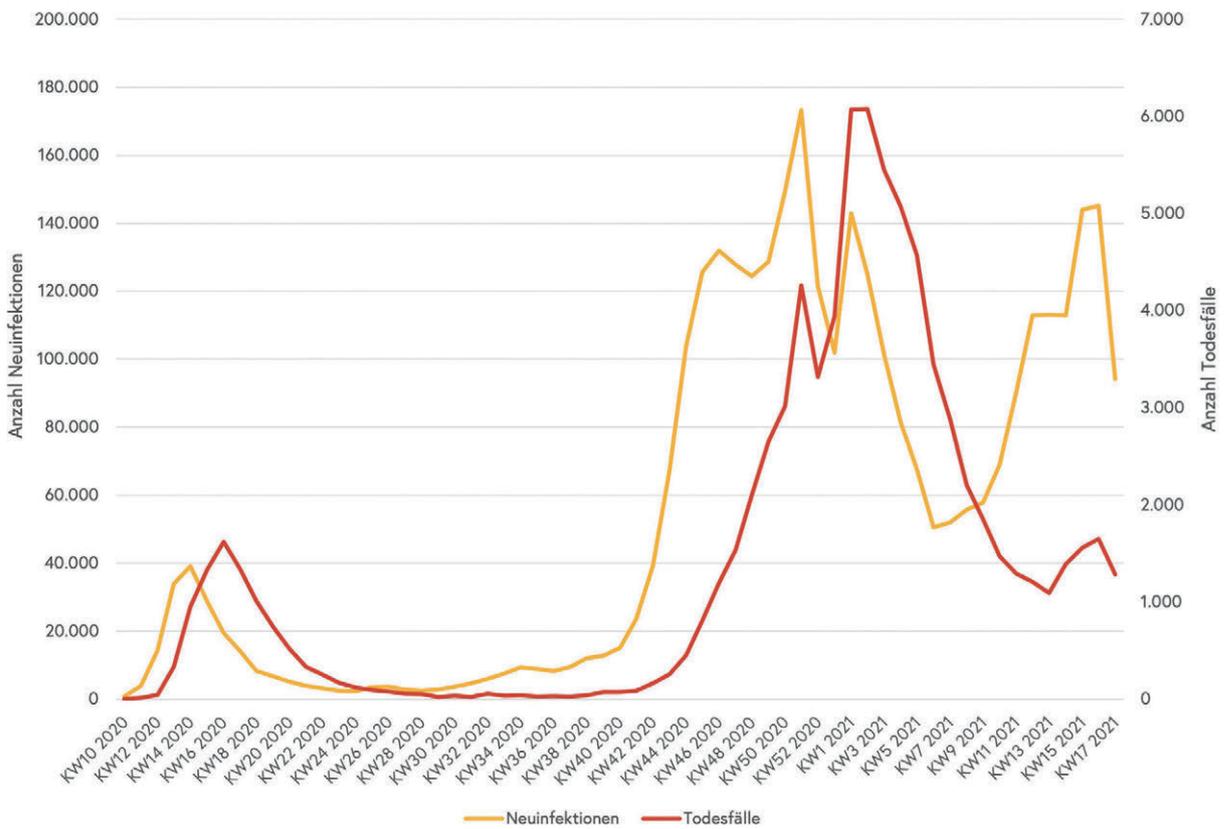


Abbildung 1: Wöchentliche Anzahl von Neuinfektionen und Todesfällen im Zusammenhang mit dem Corona-Virus in Deutschland 1. Januar 2020 - 30. April 2021. Quelle: RKI-Berichte.

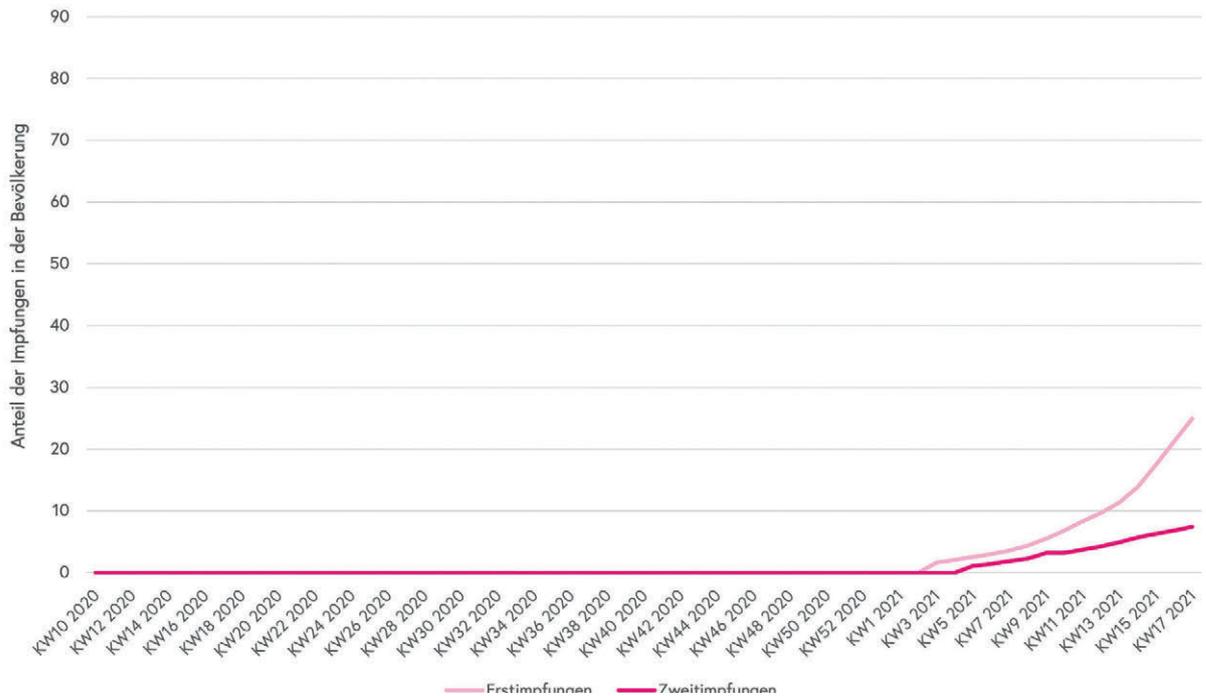


Abbildung 2: Anteil der Erst- und Zweitgeimpften in Deutschland 1. Januar 2020 - 30. April 2021. Quelle: RKI-Berichte.

Legt man diese Daten zugrunde, dann wurden auf dem Höhepunkt der ersten Welle im April 2020 pro Woche etwa 40.000 Neuinfektionen und mehr als 1.600 Todesfälle im Zusammenhang mit dem Virus gemeldet. Auf dem Höhepunkt der zweiten Welle wurden Ende Dezember 2020 mehr als 170.000 Neuinfektionen und etwa 6.000 Todesfälle registriert. In der dritten Welle im April 2021 lag die Zahl der Neuinfektionen dann wieder bei mehr als 140.000, die Zahl der Todesfälle mit etwa 1.600 pro Woche jedoch weit unter den Werten der zweiten Welle (Abbildung 1). Wesentlicher Grund dafür war, dass zu diesem Zeitpunkt ein Großteil der besonders vulnerablen älteren Menschen bereits geimpft war. Nach einer historisch schnellen Entwicklung und Zulassung von auch neuartigen Impfstoffen hatten die ersten Impfungen Ende Dezember 2020 begonnen. Priorisiert geimpft wurden aufgrund der Knappheit an Impfstoff dann zunächst alte Menschen, vornehmlich in Pflege- und Altenheimen, die besonders hart von den ersten Wellen der Pandemie getroffen worden waren. Gegen Ende unseres Untersuchungszeitraums waren damit knapp acht Prozent der Bevölkerung zweigeimpft und knapp ein Viertel erstgeimpft (Abbildung 2).

2.2 Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie in Deutschland

Zur Bekämpfung der Pandemie ergriffen Bund und Länder im Laufe der Zeit eine Reihe von Maßnahmen, die mit teils drastischen Eingriffen in das öffentliche Leben und individuelle Grundrechte einhergingen und deren Qualität und Umfang in der Geschichte der Bundesrepublik bis dahin erstmalig waren. Dabei kann man „Eindämmungsmaßnahmen“, „Ökonomische Maßnahmen“ und „Maßnahmen im Gesundheitssystem“ (z. B. Verschiebung planbarer Operationen, Ausbau von Intensivkapazitäten) unterscheiden (Hale et al., 2021, S. 530). Diese wurden im Verlauf der Pandemie ja nach Entwicklung des Infektionsgeschehens und je nach Einschätzung der politischen Entscheidungsträger über die weitere Entwicklung der Pandemie und die Durchsetzbarkeit der Maßnahmen gelockert und wieder verschärft. Dabei galten die Maßnahmen zum Teil für das gesamte Bundesge-

biet, immer wieder wurden aber in einzelnen Bundesländern auch mehr oder weniger nachvollziehbare Abweichungen von der bundesweiten Linie beschlossen. Zu einem der wichtigsten Ziele der Maßnahmen entwickelte sich dabei neben der Vermeidung von Neuinfektionen, Hospitalisierungen und Todesfällen die Abwendung einer Überlastung des Gesundheitssystems.

Von besonderer Bedeutung für die öffentliche Wahrnehmung der Pandemie waren vermutlich zunächst die drastischen Eindämmungsmaßnahmen, die den Alltag der Menschen in Deutschland stark und unmittelbar beeinflussten. Dazu zählten neben Aufforderungen zur Einhaltung der AHA-Regeln Maßnahmen zur Kontaktreduktion, die Schließung von Schulen, Gastronomie und anderen Dienstleistungsbereichen und Freizeiteinrichtungen, Verbote öffentlicher Veranstaltungen, die Beschränkung der Anzahl von Personen bei öffentlichen und privaten Treffen, Ausgangssperren und die Einschränkung der Reisefreiheit im In- und Ausland (Hale et al., 2021, S. 530). Einen ersten wichtigen Einschnitt bildete diesbezüglich wohl das unter dem Eindruck steigender Infektionszahlen in Deutschland, aber wohl auch angesichts der Entwicklung in Italien beschlossene und am 22. März 2020 bundesweit in Kraft getretene Maßnahmenpaket (sog. 1. Lockdown). Kommunikativ vorbereitet wurde die Verkündung dieser Maßnahmen durch eine Ansprache der Bundeskanzlerin Angela Merkel, die am 18. März 2020 vor die Kameras trat, die Bürgerinnen und Bürger eindringlich auf den Ernst der Lage hinwies und zur Einhaltung der geltenden Maßnahmen aufrief.

Zwischen Mitte April und insbesondere mit den Beschlüssen vom 6. Mai 2020 wurden die Eindämmungsmaßnahmen schrittweise und je nach Bundesländern und Kommunen unterschiedlich gelockert (*Hotspot-Strategie*). Dabei wurden allerdings u. a. Kontaktbeschränkungen und Hygienemaßnahmen aufrechterhalten und eine Empfehlung zum Tragen von Alltagsmasken abgegeben. Darüber hinaus wurde das Tragen einer Maske im öffentlichen Nahverkehr und in Geschäften ab Ende April zur Pflicht. Eine breitere Öffnung der Schulen fand erst nach den Pfingstferien schrittweise statt.

Nach einer Phase niedriger Infektionszahlen über den Sommer begannen die Infektionszahlen im Herbst wieder zu steigen. Dies führte zu einer intensiven politischen De-

batte über das richtige Vorgehen, und nach anfänglichem Zögern und dem Versuch, die Hotspot-Strategie fortzuführen, war die Politik dann Ende Oktober erneut zu einer Verschärfung der Maßnahmen gezwungen. Vorausgegangen war eine intensive öffentliche Debatte und massive Kritik aus der Wissenschaft, die die Zögerlichkeit der Entscheider kritisierte. So wurde zunächst ein am 2. November 2020 in Kraft tretender *Lockdown light* beschlossen, der u. a. erneute striktere Kontaktbeschränkungen sowie Schließungen von Gastronomie-, Kultur- und Dienstleistungsbetrieben, nicht aber von Schulen vorsah. Diese Beschlüsse wurden dann Ende November 2020 nochmals verschärft.

Jedoch reichten auch diese Maßnahmen nicht aus, um das Infektionsgeschehen einzudämmen und eine drohende Überlastung des Gesundheitssystems zu vermeiden. Auch angesichts der Möglichkeit, dass eine neue Virusvariante (B.1.1.7) zu einer weiteren Verschärfung führen könnte, verständigten sich die Länder gemeinsam mit der Bundesregierung am 13. Dezember 2020 auf einen 2. *Lockdown*. Er trat am 16. Dezember in Kraft und wurde bald mit Wirkung vom 10. Januar nochmals verschärft. In der Folge wurden u. a. Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen erneut geschlossen, ebenso wie die meisten Geschäfte und Dienstleistungsbetriebe; die Wirtschaft sollte so weit wie möglich auf Homeoffice umstellen und es wurden weitere Hilfen für Unternehmen beschlossen. Im öffentlichen Nahverkehr und in Geschäften mussten nun statt Alltagsmasken medizinische Masken getragen werden, in manchen Bundesländern auch FFP-2-Masken.

Nachdem die Zahl der Neuinfektionen bis Anfang Februar zurückgegangen war, beschlossen Bund und Länder trotz Warnungen aus der Wissenschaft am 3. März 2021 schrittweise Lockerungen, die an eine Inzidenz von 50 gekoppelt waren und mit einer Ausweitung der nun flächendeckend zur Verfügung stehenden Testmöglichkeiten verbunden werden sollten. In der Folge stieg die Zahl der Neuinfektionen bis Ende April erneut dramatisch an, was Länder und Bundesregierung am 24. April 2021 erneut zu weitreichenden Beschlüssen veranlasste, aber Maßnahmen nun konsequent am jeweiligen Infektionsgeschehen in den Kommunen abhängig machte (*Bundesnotbremse*).

Die phasenweisen Schließungen von Einzelhandel und Gastronomie sowie das Verbot öffentlicher Veranstaltungen

beeinträchtigten das Wirtschaftsleben und die Erwerbsmöglichkeiten vieler Menschen stark und führten zusammen mit dem weltweiten Zusammenbruch von Nachfrage und Lieferketten zu einem drastischen wirtschaftlichen Einbruch. Durch umfangreiche Hilfszusagen in Milliardenhöhe, die im Verlauf der Pandemie mehrfach in Ausrichtung und Höhe angepasst wurden, versuchte die Bundesregierung eine Pleitewelle und den dauerhaften Verlust von Arbeitsplätzen zu verhindern (etwa durch Finanzierung von Kurzarbeit, Überbrückungshilfen, Kredite etc.). Die zeitweisen Schließungen von Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen und Hochschulen ab Mitte/Ende März 2020 konnten gerade zu Beginn und insbesondere in den Schulen kaum durch digitale Angebote aufgefangen werden. All dies führte zu erheblichen Belastungen in den Familien und schränkte die Bildungsmöglichkeiten stark ein.

2.3 Die Wahrnehmung der Pandemie durch die deutsche Bevölkerung

Die Entwicklung der Bevölkerungsmeinung zur Pandemie ist in Deutschland außergewöhnlich gut dokumentiert. Dies liegt einerseits an der bereits im März 2020 gestarteten offiziellen Begleitforschung, die vom RKI unterstützt maßgeblich in der Hand der Universität Erfurt lag (COSMOSTUDIE; <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/>), andererseits an einer Vielzahl von Studien, die aus ganz unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen angestoßen wurden, sowie der Tatsache, dass sich auch die großen Meinungsforschungsinstitute rasch der Pandemie annahmen. Im Kontext der vorliegenden Studie können die Wahrnehmungen und Einstellungen der Bevölkerung zum einen als ein Ergebnis medialer Berichterstattung, zum anderen aber auch als deren Treiber betrachtet werden, da die Medien Stimmungen aus der Bevölkerung auch in ihrer Berichterstattung reflektieren. Zum anderen kann man annehmen, dass die Bevölkerungsmeinung einen wesentlichen Einflussfaktor auf politische Entscheidungen darstellte, etwa wenn es um Beschlüsse zur Verschärfung oder Lockerung von Maßnahmen oder die Abschätzung der Akzeptanz in der Bevölkerung geht.

Als Hintergrund für die vorliegende Studie soll hier kurz auf drei Aspekte eingegangen werden: Die für die Erst-Wahrnehmung der Pandemie entscheidenden Ereignisse in der Frühphase der Pandemie, die Entwicklung des persönlichen Bedrohungsempfindens im weiteren Verlauf der Pandemie sowie die Meinung zu den Corona-Maßnahmen. Das Bedrohungsempfinden thematisieren wir, weil Vorwürfe der Panikmache an die Medien oftmals implizieren, dass tatsächlich (unbegründete) Ängste in der Bevölkerung entstanden. Auf die Meinungen zu den Maßnahmen gehen wir ein, weil sich im Verlauf der Pandemie zeigte, dass Vertreterinnen und Vertreter aus Medien und Politik bei ihren Forderungen nach Verschärfungen, vor allem aber nach Lockerungen oder Nicht-Verschärfungen von Maßnahmen auf die vermeintlichen Ansichten „der“ Bevölkerung verwiesen (dazu z. B. Reinemann et al., 2021). Wir greifen dabei einerseits auf Befunde der COSMO-Studie, andererseits auf eigene Befragungen zurück, die wir Anfang April 2020 und Ende Februar 2021 durchgeführt haben.

Zwischen Anfang Februar und März 2020 wurde das Corona-Virus nach und nach zum bestimmenden Thema in

Medien, Politik und Bevölkerung. Welche Ereignisse für die Problemwahrnehmung der Deutschen dabei eine besondere Rolle spielten, kann man an den Ergebnissen einer quasi-repräsentativen (quotierten) Befragung ablesen, die wir Anfang April 2020 durchgeführt haben (N = 1.820). Dabei wurde den Befragten eine Reihe von Ereignissen vorgelegt und sie wurden gebeten anzugeben, durch welches Ereignis ihnen klar geworden sei, dass das Corona-Virus eine ernste Bedrohung für Deutschland darstellte. Dabei zeigt sich, dass die Ausgangssperren in Wuhan (China) und die Ausweisung von Sperrzonen in Norditalien (8.3.2020) nur bei etwa einem Viertel der Menschen dazu führten, das Virus als ernste Gefahr für Deutschland zu betrachten. Erst durch die Ausrufung der Pandemie durch die WHO (11.3.2020) und die bundesweite Schließung von Kitas und Schulen, wurde den Befragten die Bedrohung klar vor Augen geführt. Etwas mehr als 40 Prozent hielten auch da die Lage noch nicht für bedrohlich, aber die meisten davon wurden in den folgenden Tagen dann durch die Ansprache der Kanzlerin (18.3.2020), die Bilder aus Bergamo (19.3.2020), die Verkündung allgemeiner Ausgangsbeschränkungen in Bayern (21.3.2020) und die Verkündung des ersten Lock-downs (23.3.2020) vom Gegenteil überzeugt (Abbildung 3).

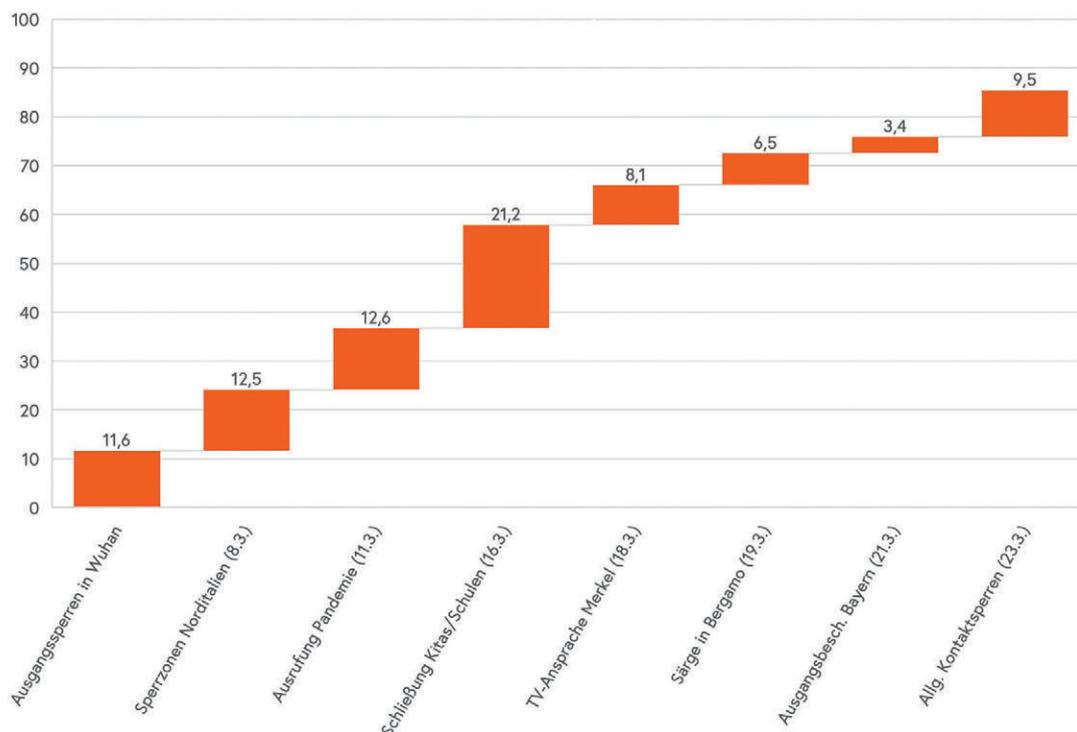


Abbildung 3: Ereignisse, die dazu führten, dass Menschen das Corona-Virus als „ernste Bedrohung für Deutschland“ sahen. Anteil der Befragten, die ein Ergebnis als das entscheidende angaben. Basis: Quotierte Online-Befragung Anfang April 2020 (N = 1.820 Befragte).

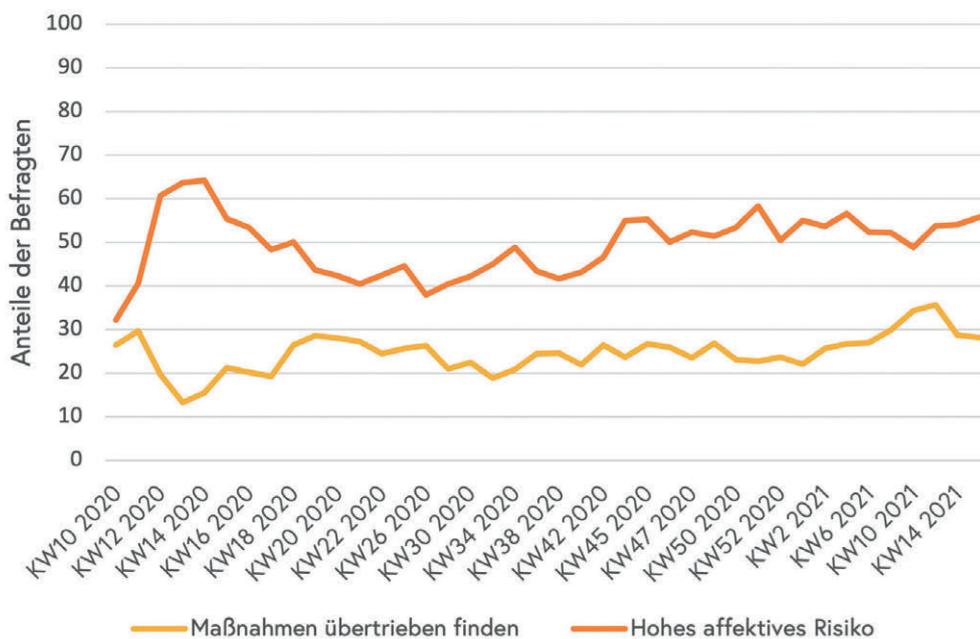


Abbildung 4: Anteile der Befragten, die ein hohes affektives Risiko durch die Corona-Pandemie wahrnahmen (Mittelung der Antworten zur empfundenen Dominanz von Corona und der Angst vor sowie Besorgnis über Corona) bzw. die Maßnahmen für übertrieben hielten (durchschnittliche Zustimmung zur Aussage, dass die Corona-Maßnahmen übertrieben sind). Quelle: COSMO-Studie Universität Erfurt (<https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/explorer>)

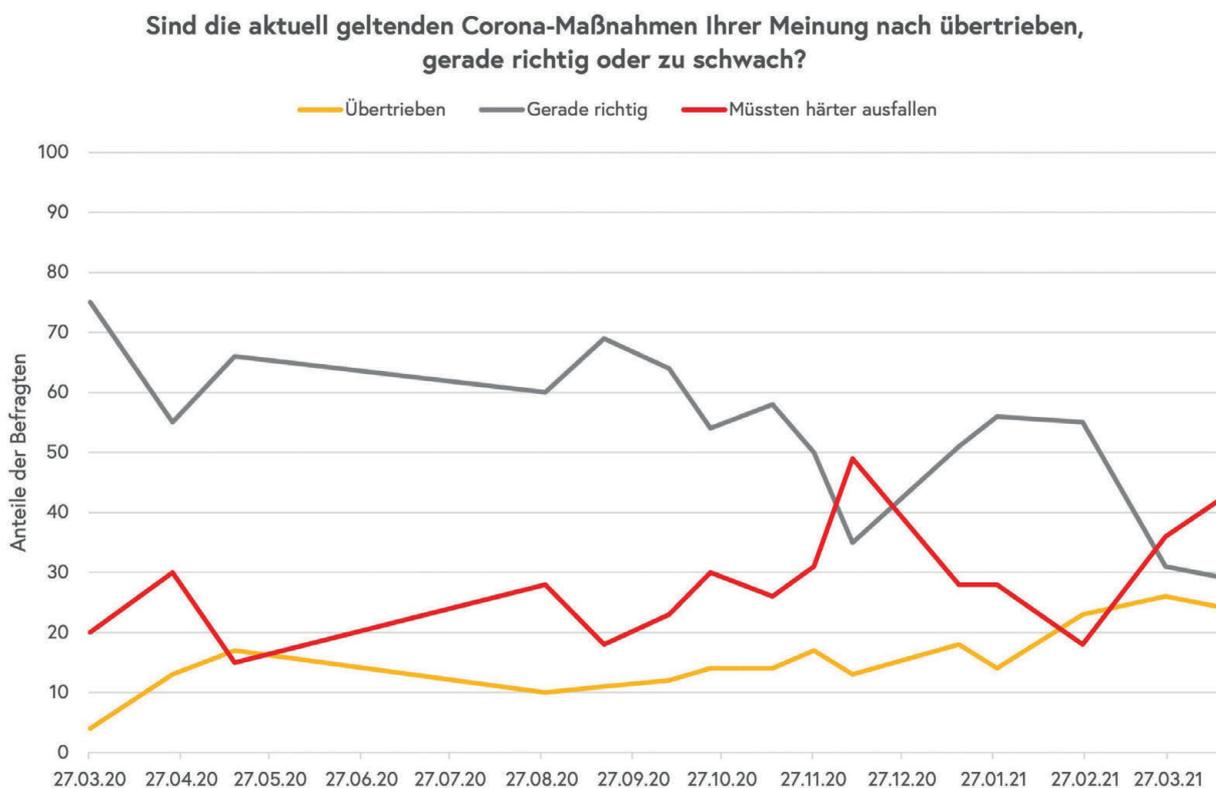


Abbildung 5: Anteile der Befragten, die fanden, die geltenden Maßnahmen seien übertrieben, gerade richtig oder diese müssten härter ausfallen. Datum entspricht dem Veröffentlichungsdatum der der Befragung. Die Frage wurde im Juli 2020 nicht gestellt (Politbarometer Juli I und Juli II). Quelle: ZDF-Politbarometer / Forschungsgruppen Wahlen.

Diese Entwicklung spiegelt sich im Bedrohungsempfinden der Bevölkerung, das die COSMO-Studie in den Analysen ihrer regelmäßigen Befragungen u. a. in Form eines Mittelwert-Indizes für das individuell empfundene affektive Risiko ausweist. In diesen Indikator gehen Antworten auf Fragen dazu ein, inwiefern die Befragten die Pandemie-Situation als besorgniserregend empfanden, inwiefern sie bei ihnen Angst auslösten und inwiefern sie andauernd an die Pandemie denken mussten (Abbildung 4). Wie die Daten zeigen, stieg das Bedrohungsempfinden seit der ersten Welle der Studie Anfang März steil an und erreichte Ende März dann den höchsten Wert der Pandemie. Knapp zwei Drittel der Menschen empfanden die Lage zu diesem Zeitpunkt als (eher) besorgniserregend. Danach schwächte sich das Bedrohungsempfinden bis in die zweite Juni-Hälfte hinein wieder deutlich ab, als sich nur noch knapp 40 Prozent besorgt und ängstlich äußerten.

Zwischen Ende Oktober 2020 und Mitte April 2021 pendelte sich der Anteil mit einer höheren Bedrohungswahrnehmung dann auf einem Niveau zwischen 50 und 60 Prozent ein, um schließlich kontinuierlich zurückzugehen. Diese Daten zeigen dreierlei: Zum einen ist von einem steilen Anstieg zu Beginn abgesehen zumindest im Aggregat der Bevölkerung eine überraschend große Stabilität des persönlichen Bedrohungsempfindens zu beobachten. Zum zweiten lag der Anteil derjenigen, die extrem große Ängste empfanden, selbst in der Hochphase der Bedrohung bei nicht mehr als 13 Prozent und danach stets unter 10 Prozent, während große Teile der Bevölkerung sich nur mittel oder wenig bedroht sahen. Und schließlich hängt die beschriebene Entwicklung – abgesehen von der Anfangszeit – offenbar kaum mit den schwankenden Infektionszahlen zusammen. Von einer weit verbreiteten „Corona-Panik“ kann man auf Basis dieser Daten wohl eher nicht sprechen (Abbildung 4).

Von entscheidender Bedeutung für den Erfolg der Corona-Maßnahmen ist deren Akzeptanz in der Bevölkerung. Tatsächlich war diese während der gesamten Pandemie sehr hoch. Dabei erreichte laut COSMO-Studie der Anteil der Menschen, die die Maßnahmen übertrieben fanden, zu Beginn des 1. Lockdowns mit etwa 13 Prozent seinen Tiefpunkt. Eine Woche nach dem Beginn des 1. Lockdowns waren fast drei Viertel der Deutschen zufrieden mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung und über 90 Prozent befürworteten die Einschränkung privater Kontakte

(Infratest Dimap, 2020a). Zwischen Mai 2020 und Februar 2021 schwankte der Anteil derjenigen, die die Maßnahmen übertrieben fanden, dann zwischen etwa einem Viertel und einem Fünftel der Bevölkerung, um gegen Ende unseres Untersuchungszeitraumes im März 2021 wieder leicht anzusteigen (Abbildung 4).

Allerdings veränderte sich im Verlauf der Pandemie auch unter den Befürwortern die Sicht auf die Maßnahmen. Dies war etwa im April 2020 zu beobachten, als der Anteil der Menschen deutlich wuchs, die die Maßnahmen für nicht ausreichend hielten (20 => 30 %). Noch drastischer war ein solcher Umschwung allerdings zum einen Ende November/Anfang Dezember 2020. Hier stieg der Anteil der Menschen, die fanden, die Maßnahmen müssten härter ausfallen, sprunghaft von 32 auf 49 Prozent, um dann mit der Verhängung des 2. Lockdowns bis in den Januar auf 28 Prozent und dann bis Ende Februar auf nur noch 18 Prozent zu sinken. Als die Politik dann in den kommenden Wochen zunächst nur zögerlich auf die erneut steigenden Fallzahlen reagierte, schnellte der Anteil der Menschen, die meinten, die Maßnahmen müssten härter ausfallen, dann bis Mitte April wieder auf 43 Prozent hoch (Abbildung 5, dazu auch Reinemann et al, 2020).

Trotz der überwiegenden Zustimmung verdeutlichen diese Analysen aber auch, dass zahlreiche Menschen die Corona-Maßnahmen in Deutschland schon zu Beginn und auch über den gesamten Verlauf der Pandemie hinweg für übertrieben hielten. Es verwundert deshalb nicht, dass es schon recht früh zu Protesten gegen die Corona-Politik kam. Schon im April 2020 fanden erste kleinere sog. Hygiene-Demonstrationen gegen die Eindämmungsmaßnahmen in Berlin statt. Die Proteste bekamen im Laufe des Jahres immer weiteren Zulauf, bis Demonstrationen der maßnahmen-kritischen „Querdenken“-Bewegung im August desselben Jahres Teilnehmerzahlen von bis zu 20.000 Menschen erreichten. Im Laufe der Zeit radikalisierte sich die Querdenken-Bewegung derart (bzw. es nahm der Anteil an Mitgliedern aus extremistischen Szenen so zu), dass sie ab Anfang 2021 zunächst von verschiedenen Landesämtern und schließlich ab Ende April 2021 auch vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet wurde.

3. Die Rolle der Medien

3.1 Journalismus in der Pandemie

Ebenso wie Politik und Wissenschaft waren auch die Medien gerade zu Beginn der Pandemie mit einer völlig neuen, rasch eskalierenden Situation konfrontiert. Diese war nicht nur in der Anfangsphase der Pandemie, sondern während ihres ganzen Verlaufs durch ein erhebliches Maß an Unsicherheit gekennzeichnet. Sie betraf – in unterschiedlichen Phasen in unterschiedlichem Ausmaß – nicht nur das Corona-Virus und die durch dieses ausgelösten Krankheitssymptome, sondern eine Vielzahl weiterer Fragen. Dazu zählten die weitere epidemiologische Entwicklung ebenso wie die Sinnhaftigkeit und Effektivität von Eindämmungsmaßnahmen, die Notwendigkeit und Höhe von Wirtschaftshilfen, aber auch die möglichen sozialen, psychologischen und politischen Folgen der Pandemie bis hin zu Fragen der Impfung und Impfbereitschaft.

Schwer einzuschätzende Situationen ziehen im Journalismus auch Unsicherheit im Hinblick auf die zu treffenden Publikationsentscheidungen nach sich. Dem wird gerade in Krisensituationen oftmals durch eine Orientierung an offiziellen oder etablierten Quellen sowie durch eine intensive Koorientierung begegnet. Koorientierung meint dabei, dass Themen und Ereignisse nicht nur innerhalb der Redaktionen besonders intensiv diskutiert werden, sondern dass man sich verstärkt auch an anderen Medien orientiert. Sogenannte Leitmedien spielen dabei oft eine besondere Rolle. Daraus kann sich die Gefahr ergeben, dass sich gerade in unsicheren Krisensituationen eine medienübergreifende Konsonanz der Berichterstattung entwickelt, also ein Gleichklang, der weniger auf eine unstrittige quasi-objektive Bewertung von Geschehnissen gründet als vielmehr das Ergebnis einer Abhängigkeit von offiziellen Quellen und/oder gegenseitiger Bestärkung innerhalb des Mediensystems ist. Wäre dies der Fall, könnte dies eine Ursache für eine mangelnde Meinungsvielfalt in der Berichterstattung sein.

Allerdings kann man auf Basis der Forschung zu früheren Krisen davon ausgehen, dass ein solcher Gleichklang in der Berichterstattung auch zunehmend bröckeln kann. Eine

mögliche medienexterne Ursache dafür kann sein, dass sich auch der anfängliche Konsens in Politik und Wissenschaft zunehmend auflöst und sich folglich zitierfähige Akteure finden, die eine gegenläufige Position vertreten. Dies gibt Medien einerseits die Chance, entsprechende Konflikte publikumswirksam zu inszenieren. Andererseits haben sie die Möglichkeit, diese Stimmen als sogenannte opportune Zeugen zu nutzen, die die eigene redaktionelle Linie zum Thema stützen. In welcher Intensität dies geschieht, hängt vom eigenen Anspruch und der Ausprägtheit einer entsprechenden redaktionellen Linie ab, wobei der besonders an Schnelligkeit und den Maßstäben der Aufmerksamkeitsökonomie orientierte Online-Journalismus hier sicher einer besonderen Gefährdung unterliegt. Darüber hinaus fand die Berichterstattung über die Pandemie unter den Bedingungen eines hybriden Mediensystems statt, was bedeutet, dass auch alternative Online-Medien und Diskussionen in Social Media und Messenger-Diensten viele Menschen und auch den Journalismus erreichten. Dass dies die Art beeinflusste, wie innerhalb des Nachrichtenjournalismus die Stimmungen und Ansichten in der Bevölkerung wahrgenommen wurden, kann man zumindest begründet vermuten.

Dem zu Beginn der Krise schnell deutlich werdenden enormen Informationsbedarf trugen die deutschen Nachrichtenmedien in vielfacher Weise Rechnung. So startete etwa die ARD am 10. März 2020 mit „ARD Extra“ ein neues Format, das im Anschluss an die Tagesschau gesendet wurde und sich ausschließlich der Pandemie widmete. Die Sendung wurde zwischen dem 17. März und dem 13. Mai 2020 sogar wochentäglich, später nur noch aus aktuellem Anlass ausgestrahlt. Auch andere TV-Sender brachten eine Vielzahl von Sondersendungen, Reportagen etc. Der NDR startete mit dem Coronavirus-Update ein außerordentlich erfolgreiches Radio- bzw. Podcast-Format, in dem Christian Drost und Sandra Cizek zur aktuellen Lage und Forschung interviewt wurden. Viele klassische Nachrichtenmedien nutzten zudem insbesondere ihre Online-Auftritte, um umfangreiche Sonderseiten, Dashboards und Hintergrundinformationen rund um die Pandemie anzubieten. Dabei gingen manche Medien im Laufe der Zeit sogar dazu über, in datenjournalistischen Projekten eigene Berechnungen von Kennziffern des Pandemiegeschehens zu erstellen, weil sie der Berichterstattung des Robert-Koch-Instituts nicht völlig vertrauten (z. B. spiegel.de, sueddeutsche.de, zeitonline.de).

3.2 Informationsquellen der Bevölkerung in der Pandemie

Neben der journalistischen Berichterstattung traditioneller Medien (online und offline) haben die Menschen mittlerweile auch Zugriff auf eine Vielzahl anderer Informationsquellen, die sie vornehmlich im Internet erreichen können. Dazu zählen Informationsangebote von Politik, Behörden und der Wissenschaft, verschiedene sogenannte Alternativmedien, die sich als Vertreter einer Gegenöffentlichkeit zum medialen „Mainstream“ betrachten, oder auch Social-Media-Angebote (z. B. Facebook, Instagram, YouTube), die wiederum die unterschiedlichsten Anbieter umfassen. Schließlich beziehen Menschen auch heute noch Informationen aus ihrem persönlichen sozialen Umfeld (Familie, Nachbarn, Freundes- und Kollegenkreis), wobei auch Messenger-Apps wie WhatsApp und Telegram eine zunehmende Bedeutung erlangt haben. Wie wichtig waren diese verschiedenen Quellen in der Pandemie? Um diese Frage zu beantworten, greifen wir auf zwei quitierte, quasi-repräsentative Befragungen von Anfang April 2020 (1. Lockdown) und Ende Februar 2021 (2. Lockdown) zurück.

Wie andere Krisen, so führte auch die Corona-Krise zu einer erheblichen Steigerung der Mediennutzung der Deutschen. Erklären kann man dies mit der Unsicherheit gerade zu Beginn, die zu einem Orientierungsbedürfnis und einer intensiven Inanspruchnahme verschiedener Quellen führt. Eine solche Zunahme der Mediennutzung lässt sich insbesondere für den ersten Lockdown belegen, der viele Menschen an ihr zuhause fesselte und Freizeitaktivitäten außer Haus stark einschränkte. Studien zeigen dabei insbesondere zu Beginn eine deutlich stärkere Nutzung traditioneller Informationsmedien wie der Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, aber auch der Online-Angebote zahlreicher anderer Nachrichtenmedien (z. B. Viehmann et al., 2020, S. 559; Deloitte, 2020; Nielsen, 2020). Dies spiegeln auch unsere Daten.

In der Frühphase der Pandemie waren die klassischen Nachrichtenmedien und ihre Online-Angebote von übertragender Bedeutung für die Information der Bevölkerung. Zumindest mehrmals die Woche bekamen fast alle Befragten etwas aus den Offline-Angeboten der Nachrichtenmedien mit, drei Viertel auch aus den Online-Angeboten. Für fast ebenso viele Menschen war das persönliche Umfeld eine wichtige Informationsquelle für die Pandemie. Mit deutlichem Abstand, aber noch immer von großer Bedeutung,

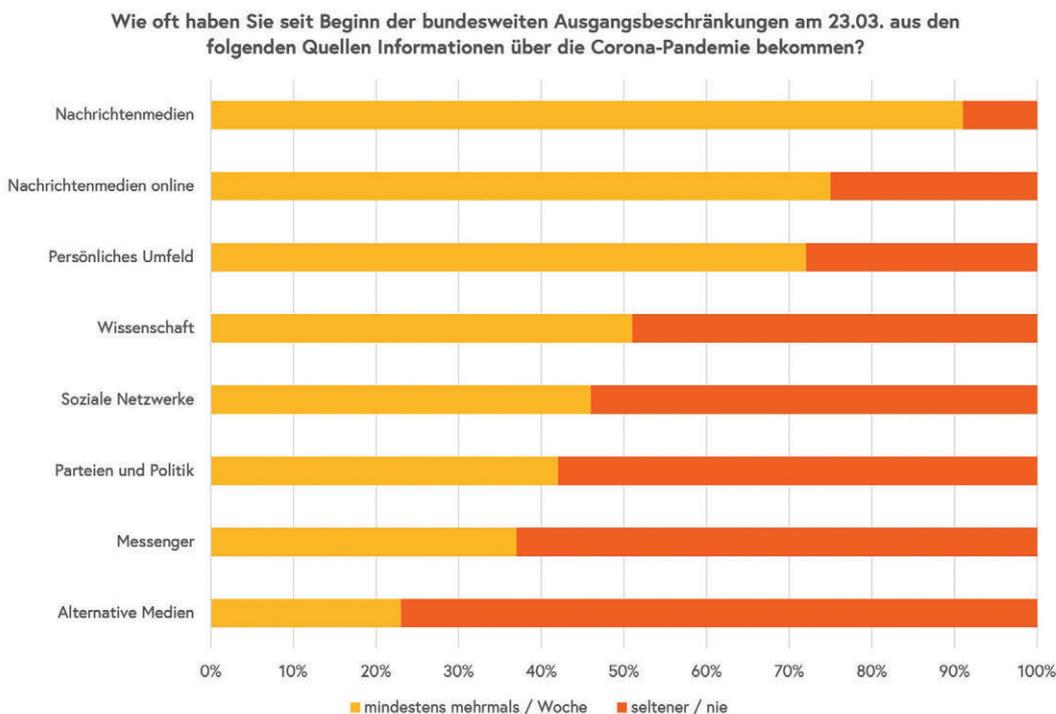


Abbildung 6: Informationsquellen im ersten Lockdown. Ausgewiesen ist der Anteil von Befragten, die angaben, die jeweiligen Quellen mindestens mehrmals pro Woche bzw. seltener zur Information über die Pandemie genutzt zu haben. Basis: Quitierte Online-Befragung Anfang April 2020 (N = 1.820 Befragte).

Welche Quellen waren für Sie bis jetzt am wichtigsten zur Information über die Corona-Pandemie?

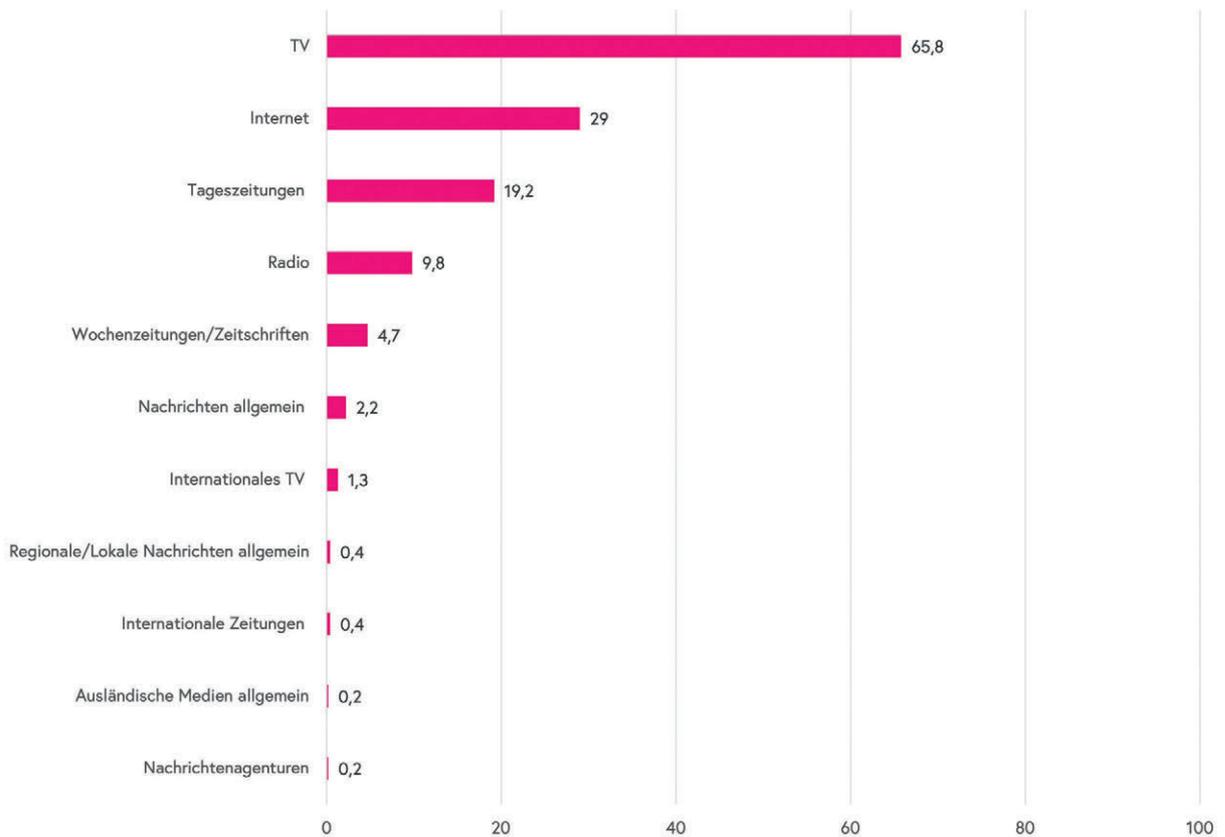


Abbildung 7: Wichtigste Medientypen im ersten Lockdown. Ausgewiesen ist der Anteil der Befragten, die mindestens ein Medium des jeweiligen Typs als eines der wichtigsten zur Information über die Pandemie nannten. In Medienkategorien zusammengefasste Antworten auf eine offene Frage (maximal drei Nennungen). Basis: Quotierte Online-Befragung Anfang April 2020 (N = 1.820 Befragte).

Welche Quellen waren für Sie bis jetzt am wichtigsten zur Information über die Corona-Pandemie?

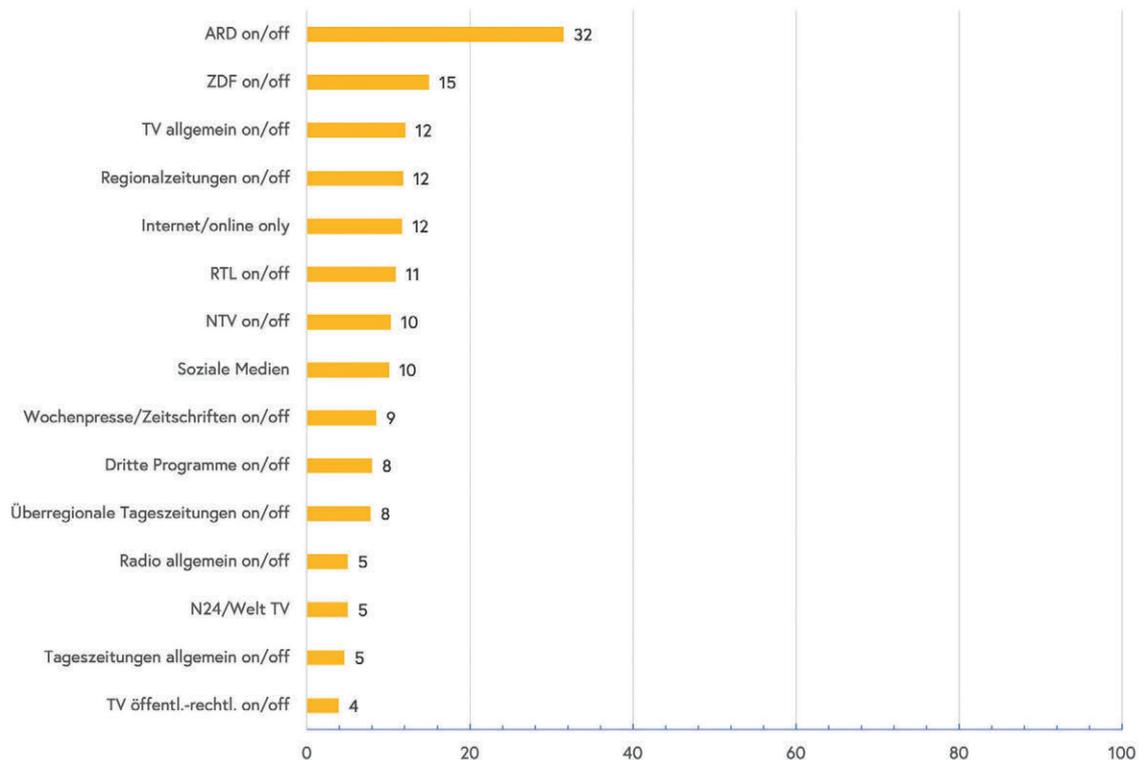


Abbildung 8: Wichtigste Medienangebote im ersten Lockdown. Ausgewiesen ist der Anteil der Befragten, die mindestens ein Angebot bzw. Bestandteil eines Angebots (z. B. eine Sendung) als eines der wichtigsten zur Information über die Pandemie nannten (on/off = online oder offline). In Medienangebote zusammengefasste Antworten auf eine offene Frage (maximal drei Nennungen). Basis: Quotierte Online-Befragung Anfang April 2020 (N = 1.820 Befragte).

folgen Quellen aus Wissenschaft und Gesundheitsbehörden (z. B. das RKI), soziale Netzwerke, Parteien und Politik sowie Messenger-Dienste. Sogenannte alternative Medien (RT Deutsch und Compact wurden den Befragten hier als Beispiele genannt) wurden noch von immerhin knapp einem Viertel als Quelle genannt.

Dabei muss man sich allerdings immer bewusst sein, dass Menschen oftmals unterschiedliche Arten von Quellen und unterschiedliche einzelne Medienangebote in ihren Medienrepertoires miteinander kombinieren, sodass Schlüsse von der Nutzung eines einzelnen Mediums oder einer einzelnen Quelle auf entsprechende Effekte in der Regel kaum möglich sind. So werden beispielsweise Gespräche im persönlichen Umfeld genutzt, um in den Medien vermittelte Informationen zu diskutieren oder diese an andere weiterzugeben (Abbildung 6).

Um noch genauer zu erfahren, welche Quellen die größte Rolle spielten, baten wir die Befragten Anfang April 2020 außerdem, uns zu drei Quellen zu nennen, die sie für am wichtigsten für ihre Information über die Pandemie hielten. Neben Quellen aus Politik, Wissenschaft und anderen Lebensbereichen nannten die Befragten mehr als 350 verschiedene Mediengattungen oder Einzelmedien, die wir für die Analyse kategorisiert haben. Dabei zeigt sich, dass zwei Drittel der Befragten zumindest ein TV-Format, einen TV-Sender oder allgemein „das Fernsehen“ als wichtigste Quelle nannten. Auf Platz zwei folgen mit 29 Prozent diverse Internet-Quellen, 19 Prozent der Befragten nannten mindestens eine Tageszeitung, 10 Prozent einen Radiosender oder -format und fünf Prozent die Printprodukte von Wochenzeitungen oder Zeitschriften (Abbildung 7).

Wirft man unabhängig davon, ob es sich um die Online- oder Offline-Angebote der Medienmarken handelt, einen noch detaillierteren Blick auf die Antworten, dann stellt man fest, dass die Angebote der ARD den meisten Zuspruch erreichten. Etwa ein Drittel der Befragten nannte mindestens ein Offline- oder Online-Angebot der ARD als eine der wichtigsten Quellen, wobei die Tagesschau mit einer Nennung durch 12 Prozent der Befragten eine Sonderstellung einnimmt. Auf Platz zwei folgen mit deutlichem Abstand Angebote des ZDF, allgemeine Nennungen „des Fernsehens“, diverse Angebote der zahlreichen deutschen Regionalzeitungen und allgemeine Nennungen „des Internet“.

Ebenfalls etwa 10 Prozent der Befragten nannten RTL, n-tv und Soziale Medien, während Wochenpresse und Nachrichtenmagazine, die dritten Programme der ARD und überregionale Tageszeitungen von weniger als einem Zehntel der Befragten genannt wurden. Diese Daten verdeutlichen, dass gerade zu Beginn der Corona-Pandemie die Angebote der TV-Sender von herausragender Bedeutung für die Information der Bevölkerung waren.

3.3 Bewertung der Medienberichterstattung durch die Bevölkerung

Vor dem Hintergrund der im Verlauf der Pandemie immer wieder aufflackernden, teils intensiven Kritik an der Berichterstattung „der“ Medien wollen wir zum Abschluss noch einen Blick darauf werfen, wie die Menschen in Deutschland die Pandemie-Berichterstattung der Nachrichtenmedien, die sie selbst nutzten, bewertet haben. Dazu haben wir die Befragten im April 2020 und im Februar 2021 gebeten, eine Reihe von Aussagen zu bewerten, die sich auf die bisherige Leistung der Medien in der Pandemie bezogen.

Zunächst wird ersichtlich, dass der Anteil der Befragten, die die Berichterstattung eher positiv bewerteten, zu beiden Zeitpunkten und in Bezug auf alle abgefragten Aspekte den Anteil der Kritiker deutlich überwog. Am besten beurteilt wurden dabei die Verständlichkeit der Berichterstattung und der Informationsgehalt. Etwa acht von zehn Befragten gaben hier im April 2020 ein positives Urteil ab. Etwa drei Viertel hielten die Berichterstattung für glaubwürdig und etwa zwei Drittel für faktentreu. Eine vielfältige Berichterstattung aus unterschiedlichen Perspektiven nahmen noch 60 Prozent der Befragten wahr, aber nur etwas mehr als die Hälfte hielt die Darstellung der Medien für eindeutig nicht hysterisch (Abbildung 9; zu ähnlichen Befunden vgl. Viehmann et al., 2020).

Bei der Interpretation dieser Werte muss man beachten, dass es gerade für Befragte mit einem breiten Medienrepertoire unter Umständen schwer ist, ein summarisches Urteil über die Berichterstattung abzugeben und es für sie deshalb

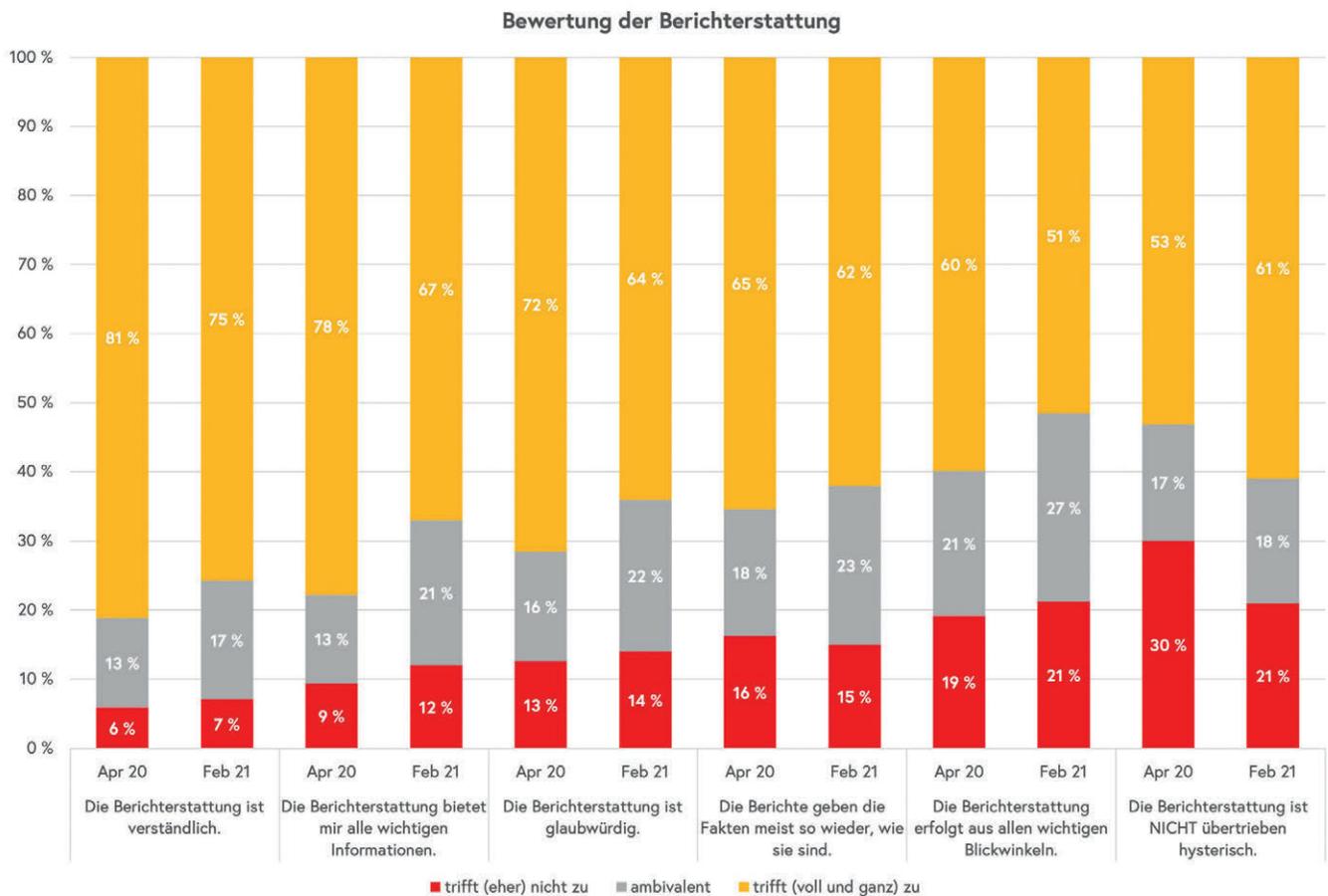


Abbildung 9: Bewertung der Pandemie-Berichterstattung der Nachrichtenmedien, die die Befragten nutzen, im April 2020 und Februar 2021. Ausgewiesen sind die Bewertungen der vorgelegten Aussagen auf einer fünfstufig Skala von „trifft nicht zu“ bis „trifft voll und ganz zu“ (Skalenpunkte rechts und links der Skalenmitte zusammengefasst). Basis: Quotierte Online-Befragungen Anfang April 2020 (N = 1.820) und Ende Februar 2021 (N = 1.800).

sinnvoll sein kann, die Mitte der Zustimmung-Skala anzukreuzen. Wichtig erscheint deshalb auch der Blick auf den Anteil derjenigen, die ein klar negatives Urteil über die von ihnen genutzten Medien abgibt. Dieser liegt mit einer Ausnahme (Bewertung von Hysterie im April 2020) stets bei nicht mehr als etwa 20 Prozent der Befragten. Dies ist deshalb bemerkenswert, weil dies in etwa die Größenordnung ist, die in der Forschung als der Anteil von Menschen veranschlagt wird, die den klassischen Medien generell nicht vertrauen. Tatsächlich zeigen auch hier nicht dokumentierte

Analysen dieser Daten, dass es einen starken Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in klassische Medien, der Beurteilung der Berichterstattung und auch der Zustimmung zu den Corona-Maßnahmen gibt. Auch andere Studien zum Medienvertrauen in der Corona-Krise belegen, dass zwar eine Mehrheit den traditionellen Nachrichtenmedien vertraute und dabei die Öffentlich-Rechtlichen besonders hohes Vertrauen genossen, es aber auch relevant große Gruppen gab, bei denen dies nicht der Fall war (z. B. Viehmann et al., 2020; Reinemann et al., 2020).

4. Methode

4.1 Anlage der Inhaltsanalyse

Die Studie analysiert die Qualität der Berichterstattung deutscher Nachrichtenmedien über die COVID-19-Pandemie im Zeitraum vom 1. Januar 2020 bis 30. April 2021 mit Hilfe einer quantitativen Inhaltsanalyse. Bei dieser Methode erfassen geschulte Codierer eine große Anzahl von Text- und Bildmerkmalen (Kategorien) mit einem standardisierten Messinstrument (Codebuch). Dies ermöglicht objektive, von Eindrücken Einzelner unabhängige Aussagen über die Qualität der Berichterstattung.

Untersucht wurde eine breite Auswahl an reichweitenstarken Leitmedien unterschiedlicher Gattungen (Webangebote von Printmedien, Web-Provider, Fernsehnachrichten und TV-Sondersendungen zur Pandemie) und mit unterschiedlichen redaktionellen Linien (linksliberal bis konservativ). Im Einzelnen waren dies folgende elf Medien:

- ◆ **Online-Nachrichtenangebote von überregionalen Printmedien:** Frankfurter Allgemeine Zeitung (faz.net), Süddeutsche Zeitung (sueddeutsche.de), Welt (welt.de), Bild (bild.de), Spiegel-Online (spiegel.de) und Focus online (focus.de)
- ◆ **Online-Nachrichtenangebote von Web-Providern:** T-Online (t-online.de)
- ◆ **Fernsehnachrichtensendungen:** Hauptausgaben von Tagesschau (ARD), heute (ZDF) und RTL aktuell
- ◆ **TV-Sondersendungen zur Pandemie:** ARD Extra Corona

In den Fernsehnachrichten und den Sondersendungen wurden alle Beiträge über die Pandemie in die Analyse einbezogen. Bei den Online-Angeboten wurden einerseits Beiträge einbezogen, die auf den Startseiten im Hauptnachrichtenbereich erschienen sind. Das ist der Bereich der Webseite, der im Zentrum steht und die relevantesten Beiträge aus allen Rubriken der Nachrichtenseite aufführt. Andererseits wurden Beiträge einbezogen, die in den Ressortbereichen News, Politik, Corona(virus) oder Wissen(schaft) unterhalb des Hauptnachrichtenbereichs erschienen sind. Damit

konzentrieren wir die Analyse auf besonders relevante und reichweitenstarke Beiträge. Die Beiträge wurden von den Startseiten der Online-Medienangebote aufgerufen, die über das sogenannte Internetarchiv (<https://web.archive.org/>) gespeichert und abrufbar sind.

Als Beiträge über die Pandemie galten dabei jeweils Beiträge, in denen aus dem ersten Absatz (Onlinemedien) oder dem Berichtsanfang (Fernsehnachrichten) deutlich wird, dass sie sich mit den Ursachen, dem Verlauf oder den Folgen der COVID-19-Pandemie beschäftigen und dabei einen Bezug zu Deutschland aufweisen. Nicht erfasst haben wir dementsprechend Beiträge, die sich ausschließlich mit der Pandemie in anderen Ländern beschäftigen. Zudem haben wir Newsticker sowie die regelmäßig aktualisierten Zusammenstellungen der Pandemie-Statistiken (Infektionsgeschehen, Impfquote etc.) in Online-Medien *nicht* in die Analyse einbezogen.

Aufgrund der hohen Berichterstattungsmenge haben wir aus diesen Beiträgen für die Analysen anschließend noch einmal eine Stichprobe gezogen. Dabei haben wir bei den Online-Angeboten und den Fernsehnachrichten nur jeden zweiten Tag analysiert. Bei den Online-Angeboten haben wir zudem an jedem Untersuchungstag auch nur jeden zweiten Beitrag in die Analyse einbezogen. Die Sondersendungen zur Pandemie haben wir dagegen als Vollerhebung erfasst. Diese unterschiedlichen Arten der Stichprobenziehung (disproportionale Stichprobe) haben wir bei der Datenanalyse durch Gewichtung wieder ausgeglichen.

Die Codierung erfolgte auf Beitragsebene, d. h. jedes Merkmal wurde für den gesamten Beitrag erhoben. Erfasst wurden neben formalen Merkmalen (z. B. Medium, Datum, Autor) etwa 50 inhaltliche Merkmale zur Messung von Medienqualität auf den Dimensionen Relevanz, Vielfalt, Sachlichkeit/Neutralität, Richtigkeit/Sachgerechtigkeit, Ausgewogenheit und Einordnung/Kontextualisierung (siehe ausführlich Abschnitt 4.2). Dabei haben wir einerseits Kategorien verwendet, in denen wir das Vorkommen von Themen, Akteuren und anderen Textinhalten (z. B. erwähnte Akteure, erwähnte Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie, erwähnte Folgen der Pandemie) erfasst haben. In diesen Fällen haben wir pro Beitrag bis zu fünf Codierungen (also z. B. bis zu fünf Akteure) zugelassen, sodass die Zahl der Codierungen die Zahl der Beiträge überschreiten kann.

Andererseits enthält das Codebuch eine Reihe von Kategorien, mit denen wir Bewertungen und ähnliche Darstellungsaspekte gemessen haben (z. B. die Bewertung der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, die Darstellung der Ungewissheit wissenschaftlicher Prognosen oder den emotionalen Gehalt des Beitrags). Solche Bewertungskategorien haben wir auf fünfstufigen Skalen (z. B. eindeutig positiv bis eindeutig negativ) erfasst und für die Auswertung der Übersichtlichkeit halber auf dreistufige Skalen (z. B. positiv, ambivalent, negativ) zusammengefasst. In unseren Analysen weisen wir dabei in der Regel den Saldo aus positiven und negativen Beiträgen in Prozent aus.

Nach diesen Kriterien haben die neun an unserer Untersuchung beteiligten Codiererinnen und Codierer 5.173 Beiträge erfasst. Die Intercoder-Reliabilität der verwendeten Kategorien als Kriterium für die Qualität unserer Untersuchung nach Holsti belief sich auf sehr gute bis gute Werte zwischen 1.0 (Nennung verschiedener Kennwerte in den Berichten) und 0.78 (Kennzeichnung von Unsicherheit der Prognosen).

4.2 Untersuchte Dimensionen journalistischer Qualität

Auf Basis verschiedener Dimensionalisierungen der Qualität journalistischer Berichterstattung (etwa Schatz & Schulz, 1992; Stark et al., 2021), der Forschung zur Berichterstattung in publizistischen Konflikten und Krisen (z. B. Maurer et al., 2019) sowie der Forschung zu Medienvertrauen und wahrgenommener Qualität (z. B. Obermaier, 2021) sollten folgende sechs Qualitäts-Dimensionen untersucht werden: Relevanz, Vielfalt, Sachlichkeit/Neutralität, Richtigkeit/Sachgerechtigkeit, Ausgewogenheit und Einordnung/Kontextualisierung. Diese allgemeinen Qualitätsdimensionen übertragen wir auf die Pandemie-Berichterstattung, indem wir für jede Dimension für die Pandemie spezifische Indikatoren entwickeln, mit deren Hilfe sich die Dimension messen lässt. Die Dimensionen und Indikatoren erlauben einerseits einen Blick auf die journalistische Performance, sind andererseits aber auch für die Wirkungen der

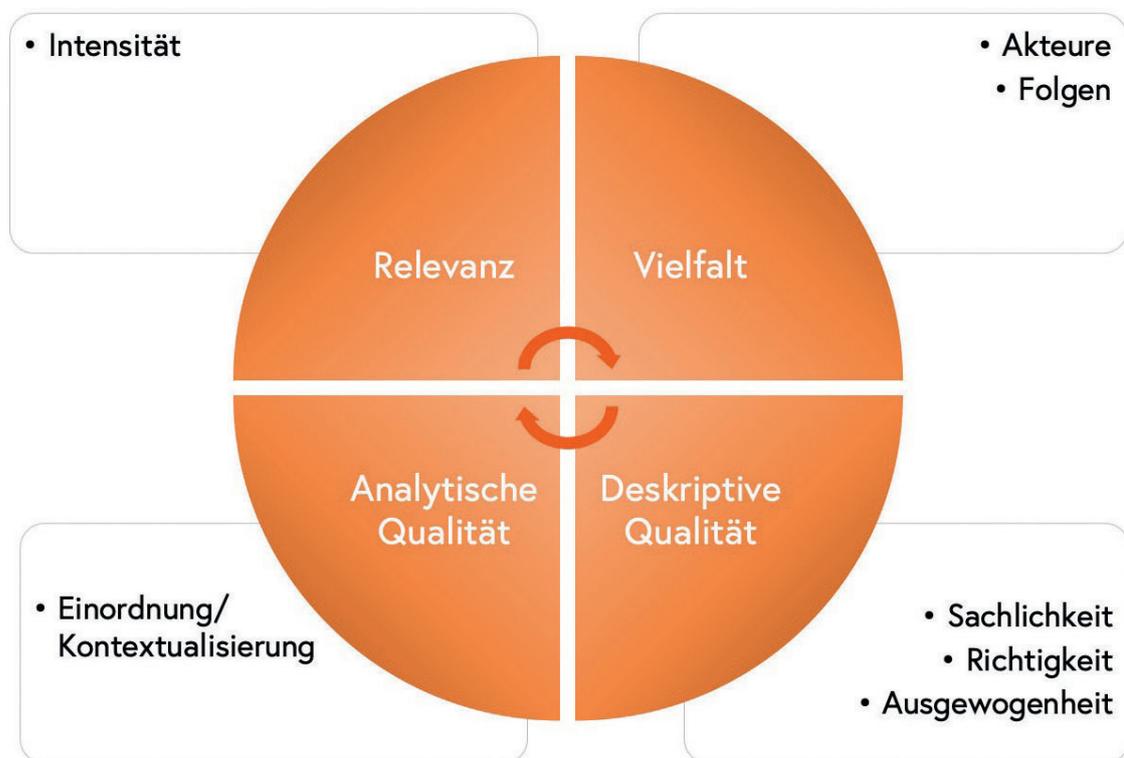


Abbildung 10: Untersuchte Dimensionen journalistischer Qualität

Berichterstattung entscheidend, etwa für die Aufmerksamkeit der Bevölkerung für das Thema, das Wissen über die Pandemie, die Einschätzung von Risiken, die Beurteilung von Maßnahmen oder das Vertrauen in die handelnden Akteure (Abbildung 10).

- ◆ **Relevanz.** Mit der Qualitätsdimension Relevanz ist die Frage angesprochen, ob Medien über Themen und Ereignisse entsprechend ihrer tatsächlichen Bedeutung berichten. Da Einschätzungen der Bedeutsamkeit von Sachverhalten und Ereignisaspekten auch durch subjektive Werturteile geprägt sind, werden zur Beurteilung des Relevanz-Kriteriums in der Forschung entweder (a) medienextern erhobene Daten über die Realität, (b) Urteile von Expertinnen und Experten oder der Bevölkerung sowie (c) andere Medien als Vergleichsmaßstab herangezogen. Wir konzentrieren uns hier auf Vergleiche mit externen Daten (Intra-Extra-Media-Vergleich) und ziehen dafür offizielle Statistiken zur Entwicklung der Pandemie (z. B. Zahl der Neuinfektionen, Sterbefälle) sowie Informationen über die Verkündung wichtiger politischer Entscheidungen (z. B. zu Eindämmungsmaßnahmen) heran und vergleichen diese mit dem Verlauf des Umfangs der Gesamtberichterstattung und einzelnen Teilaspekten.
- ◆ **Vielfalt.** Das Kriterium der inhaltlichen Vielfalt wollen wir im Rahmen dieser Analyse in erster Linie auf die Frage beziehen, in welchem Ausmaß verschiedene Akteure bzw. Akteursgruppen, aber auch unterschiedliche thematische Aspekte und Folgen der Pandemie bzw. Maßnahmen in der Berichterstattung vorkamen. Den Medien wurde häufig eine Verengung der Betrachtung z. B. auf bestimmte Expertinnen und Experten oder eine Vernachlässigung bestimmter Facetten oder Folgen der Krise vorgeworfen. Inwiefern man von einer solchen Verengung tatsächlich sprechen kann, messen wir hier.
- ◆ **Neutralität/Sachlichkeit (deskriptive Qualität).** Die Qualitätsdimension Neutralität bzw. Sachlichkeit kann man als sprachlich-formales Element journalistischer Unparteilichkeit verstehen. Sie wird auch als Indikator für journalistische Professionalität betrachtet. Hierbei geht es etwa um die formale Trennung von Nachricht und Meinung; die Bedeutung interpretierender und bewertender Elemente in der Berichterstattung sowie

die Aufbereitung von Inhalten in Sprache und Bildern. Diese kann entweder durch Sachlichkeit und Rationalität (Neutralität) oder aber z.B. durch Emotionalisierung geprägt sein. Vor diesem Hintergrund betrachten wir in der vorliegenden Analyse den Grad an Emotionalität vs. Sachlichkeit als Indikator für Neutralität. Als weiteren Indikator für die Sachlichkeit der Berichterstattung betrachten wir, in welchem Ausmaß die Darstellung der Pandemie durch Statistiken und andere summarische Informationen (thematisches Framing) oder durch die Darstellung von Einzelfällen (*episodisches Framing*) geprägt war.

- ◆ **Richtigkeit/Sachgerechtigkeit (deskriptive Qualität).** Die Qualitätsdimension Richtigkeit bzw. Sachgerechtigkeit bezieht sich auf die Frage, ob die Medien Sachverhalte angemessen und korrekt darstellen und dem Publikum so eine sachgerechte Meinungsbildung ermöglichen. Es ist leicht nachvollziehbar, dass die Erfüllung dieses Qualitätskriteriums einerseits von zentraler Bedeutung für die adäquate Beurteilung der Pandemie durch die Bevölkerung ist, Journalistinnen und Journalisten hier andererseits gerade zu Beginn der Pandemie vor besondere Herausforderungen gestellt waren. Vor allem in der Frühphase der Pandemie war noch nicht viel über das Virus und dessen Ausbreitung bekannt, zugleich war auch in Wissenschaft und Politik die Lernkurve steil. Das bedeutet, dass Einschätzungen revidiert werden mussten und sich zudem zumindest zeitweise und im Hinblick auf bestimmte Aspekte unterschiedliche wissenschaftliche Ansichten gegenüberstanden. Vor diesem Hintergrund konzentrieren wir uns vor allem auf drei Aspekte, anhand derer wir die Richtigkeit (Sachgerechtigkeit) der Berichterstattung messen wollen: den Vergleich des Corona- mit dem saisonalen Influenza-Virus, die Darstellung des Meinungsklimas zu den Corona-Maßnahmen und die Frage, ob die Berichterstattung den Eindruck vermittelte, in der Wissenschaft herrsche ein Konsens über die Pandemie.
- ◆ **Ausgewogenheit (deskriptive Qualität).** Das Konzept der Ausgewogenheit bzw. Verzerrung (engl. „bias“) bezieht sich auf die Frage, inwieweit verschiedene Sachverhalte oder Positionen in einem angemessenen Verhältnis in der Berichterstattung abgebildet werden. Bei der Beurteilung von Ausgewogenheit stellt sich oftmals die

Frage nach Außenkriterien, anhand derer Verzerrungen der Berichterstattung gemessen werden können. Dies geschieht in der einschlägigen Forschung zur Repräsentanz von Parteien beispielsweise dadurch, dass ihr Vorkommen in der Berichterstattung mit aktuellen Wahl- oder Umfrageergebnissen verglichen wird. Da für die hier interessierenden Aspekte der Berichterstattung solche harten Außenkriterien nur schwer zu finden sind, konzentrieren wir uns hier auf die Frage, inwieweit auch kritische Positionen zur Pandemie, den Maßnahmen und Akteuren in der Berichterstattung vorkamen und inwiefern die Medien dabei unterschiedliche redaktionelle Linien vertraten. So soll etwa danach gefragt werden, wie die Corona-Maßnahmen selbst sowie die generelle Kompetenz von Politik und Wissenschaft im Kontext der Pandemie bewertet wurden. Dabei stellt sich beispielsweise die Frage, ob tatsächlich keine Kritik an den Maßnahmen und den Handelnden in der Berichterstattung vorkam, wie manchmal behauptet wurde. Darüber hinaus soll betrachtet werden, ob die Pandemie und die Corona-Maßnahmen einseitig und allein aus der Perspektive einer Bedrohung medizinischer und sozialer Sicherheit oder auch als Bedrohung individueller, politischer und gesellschaftlicher Freiheit dargestellt wurden.

◆ **Einordnung/Kontextualisierung (analytische Qualität).**

Mit der analytischen Tiefe der Berichterstattung ist die Intensität gemeint, mit der in der Berichterstattung über die reine Vermittlung von Informationen hinaus Erklärungen gegeben und Einordnungen vorgenommen werden, die es dem Publikum ermöglicht, Themen, Ereignisse, Aussagen oder Zahlen sachgerecht einzuordnen. Auch die Komplexität und Logik von Argumentationen und Begründungen wird hierunter rubriziert. In unserer Analyse betrachten wir als Indikatoren für die analytische Qualität zum einen die Frage, ob Zahlen zum Pandemiegeschehen z. B. historisch, im Ländervergleich oder im Vergleich mit anderen Krankheiten eingeordnet wurden. Zum anderen wollen wir feststellen, in welchem Umfang medizinische, psychosoziale, ökonomische und andere Folgen der Corona-Maßnahmen gegeneinander abgewogen wurden.

Die Interpretation der Befunde zu den einzelnen Qualitätsdimensionen für die Berichterstattung insgesamt, über die Zeit bzw. für einzelne Medien erfolgt entweder (a) im Vergleich der Berichterstattung mit realweltlichen Ereignissen und externen Daten (z. B. zum Pandemiegeschehen, etwa Neuinfektionen, Todesfälle), (b) im Vergleich von Einzelmedien untereinander oder (c) im Vergleich der aktuellen mit Befunden aus früheren Studien.

5. Ergebnisse

Für die Analysen rechnen wir zunächst die 5.173 codierten Beiträge in unserer Stichprobe auf eine Vollerhebung hoch, um die unterschiedlichen Arten der Stichprobenziehung auszugleichen. Konkret bedeutet dies, dass wir die codierten Beiträge aus den Onlinemedien (ein Viertel der Stichprobe) mit dem Faktor 4 und die codierten Beiträge aus den Fernsehnachrichten (halbe Stichprobe) mit dem Faktor 2 gewichten. Die Beiträge aus den TV-Sondersendungen hatten wir bereits als Vollerhebung codiert. Auf diese Weise hochgerechnet sind auf den Startseiten der von uns untersuchten Medien zwischen Januar 2020 und April 2021 insgesamt 15.931 Beiträge über die COVID-19-Pandemie mit überregionalem Bezug zu Deutschland erschienen. Be-

sonders viele der untersuchten Beiträge sind auf den Startseiten der Onlinemedien erschienen, insbesondere auf welt.de und spiegel.de (jeweils 13 % aller Beiträge) sowie bild.de und faz.net (jeweils 12 %). Deutlich weniger Beiträge wurden in den Fernsehnachrichten (im Schnitt etwa 7 %) und vor allem in den nur unregelmäßig ausgestrahlten TV-Sondersendungen (3 %) gesendet (Abbildung 11).

Auf dieser Basis führen wir im Folgenden die Analysen zur Qualität der Medienberichterstattung durch. Die Analysen werden sich dabei einerseits auf den gesamten Zeitraum und alle Medien insgesamt beziehen. Dies ist abseits eines groben Überblicks im Hinblick auf all jene der untersuchten Merkmale der Berichterstattung sinnvoll und legitim, in denen weder größere Differenzen über die Zeit noch zwischen verschiedenen Einzelmedien gab. Allerdings ist erstens

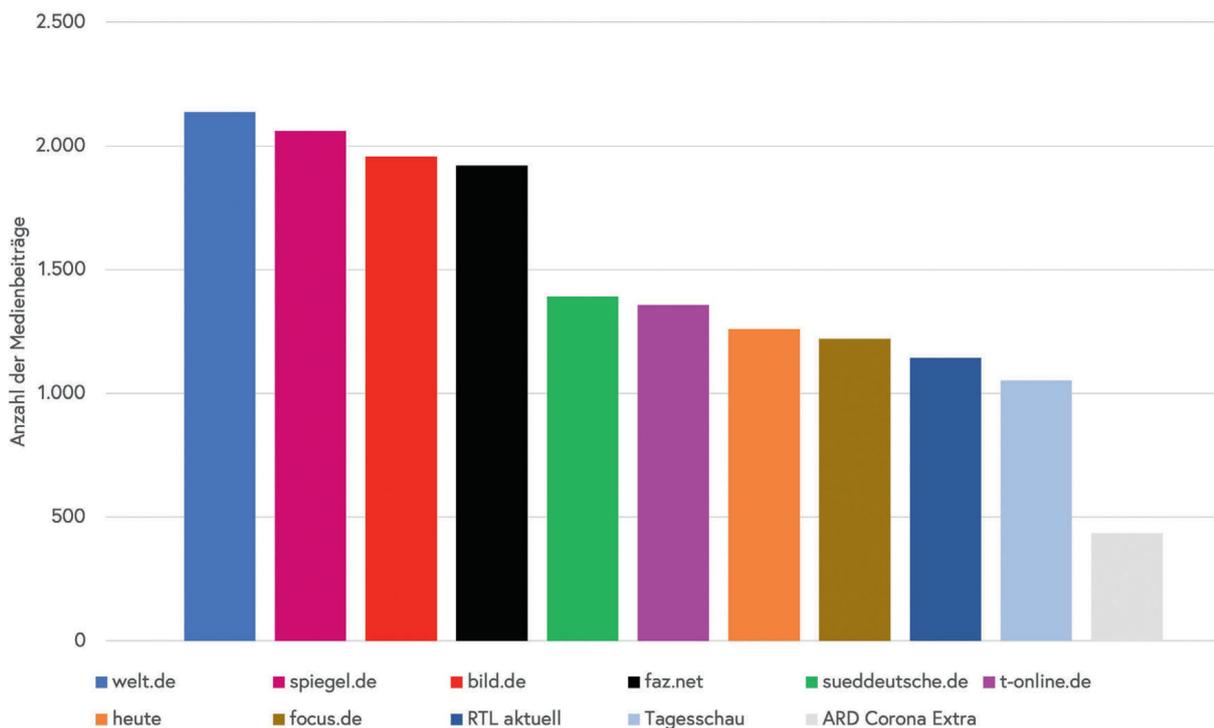


Abbildung 11: Anzahl der Beiträge in den untersuchten Nachrichtenmedien. Basis: Alle Beiträge.

davon auszugehen, dass sich der Charakter und die Qualität der Berichterstattung im Verlauf der Pandemie massiv verändert haben, weil sich die Ereignislage, die Kenntnisse über Virus, Pandemie und Folgen der Maßnahmen, die öffentliche Meinung und damit auch journalistische Bewertungen und Publikationsentscheidungen verändert haben.

Der Großteil der Analysen wird deshalb die Berichterstattung im Zeitverlauf betrachten, wobei die Medien insgesamt betrachtet werden. Dies ist deshalb legitim, weil es hier nicht so sehr um die Leistung einzelner Medien geht, sondern um die Performance des Mediensystems insgesamt. Zweitens ist aber natürlich auch mit Medien-Unterschieden zu rechnen, die beispielsweise auf die Erfordernisse unterschiedlicher Mediengattungen (z. B. TV vs. Online), die Besitzverhältnisse (öffentlich-rechtlich vs. privat), redaktionelle (politische) Linien oder journalistisches Konzepte und Zielgruppen (z. B. Boulevard- vs. Qualitätsmedien) zurückzuführen sind und auch abseits der Corona-Krise zu Berichterstattung von unterschiedlicher Qualität führen (zuletzt z. B. Stark et al., 2021). Deshalb

werden diese im Hinblick auf bestimmte Merkmale ebenfalls in den Blick genommen, müssen aber auch bei der Interpretation der aggregierten Zeitverläufe immer mitgedacht werden. Wir folgen dabei der in Abschnitt 4.2 erläuterten Systematik und beginnen dementsprechend mit der Dimension der Relevanz.

5.1 Relevanz

Ob die Nachrichtenmedien die Pandemie ihrer Relevanz entsprechend berichtet haben, untersuchen wir, indem wir den Zusammenhang zwischen dem Infektionsgeschehen und der Menge der Medienberichterstattung über die Pandemie analysieren. Demnach zeichnet sich eine qualitativ hochwertige Berichterstattung in der Dimension Relevanz dadurch aus, dass die Medien umso häufiger über die Pandemie berichten, je dramatischer sich diese entwickelt, also je mehr Menschen sich mit dem Corona-Virus SARS-CoV-2 infizieren und daran/

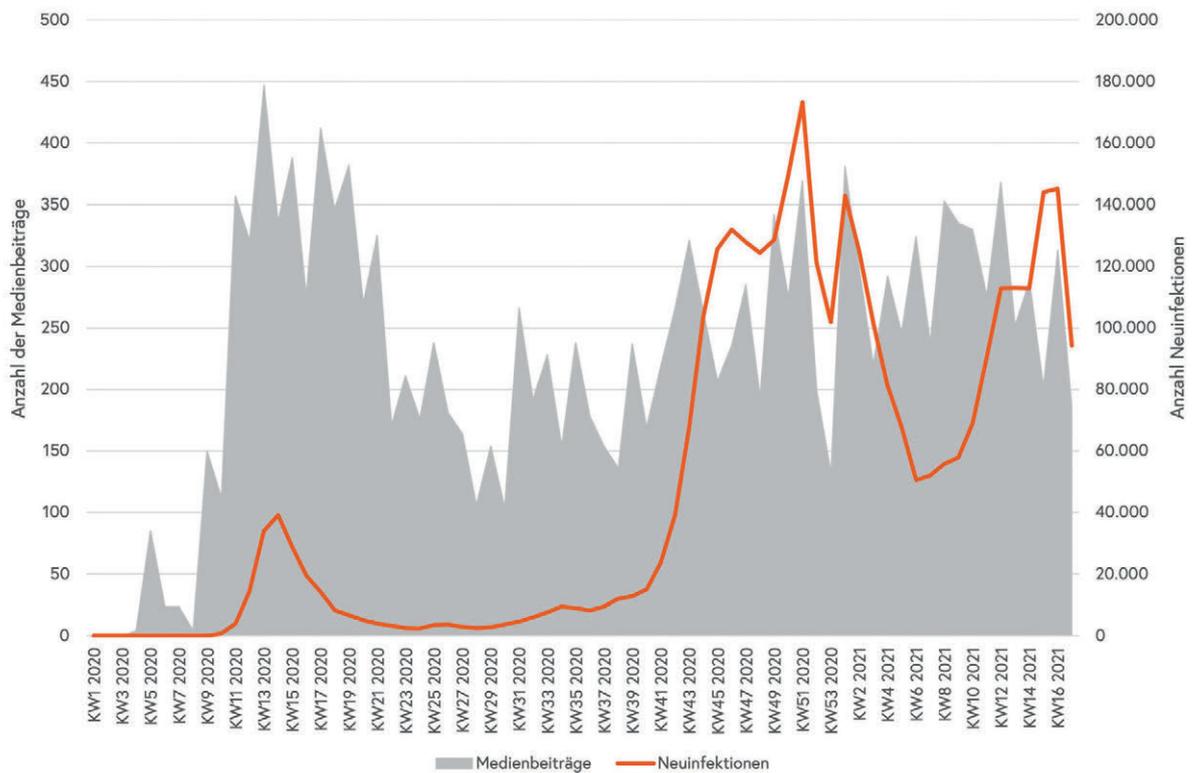


Abbildung 12: Zusammenhang zwischen der Menge der Medienberichterstattung und der Anzahl der SARS-CoV-2 Neuinfektionen. Basis: Alle Beiträge.

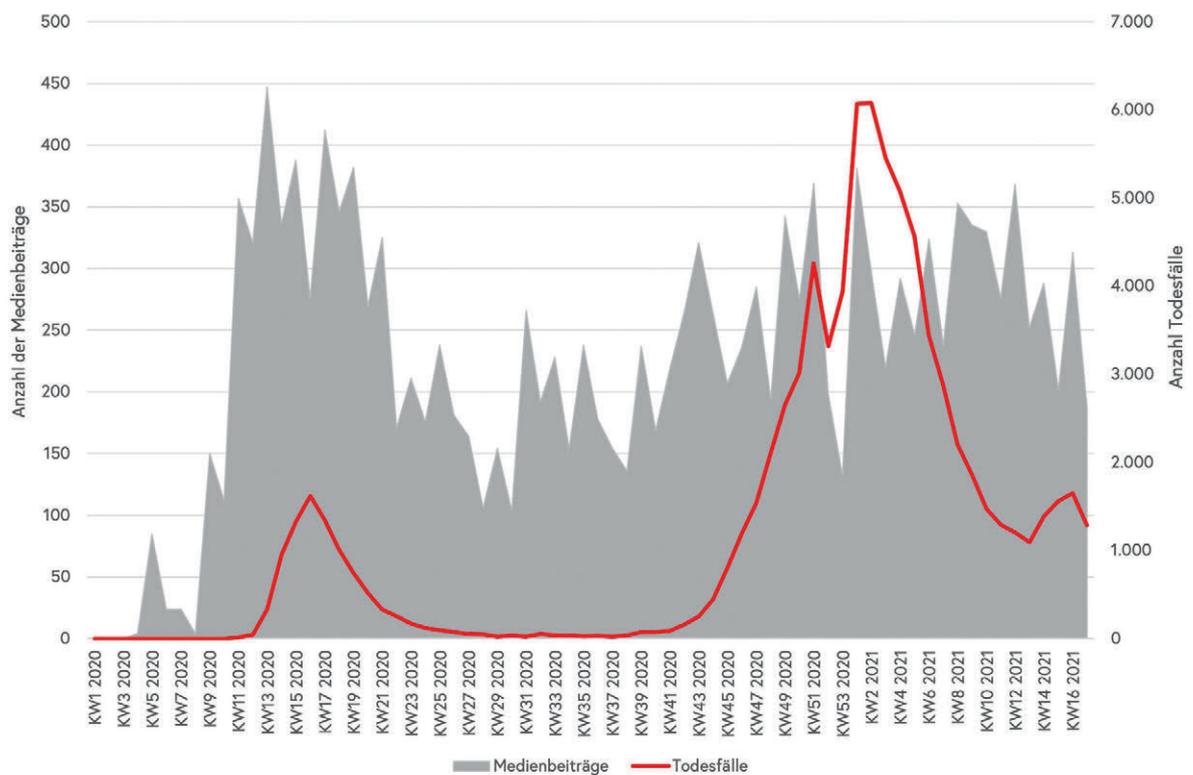


Abbildung 13: Zusammenhang zwischen der Menge der Medienberichterstattung und der Anzahl der an/mit COVID-19 Gestorbenen. Basis: Alle Beiträge.

damit sterben. Dies ist auch deshalb eine wichtige Frage, weil die Rezipienten aus der Menge der Medienberichterstattung bewusst oder unbewusst weitreichende Schlüsse ziehen: Sie halten Probleme für umso relevanter und dringlicher, je häufiger die Medien über diese Probleme berichten (Agenda-Setting).

Unser erster Indikator für Relevanz ist der allgemeine Vergleich der Gesamtberichterstattung mit der Anzahl der Neuinfektionen und Todesfälle im Zeitverlauf. Ein solcher Zusammenhang war im Untersuchungszeitraum allerdings nur teilweise zu erkennen. Zwar wird grundsätzlich deutlich, dass die von uns untersuchten Medien in den drei Pandemiewellen deutlich intensiver berichtet haben als z. B. im Sommer 2020, als es kaum Infizierte und Tote gab. Zugleich wird aber auch deutlich, dass die Berichterstattung ihren absoluten Höhepunkt mit bis zu 450 Beiträgen pro Woche bereits zu Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 erreicht hatte. Dies entspricht durchschnittlich etwa sechs Beiträgen pro Medium an jedem Tag. Obwohl die Zahl der Infizierten und Toten in der zweiten (Winter 2020/21) und dritten

(April 2021) Welle um ein Vielfaches höher lag, erreichte die Berichterstattung dieses Niveau nicht mehr (maximal etwa 350 Beiträge pro Woche). Insbesondere ab Herbst 2020 entkoppelte sich die Berichterstattungsmenge weitgehend vom Infektionsgeschehen, weil sie trotz zum Teil starker Schwankungen in der Zahl der Infizierten und Toten weitgehend auf einem (relativ hohen) Niveau verblieb. Dabei korrelierte die Berichterstattungsmenge tendenziell eher mit der Zahl der Infizierten als mit der Zahl der Toten. Dies ist auch deshalb bemerkenswert, weil die Zahl der (festgestellten) Infektionen u. a. aufgrund schwankender Testhäufigkeiten vermutlich nicht der bessere Indikator für die Brisanz des Geschehens war (Abbildungen 12 und 13).

Stärkere Zusammenhänge zwischen der Berichterstattungsmenge und den Indikatoren für das Infektionsgeschehen zeigen sich, wenn man die Berichterstattung etwas detaillierter betrachtet. So können wir z. B. auch dezidiert die Häufigkeit der Erwähnung von Todesfällen in den Medien mit der tatsächlichen Zahl von Todesfällen vergleichen. Hierbei zeigt sich, dass die Medien während der zweiten

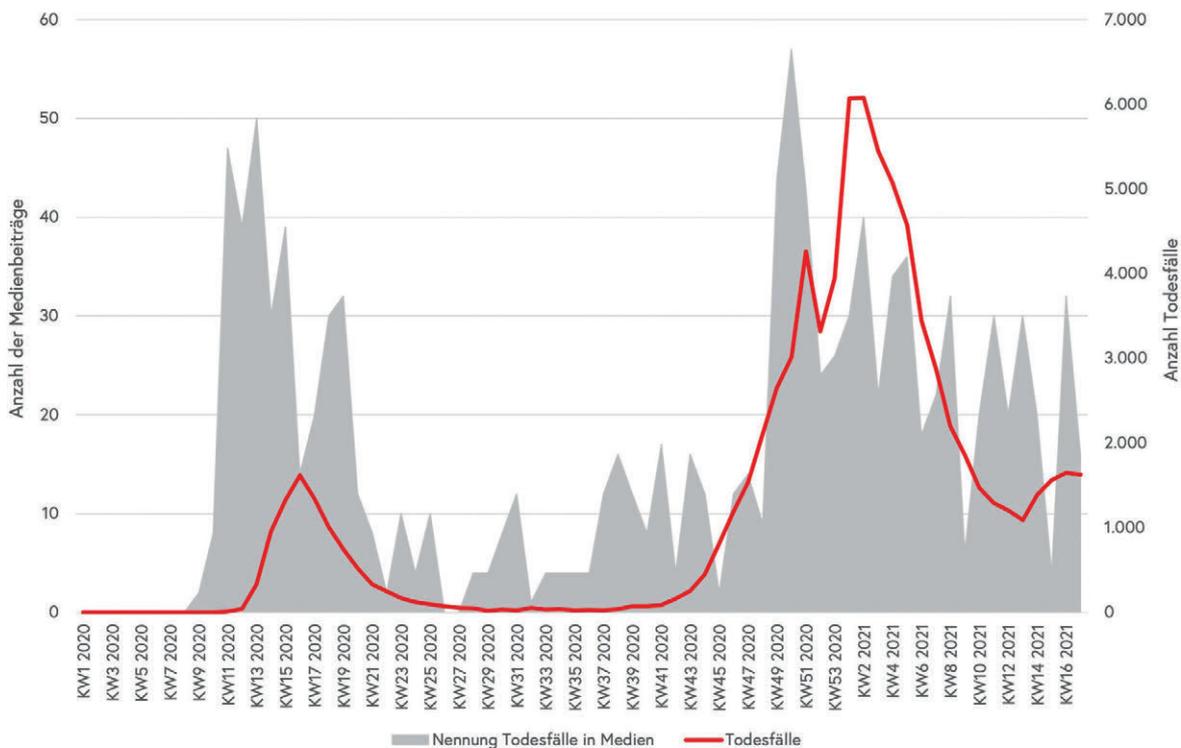


Abbildung 14: Zusammenhang zwischen der Nennung von Todesfällen in den Medien und der Anzahl der an/mit COVID-19 Gestorbenen. Basis: Alle Beiträge mit Nennungen von Todesfällen (N=1.142; gewichtet).

Pandemie-Welle zumindest etwas häufiger über Todesfälle berichtet haben als während der ersten Welle. Den massiven Anstieg der Todesfälle in der zweiten Welle spiegelt sie allerdings nicht wider. Umgekehrt blieb die Berichterstattung über Todesfälle auch dann noch, als diese durch die zunehmende Impfung von Risikogruppen deutlich zurückgingen (Abbildung 14).

Für den dritten Indikator im Bereich Relevanz greifen wir schließlich auf die visuelle Darstellung des Infektionsgeschehens zurück. Dabei vergleichen wir die Anzahl von Pressefotos und Nachrichtenbildern, auf denen Infizierte oder

Tote zu sehen waren, mit der Anzahl von Neuinfektionen und Todesfällen. Dabei fällt zunächst auf, dass solche Bilder fast ausschließlich während der ersten und zweiten Pandemiewelle zu sehen waren. Die Menge dieser Bilder korreliert ähnlich wie die Menge der Textbeiträge zumindest grob mit der Anzahl der Neuinfektionen. Zugleich wird aber auch hier deutlich, dass sich vor allem die dritte Pandemiewelle trotz einer sehr hohen Zahl von Neuinfektionen nicht mehr in entsprechenden Medienbildern niedergeschlagen hat (Abbildung 15). In Bezug auf die Todesfälle fallen die Zusammenhänge mit der Bildberichterstattung sogar noch geringer aus.

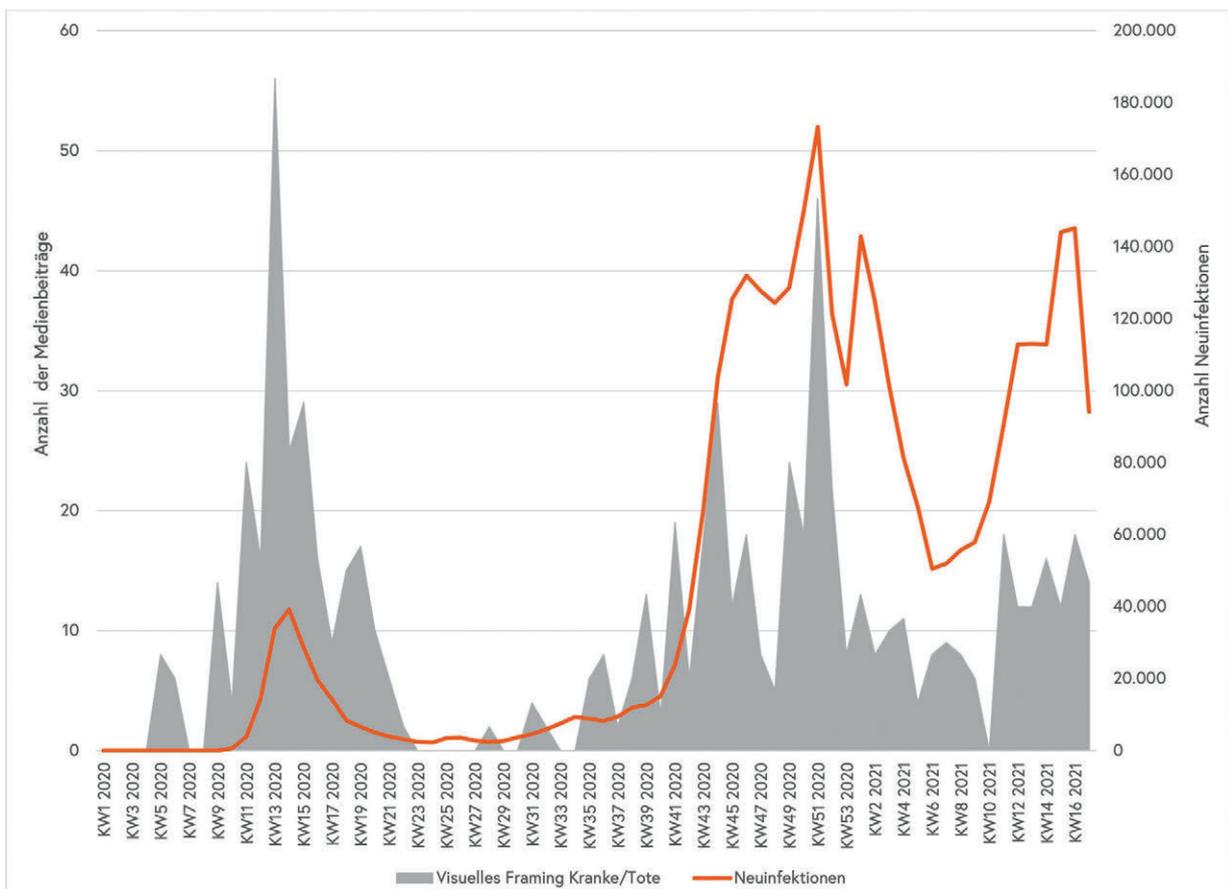


Abbildung 15: Zusammenhang zwischen der Darstellung von Infizierten oder Toten auf Nachrichtenbildern und der Zahl der Neuinfektionen. Basis: Alle Beiträge mit dem visuellen Frame „Kranke/Tote“ (N=715, gewichtet).

Zusammenfassend weisen folglich alle unsere Indikatoren für Relevanz darauf hin, dass die Medien vor allem zu Beginn intensiv über die Pandemie berichtet haben, während die Berichterstattung später trotz einer deutlich dramatischeren Infektionslage eher nachgelassen hat.

Dieses Muster findet sich auch in anderen Krisen, z. B. der „Flüchtlingskrise“ (Maurer et al. 2019), und wird in der Regel damit erklärt, dass die Medien nach einer gewissen Zeit zunehmend das Interesse an einem Thema verlieren, wenn nichts substantiell Neues mehr geschieht. Im vorliegenden Fall haben die Medien zudem bereits über die erste Pandemiewelle so massiv berichtet, dass eine den später um ein Vielfaches höheren Infektions- und Todeszahlen entsprechende Berichterstattungsmenge praktisch kaum noch möglich war.

5.2 Vielfalt

Akteursvielfalt

Unter dem Aspekt der Vielfalt interessiert uns zunächst die Vielfalt der in einem Beitrag vorkommenden Akteure. Dabei haben wir Akteure als diejenigen Personen oder Personengruppen bzw. Organisationen definiert, die im Beitrag hauptsächlich erwähnt werden, d. h. deren Handlungen beschrieben oder deren Aussagen indirekt oder direkt zitiert werden. Pro Beitrag konnten bis zu fünf Akteure erfasst werden. Wir betrachten die Akteursvielfalt hier in mehreren Schritten und gehen dabei immer stärker ins Detail.

Auf einer ersten Ebene interessiert uns, wie häufig die in Bezug auf die COVID-19-Pandemie besonders relevanten Akteursgruppen in den Medien vorkamen. Dabei unterscheiden wir zunächst vier Gruppen: Politik, Wissenschaft, Betroffene und „Corona-Skeptiker“ (z. B. die Querdenken-Bewegung). Dabei wird deutlich, dass über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg politische Akteure die mediale Berichterstattung über die Pandemie dominiert haben (insgesamt 47 % der genannten Akteure). Wissenschaftler kamen in den Beiträgen deutlich seltener, aber noch immer relativ häufig als Akteure vor (19 %), wobei wir den Begriff „Wissenschaftler“ hier zunächst sehr weit fassen und auch Ärzte und andere Vertreter des Gesundheitswesens einbeziehen. Im Zeitverlauf zeigt sich zudem, dass die Dominanz politischer Akteure während aller Pandemiewellen und insbesondere gegen Ende des Untersuchungszeitraums zugenommen hat. Relativ selten kamen dagegen Betroffene in der Berichterstattung vor, also Menschen die selbst oder deren Angehörige an COVID-19 erkrankt oder gestorben sind (1,2 %). Dieser Wert ist bemerkenswert niedrig und liegt beispielsweise auch sehr deutlich unter dem oft als viel zu niedrig beklagten Wert, mit dem Migranten in der Migrationsberichterstattung als Akteure auftreten (z. B. Maurer et al. 2021). Ähnlich selten wurden auch Corona-Skeptiker in den Medien erwähnt (1,6 %). Der gelegentlich geäußerte Vorwurf, diese seien auch in der Berichterstattung der Leitmedien überproportional zu Wort gekommen, bestätigt sich folglich nicht (Abbildung 16).

Im nächsten Schritt wollen wir die politischen und wissenschaftlichen Akteure etwas genauer betrachten. Dabei nehmen wir zunächst die politischen Akteure in den Blick und untersuchen, welche politischen Parteien den medialen Diskurs in der Pandemie besonders bestimmt haben. Dabei zeigt sich bezogen auf den gesamten Untersuchungszeitraum zunächst eine massive Dominanz der Regierung über die Opposition. Zählt man die Bundesregierung, die daran beteiligten Parteien sowie deren Politiker auf Bundesebene zusammen, machten Regierungsakteure über 20 Prozent aller Akteursnennungen aus, während Oppositionsakteure gerade einmal auf 3 Prozent kamen. Das kann man natürlich auch damit erklären, dass das Handeln der Regierung für die Bewältigung der Pandemie maßgeblich war und deshalb im Zentrum der Berichterstattung stand. Dennoch ist es durchaus bemerkenswert, dass auf die vier Oppositionsparteien und ihre Bundespolitiker jeweils nur etwa ein Prozent

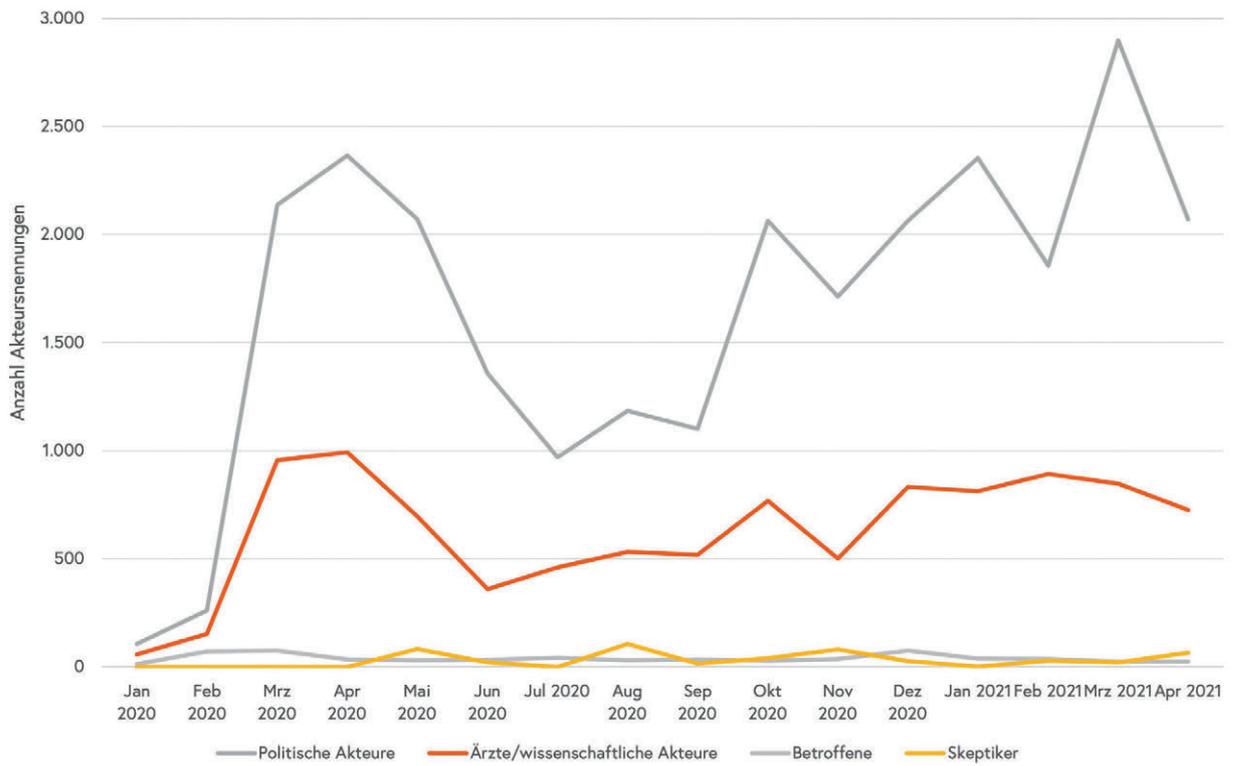


Abbildung 16: Häufigkeit des Vorkommens unterschiedlicher Akteursgruppen. Basis: 37.771 Nennungen der ausgewählten Akteure in allen Beiträgen (gewichtet). Codiert werden konnten bis zu fünf Akteure pro Beitrag.

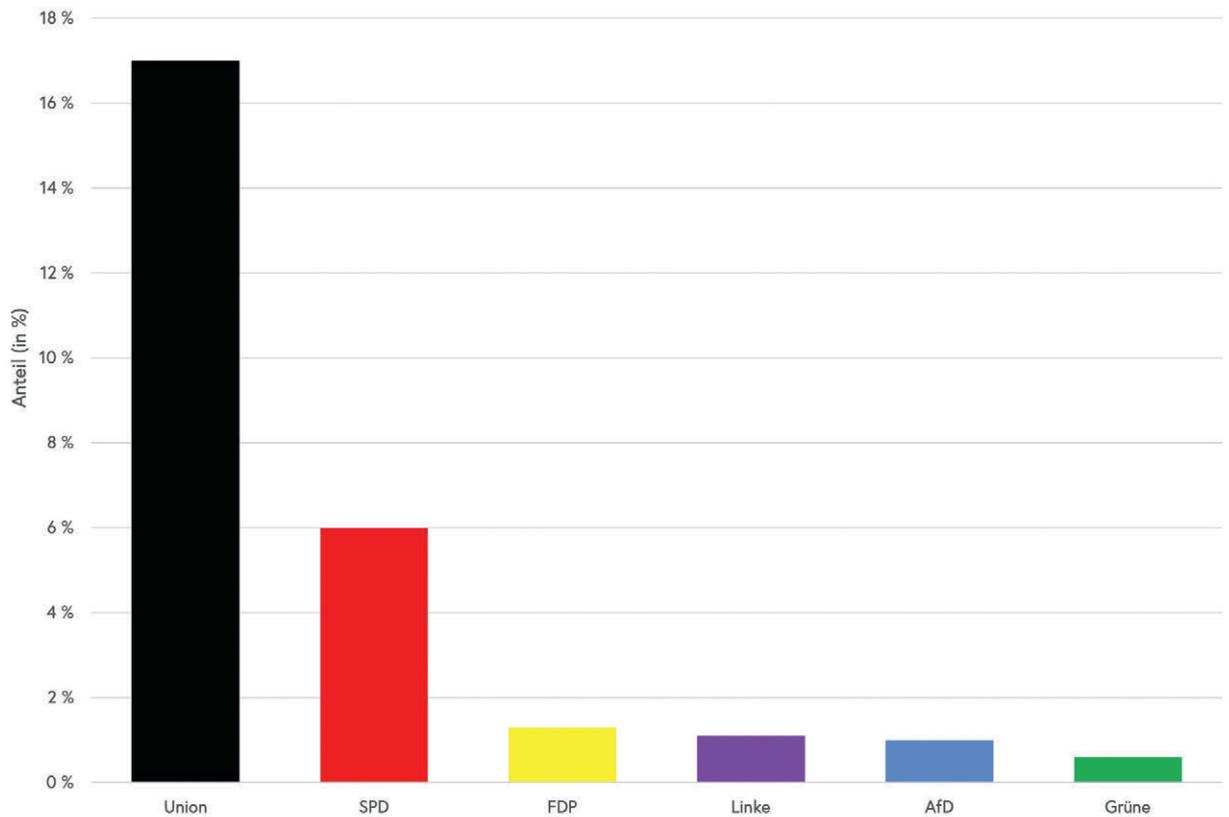


Abbildung 17: Anteil der Nennungen unterschiedlicher Parteien und ihrer Politiker an allen Akteursnennungen. Basis: 53.566 Akteursnennungen in allen Beiträgen (gewichtet). Codiert werden konnten bis zu fünf Akteure pro Beitrag.

(FDP) bzw. sogar nur etwa ein halbes Prozent (Grüne, Linke und AfD) der Akteursnennungen entfiel, während alleine die Union und ihre Bundespolitiker mehr als 12 Prozent aller genannten Akteure stellten.

Bezieht man die Länderebene mit ein, vergrößert sich der Abstand der Union zu den anderen Parteien trotz unterschiedlicher Regierungskonstellationen sogar noch, weil ihre Ministerpräsidenten Söder und Laschet deutlich häufiger erwähnt wurden als deren Amtskollegen aus anderen Bundesländern. Insgesamt entfielen somit rund 17 Prozent aller Akteursnennungen in den Medien auf die Union und ihre Politiker. Die SPD folgte hier mit etwa 6 Prozent. Der Vollständigkeit halber soll auch hier erwähnt werden, dass die AfD als einzige Partei, die man im weitesten Sinne dem Umfeld der Corona-Skeptiker zuordnen kann, in der Berichterstattung am seltensten vorkam (0,6 % aller Akteursnennungen). Die Pandemie lenkte die mediale Aufmerksamkeit insgesamt folglich stark auf die Regierungsparteien und dabei vor allem auf die Union (Abbildung 17).

In Bezug auf die wissenschaftlichen Akteure unterscheiden wir drei Gruppen: Virologen, Ärzte und andere Vertreter des Gesundheitswesens sowie Vertreter anderer Wissenschaftsdisziplinen, z. B. Psychologie oder Wirtschaftswissenschaften. Dabei zeigt sich zunächst, dass im gesamten Untersuchungszeitraum Ärzte und andere Vertreter des Gesundheitswesens deutlich am häufigsten in den Medien präsent waren. Bezogen auf alle auftretenden Akteure machten sie fast 11 % der Nennungen aus. Am häufigsten wurden das Robert-Koch-Institut und seine Mitarbeiter genannt (3 %). Virologen im engeren Sinn machten dagegen nur knapp 4 % der Akteursnennungen aus. Dabei fällt auch auf, dass sich ihre Präsenz im Wesentlichen auf die erste Pandemiewelle und den Sommer 2020 erstreckte. In der zweiten und dritten Welle kamen Virologen dagegen deutlich seltener vor. Ähnlich häufig wie Virologen kamen auch Wissenschaftler anderer Disziplinen in der Berichterstattung vor (3 %), darunter vor allem Wirtschaftswissenschaftler und -institute. Psychiater und Psychologen, die sich mit den negativen Folgen harter Pandemie-Maßnahmen beschäftigen, kamen dagegen beispielsweise insgesamt nur in etwa 180 Medienbeiträgen vor. Das entspricht 0,3 Prozent aller Akteursnennungen (Abbildung 18).

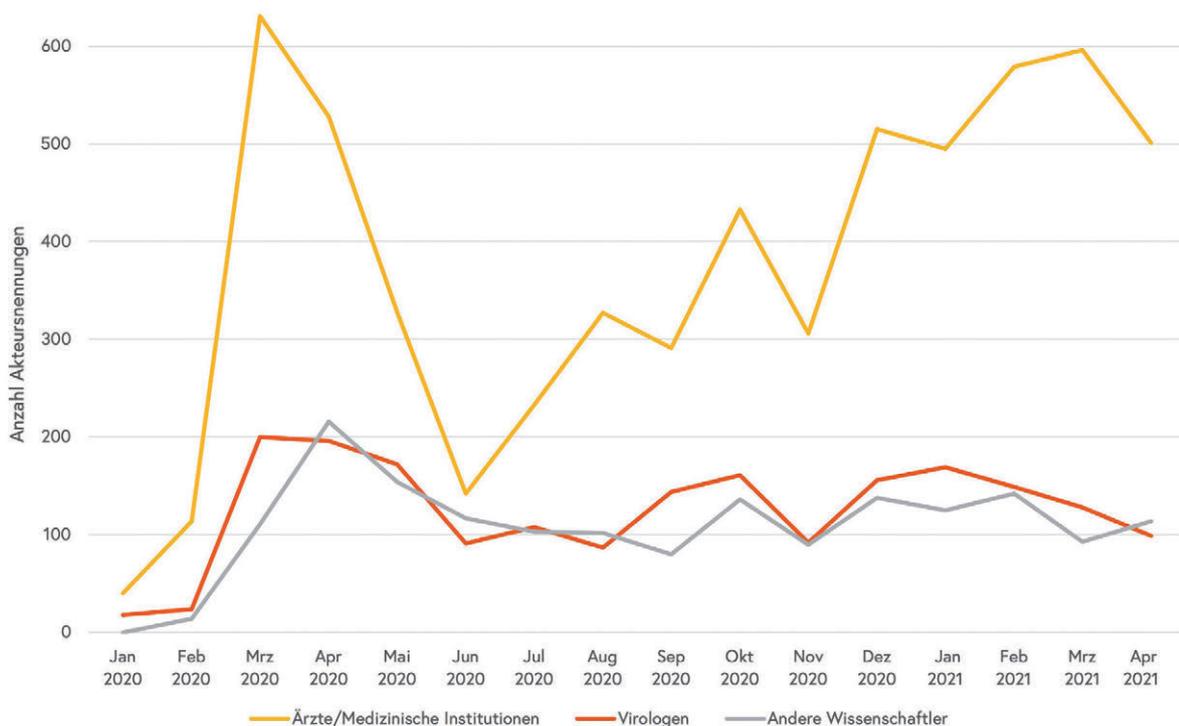


Abbildung 18: Häufigkeit des Vorkommens verschiedener wissenschaftlicher Akteure. Basis: 9.788 Nennungen der ausgewählten Akteure in allen Beiträgen (gewichtet). Codiert werden konnten bis zu fünf Akteure pro Beitrag.

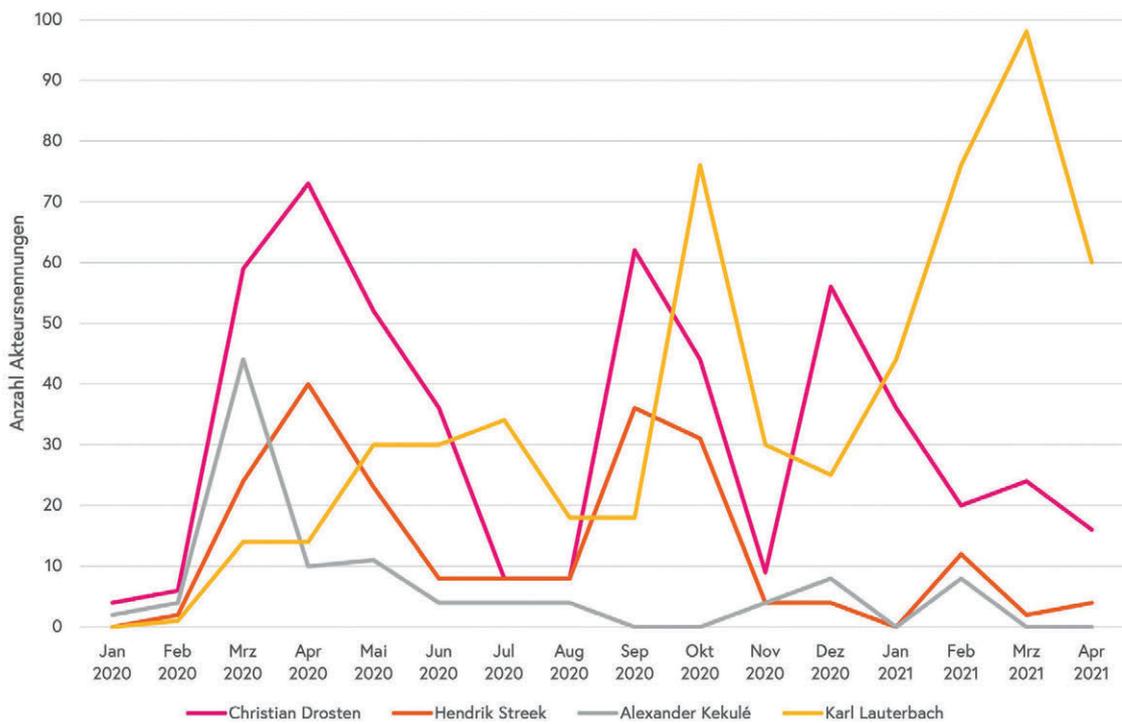


Abbildung 19: Häufigkeit des Vorkommens einzelner „Pandemie-Experten“. Basis: 1.390 Nennungen der ausgewählten Akteure in allen Beiträgen (gewichtet). Codiert werden konnten bis zu fünf Akteure pro Beitrag.

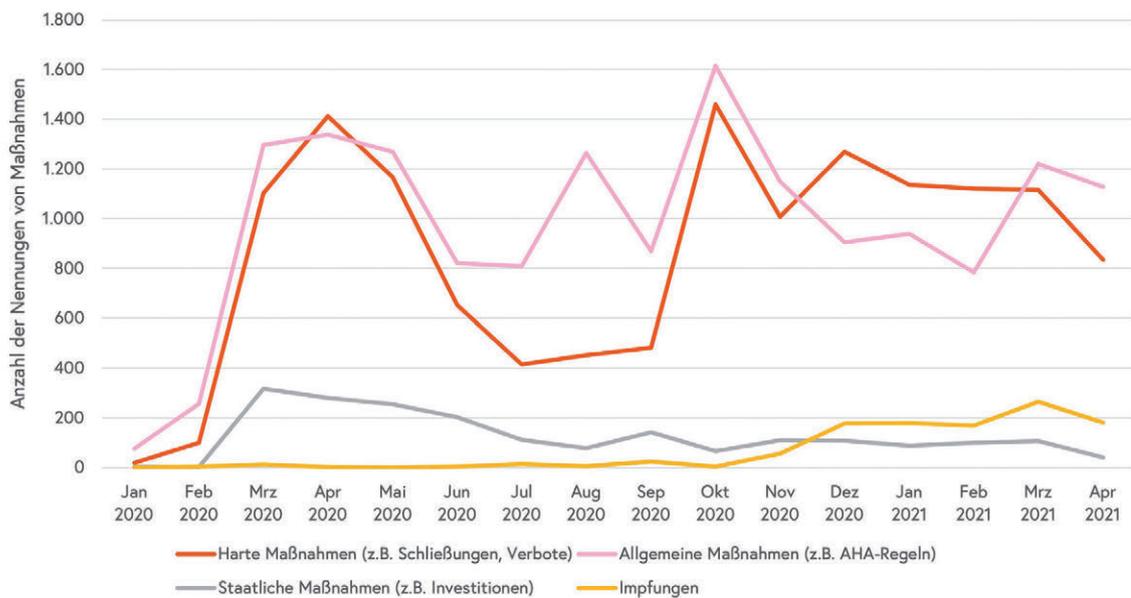


Abbildung 20: Häufigkeit der Nennung verschiedener Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie. Basis: 32.611 Nennungen der ausgewählten Maßnahmen in allen Beiträgen (gewichtet). Codiert werden konnten bis zu fünf Maßnahmen pro Beitrag.

Auf der letzten Ebene wollen wir schließlich die Häufigkeit, mit der einige prominente Virologen in der Medienberichterstattung vorkamen, einzeln betrachten. Dabei konzentrieren wir uns zunächst auf die drei meistgenannten Virologen, Christian Drosten, Hendrik Streeck und Alexander Kekulé, wobei vor allem Drosten als engerer Regierungsberater und Streeck, der für vergleichsweise weniger gravierende Einschränkungen plädierte, in der Öffentlichkeit zeitweise als Antagonisten wahrgenommen wurden. Unsere Analysen zeigen zunächst, dass Drosten mit 513 Mediennennungen mehr mediale Aufmerksamkeit erhielt, als alle anderen Virologen zusammen. Während Kekulé nur während der ersten Pandemiewelle häufig in den Medien präsent war, erstreckte sich die Präsenz von Streeck weitgehend auf das Frühjahr 2020, in dem er seine viel diskutierte Heinsberg-Studie zur Pandemie veröffentlicht hatte. Drosten blieb bis Herbst 2020 der deutlich dominierende Pandemie-Erklärer in den Medien, wurde aber während der zweiten Pandemiewelle partiell und während der dritten Pandemiewelle schließlich vollständig von einem „Kollegen“ abgelöst, der während der ersten Welle noch wenig präsent gewesen war: Spätestens mit Beginn des Jahres 2021 übernahm der SPD-Politiker Karl Lauterbach, der vor seiner politischen Laufbahn Direktor eines Instituts für Gesundheitsökonomie und Klinische Epidemiologie war, die Rolle des mit Abstand am häufigsten auftretenden medialen Experten für die Pandemie (Abbildung 19).

Vielfalt der dargestellten Maßnahmen

Neben der Frage, welche Akteure die Berichterstattung dominiert haben, wollen wir hier auch betrachten, welche Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie vorrangig diskutiert wurden. Dabei unterscheiden wir harte Maßnahmen (z. B. Schließungen oder Verbote), weniger harte, allgemeine Maßnahmen (z. B. AHA-Regeln, Testen) und das erst im Verlauf der Pandemie möglich gewordene Impfen, das wir hier als Einzelmaßnahme betrachten. All diese Maßnahmen sollen/müssen von der Bevölkerung umgesetzt werden. Davon unterscheiden wir Maßnahmen, die die Politik ergreifen soll/muss

(z. B. Investitionen zur Bekämpfung der Pandemie). Unsere Analysen zeigen, dass während des gesamten Untersuchungszeitraums etwa gleichermaßen häufig harte und allgemeine Maßnahmen thematisiert wurden. Eine Ausnahme hiervon war der Sommer 2020, als harte Maßnahmen nur noch eine untergeordnete Rolle spielten, vermutlich weil das Infektionsgeschehen diese nicht mehr nötig erschienen ließ. Erstaunlicherweise erreichte die Nennung von Impfungen, auch nachdem diese möglich und nach allgemeiner Einschätzung die deutlich wirksamste Maßnahme gegen die Pandemie wurde, nicht annähernd diese Werte. Staatliche Maßnahmen kamen in der Berichterstattung insgesamt nur selten vor, sodass bei den Rezipienten der Eindruck entstehen musste, sie seien für die Pandemiebekämpfung weitgehend selbst verantwortlich (Abbildung 20).

Vielfalt der Folgen

Schließlich interessiert uns hier auch noch, welche Folgen der Pandemie bzw. der Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie in den Medien erwähnt wurden. Dies ist eine wichtige Frage, weil die Nennung von positiven oder negativen Folgen den Befürwortern und Gegnern von harten Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie Argumente liefert: Werden überwiegend die positiven Folgen der Maßnahmen thematisiert (z. B. die Eindämmung der Pandemie oder die Verhinderung einer Überlastung des Gesundheitssystems), stützt dies die Forderung nach harten Maßnahmen. Werden überwiegend ihre negativen Folgen thematisiert (z. B. zunehmende Arbeitslosigkeit oder Vereinsamung), kann man dies als Argument gegen harte Maßnahmen verstehen.

Im ersten Schritt haben wir die von uns erfassten Folgen in vier Gruppen eingeteilt: gesundheitliche Folgen (z. B. Eindämmung der Pandemie, aber auch negative psychische Folgen durch die Maßnahmen) wirtschaftliche Folgen (z. B. Kurzarbeit, Insolvenzen), soziale Folgen (z. B. Zunahme häuslicher Gewalt, aber auch Entschleunigung) und bildungsbezogene Folgen (z. B. Bildungslücken durch Schulausfall). Dabei zeigt sich, dass zu Beginn der Pandemie gesundheitliche und wirtschaftliche Folgen gleichermaßen intensiv diskutiert wurden. Dies änderte

sich jedoch deutlich in der zweiten und dritten Pandemie-Welle. Ab Herbst 2020 spielten die (überwiegend negativen) wirtschaftlichen Folgen der Maßnahmen in den Medien kaum noch eine Rolle. Stattdessen ging es bei weitem überwiegend um gesundheitliche Folgen. Soziale Folgen

und vor allem Folgen für das Bildungssystem wurden in den Medien schon von Beginn an eher selten thematisiert. Nach der ersten Pandemie-Welle geschah dies noch zunehmend seltener (Abbildung 21).

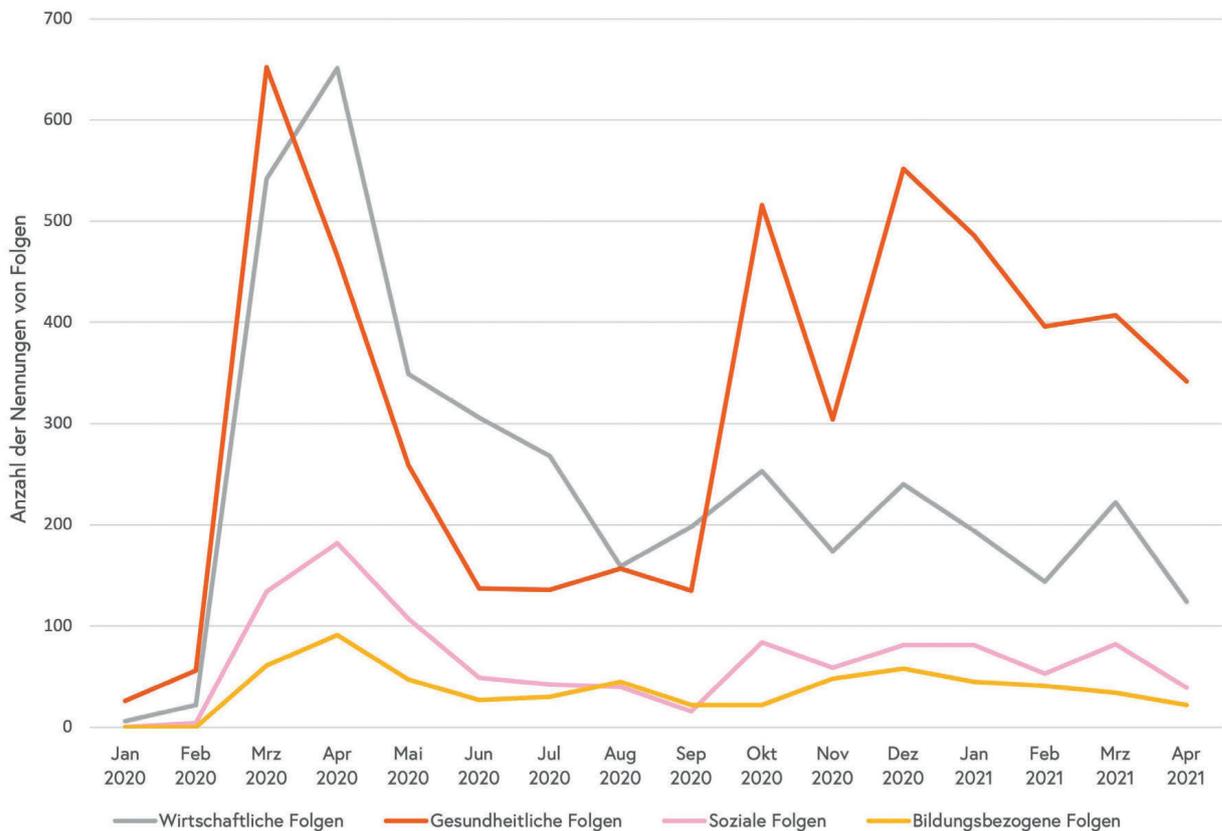


Abbildung 21: Häufigkeit der Nennung von unterschiedlichen Folgen der Pandemie bzw. der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung. Basis: 10.525 Nennungen der ausgewählten Folgen in allen Beiträgen (gewichtet). Codiert werden konnten bis zu fünf Folgen pro Beitrag.

Während es sich bei den wirtschaftlichen Folgen fast ausschließlich um negative Folgen wie Arbeitslosigkeit, Wirtschaftsabschwung und eine Erhöhung der Staatsverschuldung handelte, können die thematisierten gesundheitlichen Folgen eine unterschiedliche Valenz haben: Einerseits kann es um die positiven Folgen der Maßnahmen für die Eindämmung der Pandemie gehen. Andererseits kann aber auch darauf hingewiesen werden, dass harte Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung negative Gesundheitsfolgen in anderen Bereichen nach sich ziehen können, darunter z. B.

psychische Erkrankungen durch Vereinsamung und körperliche Erkrankungen durch Bewegungsmangel. Dabei zeigt sich, bezogen auf den gesamten Untersuchungszeitraum, dass die positiven gesundheitlichen Folgen der Maßnahmen (3.900 Nennungen = 28 % aller genannten Folgen) um ein Vielfaches häufiger erwähnt wurden als ihre negativen gesundheitlichen Folgen (294 Nennungen = 2 % aller genannten Folgen). So wurden beispielsweise die negativen Folgen des Bewegungsmangels für das Entstehen von Herzkrankungen in nur 31 Beiträgen angesprochen. Selbst die

positiven Folgen der Pandemie für einen Digitalisierungsschub in Unternehmen wurden deutlich häufiger thematisiert (117 Beiträge).

Insgesamt zeigen unsere Analysen zu den Folgen also, dass es während der ersten Welle der Pandemie in den Medien noch einen Widerstreit über die Relevanz der Folgen der Pandemie bzw. der Pandemiebekämpfung gab: Positive Folgen für die Gesundheit und negative Folgen für die Wirtschaft wurden gleichermaßen diskutiert. In den folgenden beiden Pandemiewellen wurde dieser Widerstreit dann jedoch eindeutig aufgelöst: Die positiven Folgen für die Gesundheit dominierten die mediale Diskussion eindeutig, negative wirtschaftliche Folgen (und damit Argumente gegen harte Maßnahmen) traten deutlich zurück. Negative gesundheitliche Folgen der Maßnahmen wurden im gesamten Untersuchungszeitraum praktisch nicht thematisiert.

5.3 Sachlichkeit/Neutralität

Sachlichkeit vs. Emotionalität

In diesem Abschnitt wollen wir zunächst betrachten, ob die Berichterstattung über die Pandemie eher sachlich oder eher emotional gehalten war. Dies haben wir auf einer Skala gemessen, deren Extrempunkte mit eindeutig sachlich und eindeutig emotional beschriftet waren. Für die Analyse fassen wir die ursprünglich fünfstufige Skala zu drei Skalenpunkten (sachlich, ambivalent, emotional) zusammen und berechnen den Saldo aus sachlichen und emotionalen Beiträgen in Prozent. Bezogen auf den gesamten Untersuchungszeitraum überwog dabei eindeutig eine sachliche Sprache (64 %), nur 15 Prozent der Beiträge waren überwiegend emotional. Im Zeitverlauf zeigt sich, dass die Berichterstattung tendenziell etwas emotionaler wurde.

Zu keinem Zeitpunkt überwogen emotionale Beiträge auch nur annähernd die sachlichen.

(Abbildung 22)

Allerdings unterschied sich der Grad an Emotionalität in erheblicher Weise zwischen den Medien. Dabei ist besonders bemerkenswert, dass die ARD mit der Tagesschau (Saldo +69) und dem ARD Corona-Extra (+34) sowohl das sachlichste, als auch das am wenigsten sachliche Format sendete. Offensichtlich verlagerte die ARD die emotionalen Aspekte der Pandemie eher in das unmittelbar an die Nachrichtensendung anschließende Magazinformat. Ebenfalls sehr sachlich berichteten faz.net (+63) und t-online.de (+62), wobei der Web-Provider weniger eigene Beiträge, sondern sehr häufig Meldungen von Nachrichtenagenturen verwendete. Die Springer-Medien welt.de (+35) und bild.de (+37) berichteten dagegen weniger sachlich als das Gros der übrigen Medien. Auch für die einzelnen Medien gilt allerdings, dass sachliche Beiträge die emotionalen jeweils deutlich überwogen (Abbildung 23).

Einzelfälle vs. Statistiken

Als weiteren Indikator für die Sachlichkeit der Berichterstattung betrachten wir, in welchem Ausmaß die Darstellung der Pandemie durch Statistiken und andere summarische Informationen (thematisches Framing), durch die Darstellung von Einzelfällen (episodisches Framing) oder durch einen Mix aus Informationen über Statistiken und Einzelfälle geprägt waren. In der Forschung wird die Verwendung von episodischem Framing üblicherweise eher als Beleg für eine analytisch weniger anspruchsvolle Berichterstattung und aufgrund der oftmals damit verbundenen stärkeren Personalisierung und Emotionalisierung auch als Hinweis auf Infotainment und Soft News betrachtet. Dies hat damit zu tun, dass summarische Informationen oftmals validere Aussagen über gesellschaftliche Problemlagen zulassen und insbesondere die Auswahl nicht-repräsentativer Einzelfälle in



Abbildung 22: Sachlichkeit der Medienberichterstattung im Zeitverlauf (Saldo %). Ausgewiesen ist der Saldo des Anteils emotionaler und sachlicher Beiträge. Ein positiver Saldo bedeutet einen Überhang sachlicher Beiträge, ein negativer Saldo einen Überhang emotionaler Beiträge. Basis: Alle Beiträge mit sachlichem oder emotionalem Sprachstil (N=15.834, gewichtet).

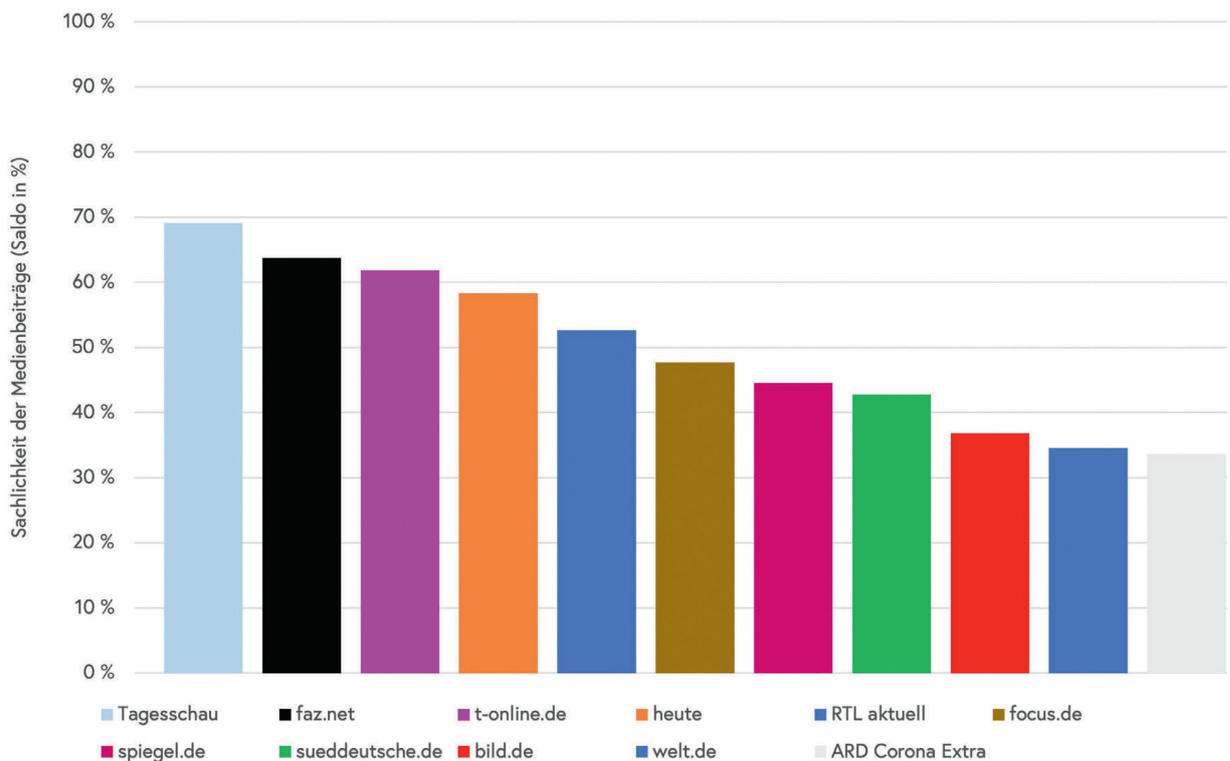


Abbildung 23: Sachlichkeit im Medienvergleich (Saldo %). Ausgewiesen ist der Saldo des Anteils emotionaler und sachlicher Beiträge. Ein positiver Saldo bedeutet einen Überhang sachlicher Beiträge, ein negativer Saldo einen Überhang emotionaler Beiträge. Basis: Alle Beiträge mit sachlichem oder emotionalem Sprachstil (N=15.834, gewichtet).

der Berichterstattung zu fehlerhaften Einschätzungen von Sachverhalten durch das Publikum führen kann.

Allerdings halten wir diese Sichtweise gerade im Hinblick auf die Berichterstattung über ein Ereignis wie die Corona-Pandemie für zu eingeschränkt. Gerade wenn man an die Wirkungen der Berichterstattung denkt, dann wollen wir hier argumentieren, dass erst eine Berichterstattung, die die Schilderung valider summarischer Informationen durch illustrierende Fallbeispiele unterstützt, dem Publikum die Auswirkungen einer Pandemie in vollem Umfang bewusst macht. Insgesamt argumentieren wir also, dass episodisches und thematisches Framing sich etwa die Waage halten sollten und die Entscheidung für eine „trockene“ Sachlichkeit nicht immer die beste Wahl ist.

Die Analysen zeigen, dass in etwas mehr als der Hälfte der Beiträge entweder Statistiken oder Einzelfälle verwendet wurden (57 %). Dabei waren jeweils etwas weniger als die Hälfte dieser Beiträge durch thematisches bzw. episodisches Framing gekennzeichnet. Etwa jeder Zehnte dieser Beiträge enthielt etwa gleichgewichtig statistische und Fallbeispiel-Informationen. Betrachtet man den Zeitverlauf, erkennt man hier allerdings deutliche Veränderungen.

Sieht man von den ersten beiden Monaten des Jahres 2020 ab, in denen kaum Berichterstattung stattfand, war die erste Phase der Pandemie durch einen deutlichen Überhang von episodischer Berichterstattung gekennzeichnet. Diese orientierte sich im weiteren Verlauf jedoch zusehends stärker an summarischen Informationen, so dass diese im August 2020 erstmals überwogen,

was mit Ausnahme des November 2020 bis zum Ende des Untersuchungszeitraums so blieb und in der Tendenz eher noch zunahm. Die zunehmende Orientierung der Be-

richterstattung an statistischen Informationen kann man einerseits im Sinne einer Zuwendung zu valideren summarischen Informationen befürworten und als Qualitätssteigerung ansehen. Allerdings ergab sich damit u. U. mit der Zeit das Problem, dass sich die Pandemie in der Berichterstattung von einer Katastrophe mit menschlichem Leid zu einer eher sachlich abgehandelten Zahlenschlacht entwickelte. Gerade in den Teilen des Publikums, die ein weniger gutes Verständnis numerischer Informationen haben, könnte dies die Wahrnehmung der Pandemie beeinflusst haben (Abbildung 24).

5.4 Richtigkeit/Sachgerechtigkeit (deskriptive Qualität)

Es ist im Rahmen dieser Studie nicht möglich, alle in der untersuchten Berichterstattung dargestellten Sachverhalte und aufgestellten Behauptungen mit der Ereignis- und Studienlage oder dem Urteil von Experten zu vergleichen, wie es die akademische Accuracy-Forschung oder journalistische Fact-Checker für einzelne Aussagen, Ereignisse oder Themen tun. Stattdessen konzentrieren wir uns auf drei exemplarische Indikatoren, um einen Eindruck von der Richtigkeit bzw. Sachgerechtigkeit der Berichterstattung zu bekommen. Erstens betrachten wir, ob in der Berichterstattung Vergleiche zwischen dem Corona-Virus SARS-CoV-2 und dem saisonalen Influenza-Virus gezogen wurden. Zweitens geht es um die Frage, inwieweit die Medien den Eindruck vermittelten, in den unmittelbar mit den medizinischen Aspekten der Pandemie beschäftigten wissenschaftlichen Disziplinen herrsche ein Konsens über die Pandemie. Drittens betrachten wir, ob das auf die Corona-Maßnahmen bezogene Meinungsklima als die Maßnahmen befürwortend oder gegen die Maßnahmen gerichtet dargestellt wurde.

Corona- vs. Influenza-Virus

Voraussetzung für einen Vergleich der Viren ist, dass diese in der Berichterstattung überhaupt detaillierter betrachtet werden. Ein Hinweis darauf können die Themen, also die inhaltlichen Schwerpunkte der Beiträge sein. Betrachtet

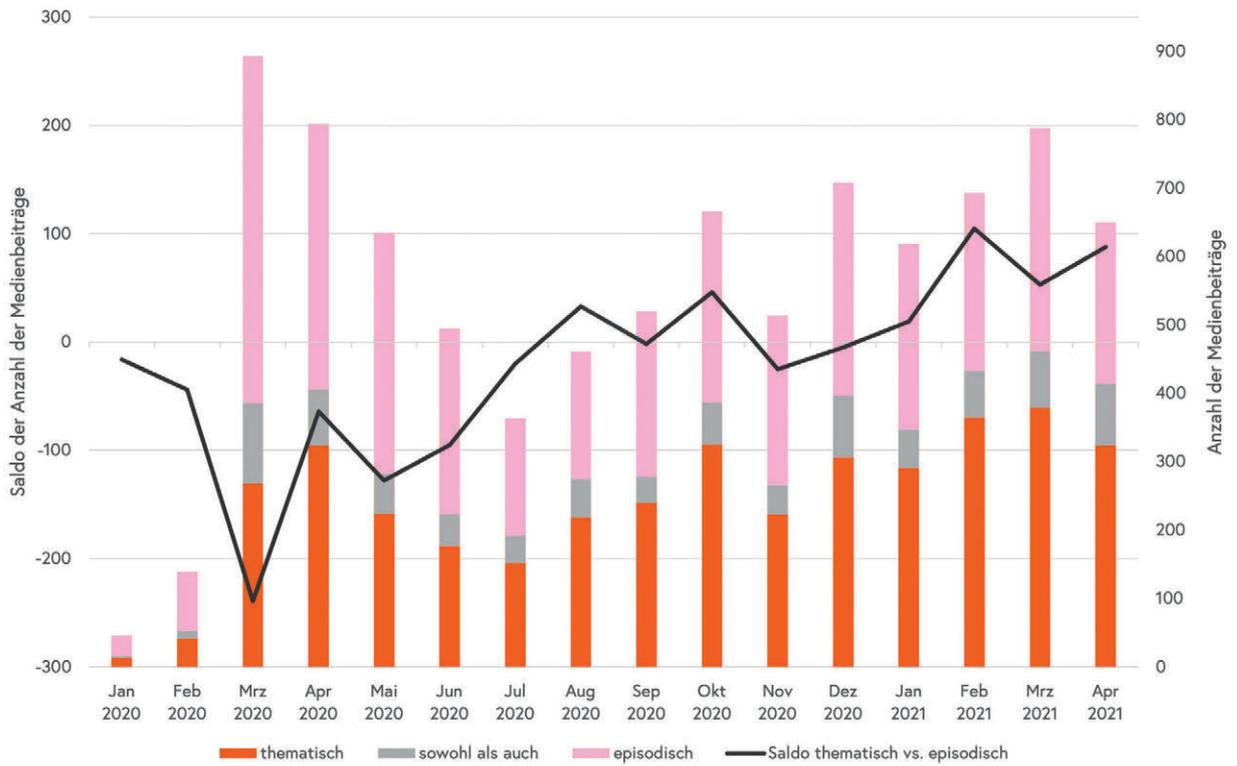


Abbildung 24: Beiträge mit episodischem, thematischem und vermischtem Framing im Zeitverlauf. Ausgewiesen ist die jeweilige Anzahl der Beiträge sowie der Saldo von Beiträgen mit episodischem und thematischem Framing. Negative Werte bedeuten einen Überhang von Beiträgen mit episodischem Framing, positive Werte bedeuten einen Überhang von Beiträgen mit thematischem Framing. Basis: Alle Beiträge mit einer Art des Framings (N=8.986; gewichtet).

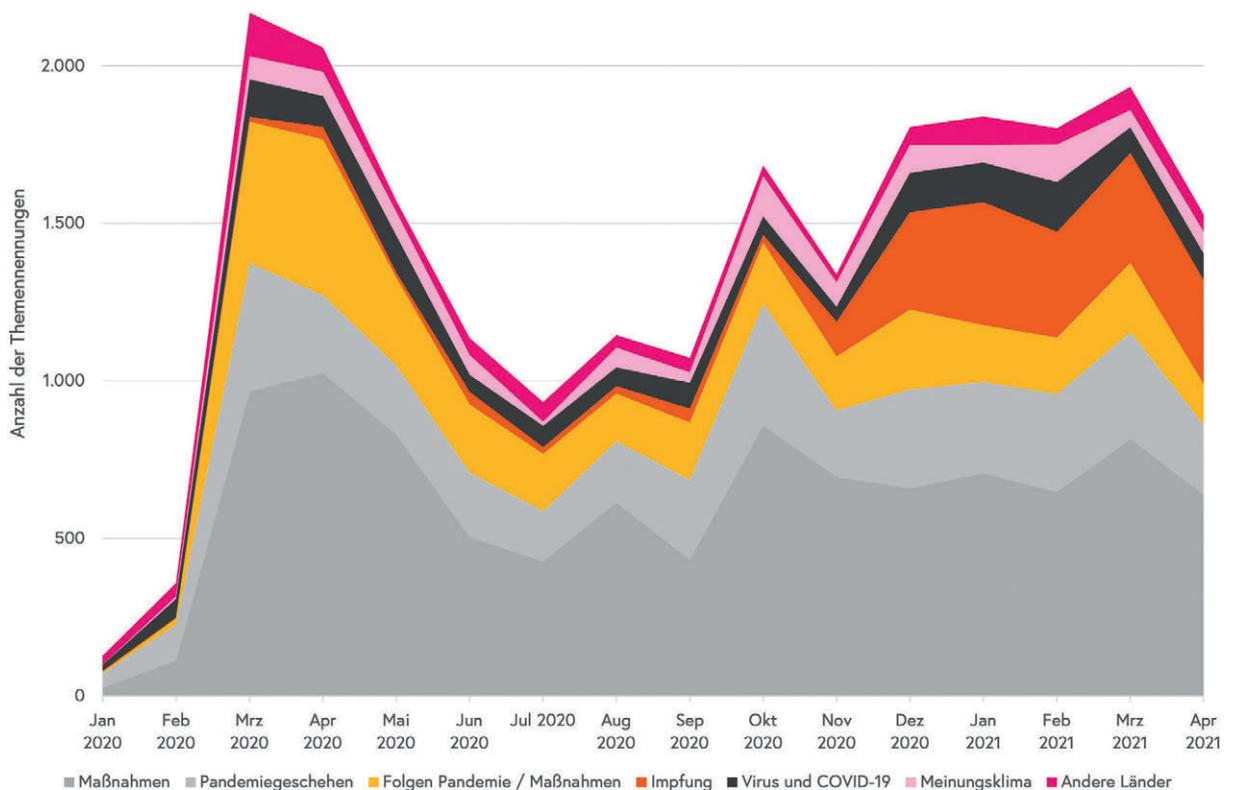


Abbildung 25: Wichtigste Themen der Beiträge im Zeitverlauf. Basis: 24.394 Nennungen der ausgewählten Themen in allen Beiträgen (gewichtet). Codiert werden konnten bis zu drei Themen pro Beitrag.

man die Berichterstattung im Zeitverlauf, stellt man jedoch fest, dass sie thematisch von der Auseinandersetzung mit den Corona-Maßnahmen dominiert war (ca. 63 Prozent der Beiträge). Deutlich dahinter folgte das Pandemiegeschehen in Deutschland (25 %), die Folgen der Pandemie (21 %) und das Impfen (13 %). Das Virus und die durch dieses ausgelösten Symptome und Krankheitsbilder waren dagegen nur in etwa 9 Prozent der Beiträge einer der wichtigsten Schwerpunkte. Die stärkste Beachtung fanden das Virus und Krankheitsbilder zu Beginn der ersten Welle im März und April 2020 sowie mit dem Aufkommen und der Ausbreitung der britischen Variante (B.1.1.7 bzw. Alpha) ab Dezember 2021. Die Ereignisorientierung der Medien findet in dieser thematischen Struktur ganz offenbar ihren Niederschlag (Abbildung 25).

Angesichts des überschaubaren Umfangs von Beiträgen, die sich dem Virus und der Krankheit selbst widmeten, verwundert es nicht, dass sich in ganzen 2 Prozent der analysierten Beiträge überhaupt ein Vergleich des neuartigen Corona-Virus und des saisonalen Grippe-Virus findet. Diese Beiträge wurden schwerpunktmäßig zu Beginn der Pandemie zwischen Februar und April 2020 publiziert und enthielten zum Teil wiederum keinen Vergleich des spezifischen Aspekts der Gefährlichkeit der Viren. Obwohl die Gefährlichkeit von SARS-Cov-2 mit zunehmendem Alter der Patienten exponentiell ansteigt und man bei einem Vergleich deshalb je nach betrachteter Gruppe zu durchaus unterschiedlichen Schlussfolgerungen kommen kann, betrachten wir als Indikator für die Sachgerechtigkeit der Berichterstattung hier die Gefährlichkeit über alle Gruppen hinweg, die aufgrund der sehr hohen Risiken für die Alten und Hochaltrigen als deutlich höher eingeschätzt werden muss als die der üblichen saisonalen Influenza (siehe dazu aber auch den folgenden Abschnitt zum wissenschaftlichen Konsens).

Ein Blick auf die Beiträge, die entsprechende Vergleiche enthalten zeigt jedoch, dass nur 50 Prozent dieser Artikel den Eindruck vermittelte, SARS-CoV-2 sei gefährlicher als das Influenza-Virus. In 20 Prozent dieser Beiträge erschienen beide als gleich gefährlich und in 30 Prozent ergab sich sogar der Eindruck, das saisonale Grippe-Virus sei gefährlicher. Bedenkt man einerseits, dass die besondere, höhere Gefährlichkeit von SARS-Cov-2 die Basis für alle drastischen politischen Maßnahmen darstellte und vergegenwärtigt man sich andererseits, dass auch im Februar 2021 noch

etwa ein Drittel der Deutschen der Ansicht war, Corona sei nicht gefährlicher als die saisonale Grippe oder sich kein Urteil dazu zutraute, dann wird hier möglicherweise ein ernstes Versäumnis der Corona-Berichterstattung deutlich:

Es wurde vermutlich zu wenig über das Virus selbst, seine Eigenschaften und den Vergleich zur Grippe berichtet.

Möglicherweise glaubten viele Journalistinnen und Journalisten, dass zu Beginn der Pandemie hinreichend dazu berichtet worden sei oder dass Hospitalisierungen und Todesfälle eine so deutliche Sprache sprechen würden, dass man diesen Aspekt nicht weiter in den Mittelpunkt stellen müsste. Doch dies war möglicherweise ein Trugschluss (Abbildung 26).

Konsens in der Corona-Forschung

Wissenschaft lebt vom produktiven Dissens und ist geprägt von ständigen Auseinandersetzungen über Fachfragen. Gerade im Fall eines neuartigen Virus und einer sich schnell entwickelnden Pandemie kann man davon ausgehen, dass es zu Beginn abweichende Auffassungen oder sich widersprechende Studienergebnisse gibt, sich aber im Laufe der Zeit über zentrale medizinische Fragen ein größerer Konsens entwickelt. Dies bedeutet natürlich nicht, dass einzelne und auch ausgewiesene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler abweichende Auffassungen in bestimmten Fragen vertreten – und damit am Ende recht behalten oder aber erbitterte Kontroversen entstehen (wie etwa die um John Ioannidis; dazu z. B. Müller-Jung, 2021). Besteht jedoch weitgehender Konsens über bestimmte Fragen und wird dieser in der medialen Darstellung nicht deutlich, dann kann dies unmittelbare Folgen für die Einstellungen der Mediennutzer zu einem Sachverhalt, zu den daraus abgeleiteten Maßnahmen und das eigene Verhalten haben. Dies zeigt nicht nur die Forschung im Kontext des Klimawandels, sondern

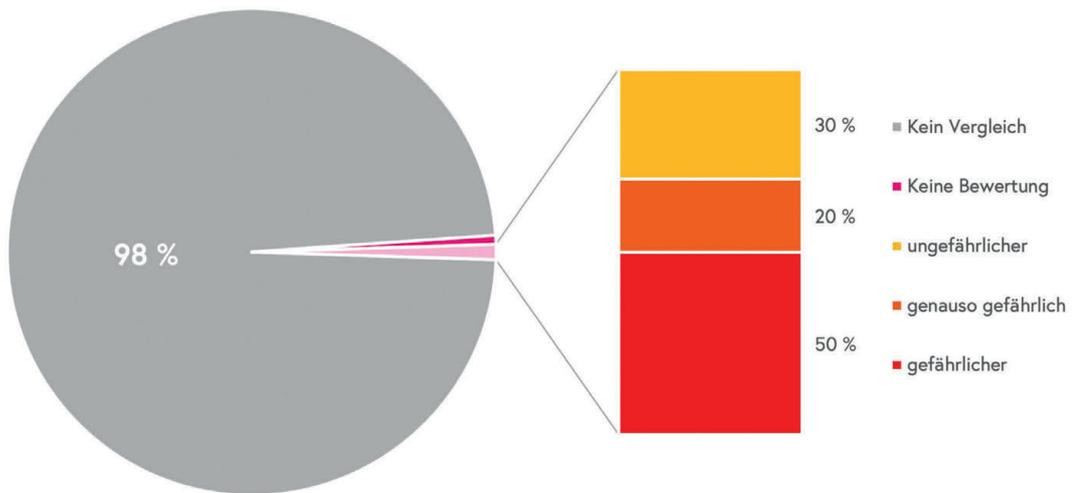


Abbildung 26: Anteil der Beiträge, in denen SARS-CoV-2 mit dem Influenza-Virus verglichen wurde und Tenor des Vergleichs. Basis: Alle Beiträge sowie Beiträge mit einem solchen Vergleich (N=258, gewichtet).

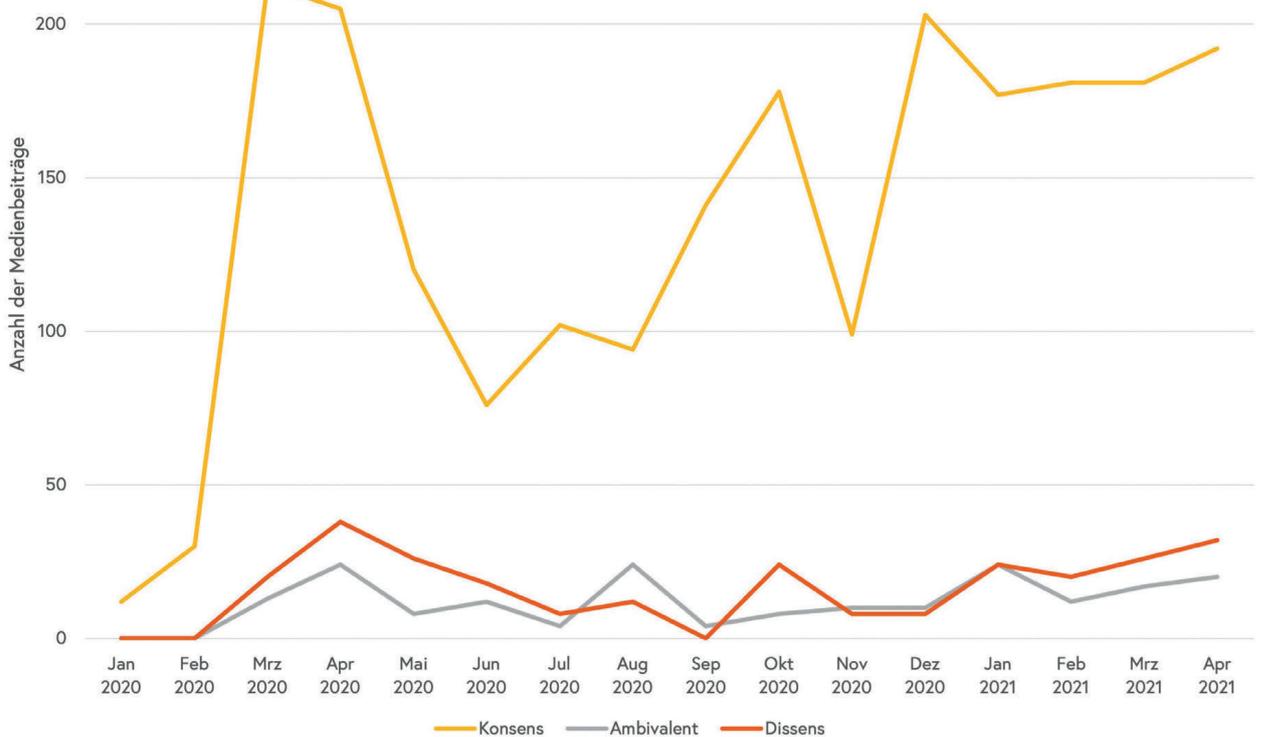


Abbildung 27: In den Beiträgen vermittelter Eindruck von Konsens, Ambivalenz und Dissens in der Corona-Forschung. Basis: Alle Beiträge, in denen ein solcher Eindruck vermittelt wurde (N=2.658, gewichtet).

auch erste Studien im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie (z. B. Reinemann et al., 2021).

Obwohl unseres Wissens nach noch keine detaillierten wissenschaftssoziologischen Studien dazu vorliegen, wie sich die Ansichten zu zentralen medizinischen Fragen in Bezug auf SARS-CoV-2 und COVID-19 im Verlauf unseres Untersuchungszeitraums entwickelt haben, zeugen verschiedene Papiere von Fachgesellschaften und Autorkollektiven davon, dass sich im Laufe des Jahres 2020 ein Konsens in der Forschung einstellte, auch wenn sich dieser in erster Linie auf medizinische und epidemiologische Grundsatzfragen wie etwa die Gefährlichkeit des Virus im Vergleich zur Grippe oder die grundsätzliche Notwendigkeit von Eindämmungsmaßnahmen bezog (z. B. Alwan et al., 2020; Gesellschaft für Virologie, 2020). So ergab eine Expertenbefragung unter Medizinern verschiedener einschlägiger Disziplinen im Mai 2020, dass diese die Sterblichkeit bei einer SARS-CoV-2-Infektion im Median auf 1,0 Prozent schätzen (Mittelwert = 1,6%) und damit deutlich höher als bei der saisonalen Grippe. Mehr als 85 Prozent hielten Neuinfektionen und die Verfügbarkeit von Beatmungsgeräten, Intensivbetten etc. für wichtige Parameter zur Beurteilung der Pandemie und 77 Prozent hielten die aktuellen Grundrechtseinschränkungen für verhältnismäßig (Schindler et al., 2020). Ähnliche Befunde ergaben sich bei einer weiteren Befragung Anfang 2021 (Weber, 2021). Geringer war die Einigkeit jedoch im Hinblick auf die Frage geeigneter Maßnahmen oder Abwägungen unterschiedlicher Folgen. Hier gab es offenbar durchaus unterschiedliche Auffassungen (Weber et al., 2020; Spiegel.de, 2021).

Tatsächlich stellte auch die Berichterstattung der Medien, die in etwa 17 Prozent der Beiträge einen Eindruck von Konsens oder Dissens in der Forschung vermittelte, diese überwiegend als (eher) konsensuell dar. In knapp 60 Prozent dieser Beiträge erschien eindeutig und in weiteren 26 Prozent eher ein Konsens in der Corona-Forschung zu herrschen. Nur in 10 Prozent der relevanten Artikel erschien in der Corona-Forschung eher oder eindeutig ein Dissens zu herrschen. Am intensivsten thematisiert wurden Fragen von Konsens und Dissens in der ersten Welle der Pandemie und dann wieder verstärkt mit dem Beginn der zweiten und im Übergang zur dritten Welle, was vermutlich nicht zuletzt auf die intensiven Debatten um die Corona-Maßnahmen zurückzuführen ist (Abbildung 27).

Meinungsklima zu den Maßnahmen

Wie oben dargestellt, zeigen unterschiedliche Studien, dass der Anteil der Deutschen, die die Corona-Maßnahmen übertrieben fanden, über unseren Untersuchungszeitraum hinweg bemerkenswert stabil blieb. Dabei waren diejenigen, die die Maßnahmen übertrieben fanden, stets deutlich in der Minderheit. Dies bedeutet allerdings nicht, dass es nicht einzelne Maßnahmen und deren Umsetzung gab, die kritisch betrachtet wurden oder dass beschlossene Maßnahmen von einer relativ großen Zahl von Menschen phasenweise auch als nicht ausreichend betrachtet wurden. Zudem gab es Zeiten, in denen der Anteil der Menschen, die härtere Maßnahmen forderten, deutlich anwuchs (s. o.).

Wie wurde die Bevölkerungsmeinung nun in der Berichterstattung dargestellt? Insgesamt thematisierten 14 Prozent der Beiträge das Meinungsklima zu den Maßnahmen. In etwas weniger als der Hälfte davon (46 %) erschien das Meinungsklima befürwortend, in jeweils etwas mehr als einem Viertel der Artikel dagegen ambivalent oder ablehnend. Über die Zeit betrachtet erschien die Zustimmung in der Bevölkerung im März und April 2020 am größten, während die Medien insbesondere im Oktober und November 2020 sowie im Januar 2021 sehr viel häufiger als zuvor den Eindruck eines die Maßnahmen ablehnenden Meinungsklimas vermittelten, obwohl sich an der grundsätzlichen Haltung der großen Mehrheit der Bevölkerung, die Maßnahmen seien nicht übertrieben, nichts Wesentliches geändert hatte. Den genauen Ursachen für dieses Missverhältnis wird in weiteren Analysen nachzugehen sein. Allerdings wuchs ab Herbst 2020 auch der Anteil der Beiträge, die ein ambivalentes, differenziertes Bild des Meinungsklimas vermittelten, was man angesichts einer differenzierten Bewertung vieler Maßnahmen und ihrer Umsetzung durch die Bevölkerung ebenfalls als angemessene Form der Berichterstattung betrachten kann. Allerdings bleibt der Eindruck, dass insbesondere in der kritischen Phase des Oktober und November 2020 sowie im Januar 2021 die Medien den Eindruck eines Maßnahmen-kritischeren Meinungsklimas erweckten, als dieser durch die vorliegenden repräsentativen Befragungen vermittelt wird (Abbildung 28).

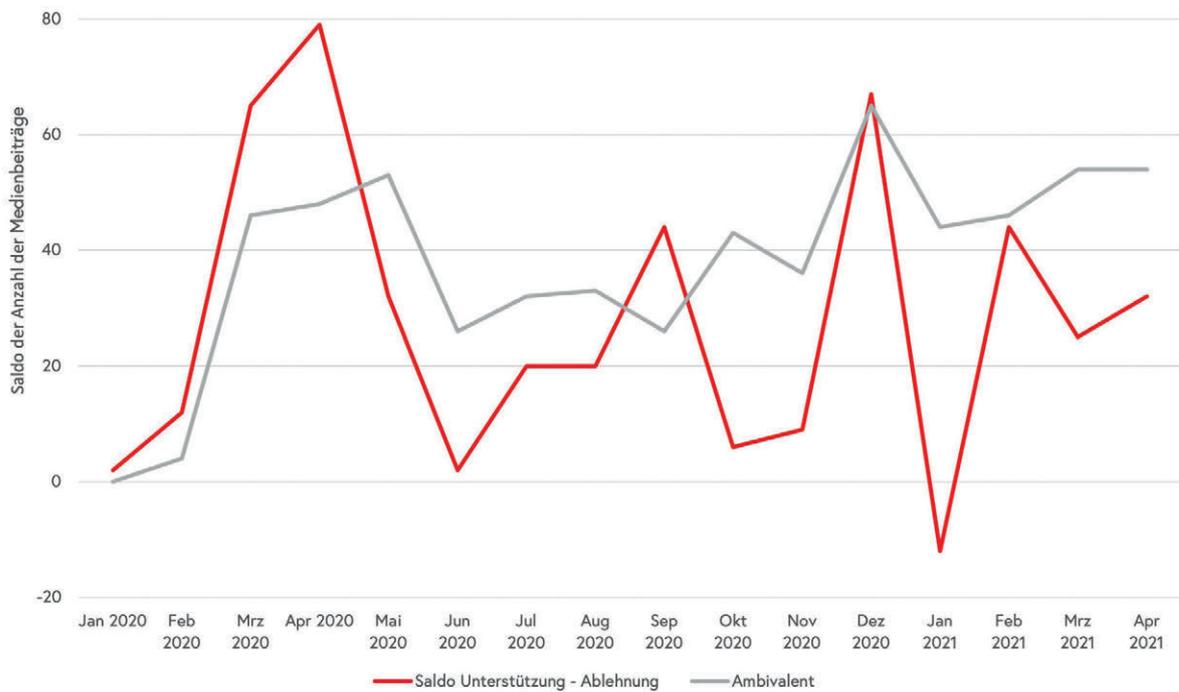


Abbildung 28: In den Beiträgen vermittelter Eindruck vom Meinungsklima zu den Corona-Maßnahmen. Saldo der Anzahl der Beiträge in denen das Meinungsklima befürwortend und in denen das Klima ablehnend dargestellt wurde sowie Anzahl der Beiträge, in denen das Meinungsklima als ambivalent dargestellt wurde. Basis: Alle Beiträge, in denen das Meinungsklima befürwortend (N=1.030; gewichtet) oder ablehnend dargestellt wurde (N=583, gewichtet).

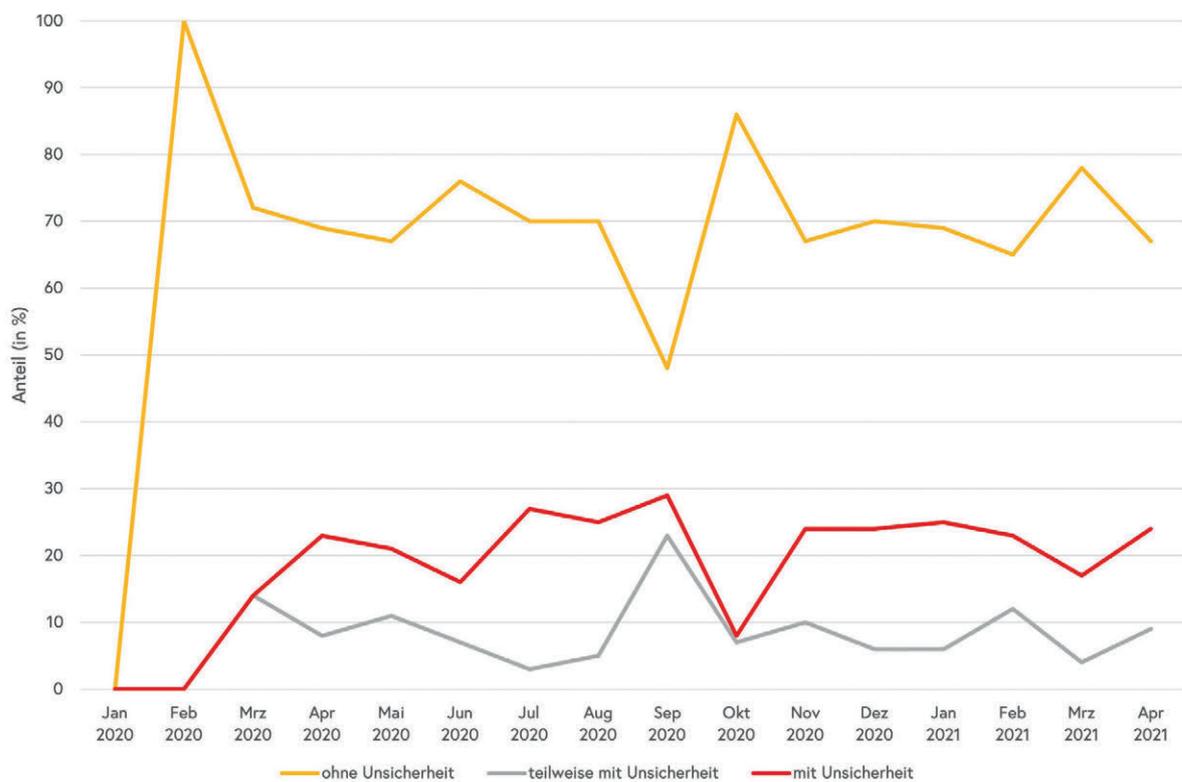


Abbildung 29: Darstellung der Unsicherheit wissenschaftlicher Prognosen. Basis: Alle Beiträge, in denen die Unsicherheit der Prognosen bewertet wurde (N=3.302, gewichtet).

Darstellung von Unsicherheit der Prognosen

Die Pandemie war ohne jeden Zweifel mit erheblicher Unsicherheit verbunden. In der Wissenschaft versteht man unter (externer) Unsicherheit eine Situation, die komplex und unvorhersehbar ist, z. B. weil, wie im Fall der Pandemie, selbst Experten die Ursachen und Folgen bestimmter Ereignisse und Entscheidungen kaum oder gar nicht abschätzen können. Vor allem Zukunftsprognosen (z. B. zum zukünftigen Pandemiegeschehen, zu den Folgen politischer Entscheidungen oder der Frage, wann ein Impfstoff verfügbar ist) sind dabei grundsätzlich mit Unsicherheit verbunden. Es gehört deshalb zu den Qualitätskriterien der Medienberichterstattung, dass sie die Unsicherheiten von Zukunftsprognosen – gerade im medizinischen Bereich (siehe dazu auch Pressekodex, Ziffer 14) – kenntlich machen, z. B. durch die Verwendung des Konjunktivs, durch das Gegenüberstellen unterschiedlicher Prognosen usw.

Um zu prüfen, inwieweit dies der Fall war, haben wir für jeden Beitrag, in dem Prognosen erwähnt wurden, erfasst, ob der Beitrag die Unsicherheit der Prognosen kenntlich macht. Unsere Analysen zeigen, dass dies in der Regel nicht der Fall war.

Während des gesamten Untersuchungszeitraums dominierten eindeutig Beiträge, in denen die Prognosen als sicher eintretend dargestellt wurden. Eindeutig erkennbar war die Unsicherheit der Prognosen im Schnitt nur in rund 20 Prozent der Beiträge.

Dabei überrascht auch, dass sich an der Darstellung der Unsicherheit der Prognosen im Zeitverlauf kaum etwas änderte, obwohl man annehmen kann, dass die intensive Forschung zur Pandemie im Zeitverlauf Unsicherheiten reduziert haben sollte (Abbildung 29).

Eine Medienberichterstattung, die unsichere wissenschaftliche Prognosen als sicher eintretend darstellt, ist allenfalls dann gerechtfertigt, wenn die Journalistinnen und Journalisten davon ausgehen, dass wissenschaftliche Prognosen im Allgemeinen so zuverlässig sind, dass man ihre grundlegende Unsicherheit getrost ignorieren kann. Um zu prüfen, wie die Medien die Qualität wissenschaftlicher Prognosen beurteilt haben, haben wir für jeden Beitrag, in dem vergangene Prognosen thematisiert wurden, auch erhoben, ob diese Prognosen in der Berichterstattung im Nachhinein überwiegend als zutreffend oder als unzutreffend beurteilt wurden. Unsere Analysen zeigen auch hier ein eindeutiges Bild: Zwar vermittelten nur rund 1.000 der fast 16.000 Beiträge einen Eindruck von der Richtigkeit früherer Prognosen. In diesen Beiträgen wurden die Prognosen aber überwiegend als nicht zutreffend beschrieben (55 %). In 23 Prozent der Beiträge erschienen sie als nur teilweise zutreffend und nur 22 Prozent der Beiträge vermittelten den Eindruck, die Prognosen seien überwiegend zutreffend. Hierbei zeigten sich keine nennenswerten Veränderungen im Zeitverlauf, aber erhebliche Medienunterschiede: Während die Bild-Zeitung in 82 Prozent der relevanten Beiträge den Eindruck vermittelte, frühere Prognosen zur Pandemie hätten sich nicht bewahrt, galt dies nur für 26 Prozent der Beiträge von Focus Online (Abbildung 30).

In dieser Hinsicht wies die Medienberichterstattung folglich eine bemerkenswerte Inkonsistenz auf: Einerseits stellte sie Zukunftsprognosen, die naturgemäß mit großer Unsicherheit behaftet sind, als sicher eintretende Ereignisse da. Andererseits konstatierten sie im Nachhinein, dass die Prognosen in der Regel nicht eintreten.

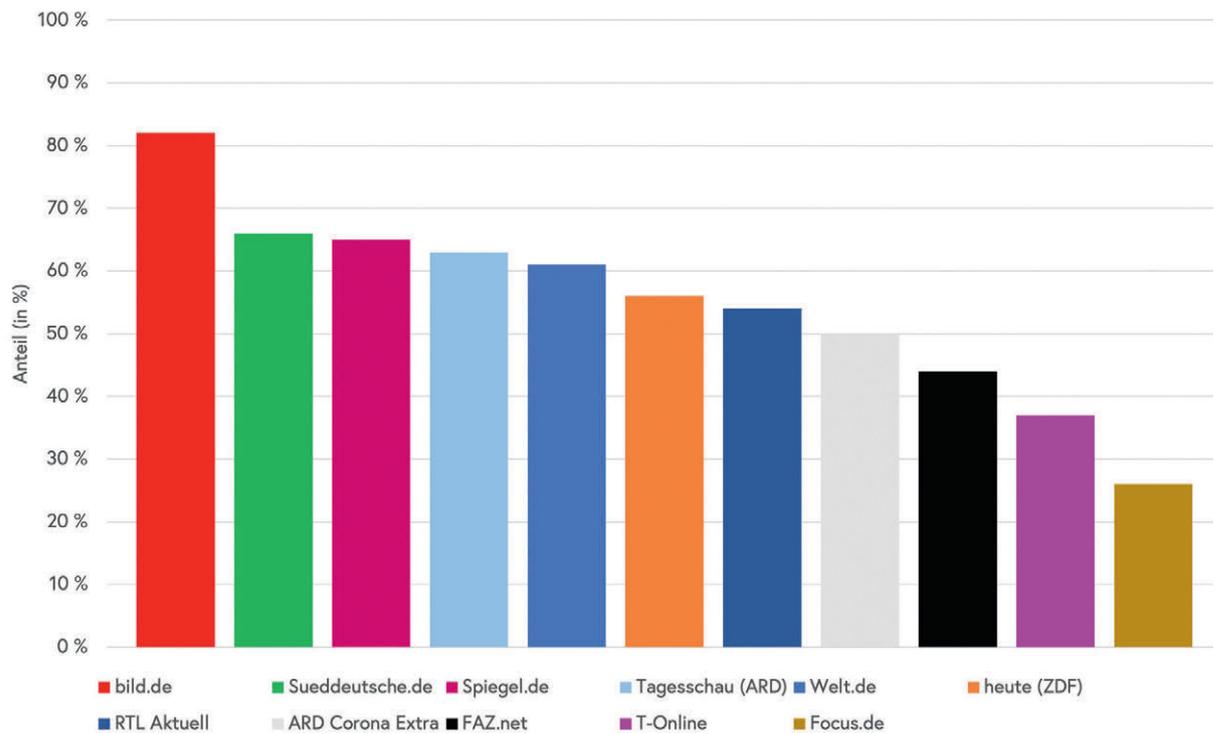


Abbildung 30: Anteil der Beiträge, die frühere Prognosen als falsch charakterisieren. Basis: Alle Beiträge, in denen frühere Prognosen bewertet wurde (N=1.130, gewichtet).

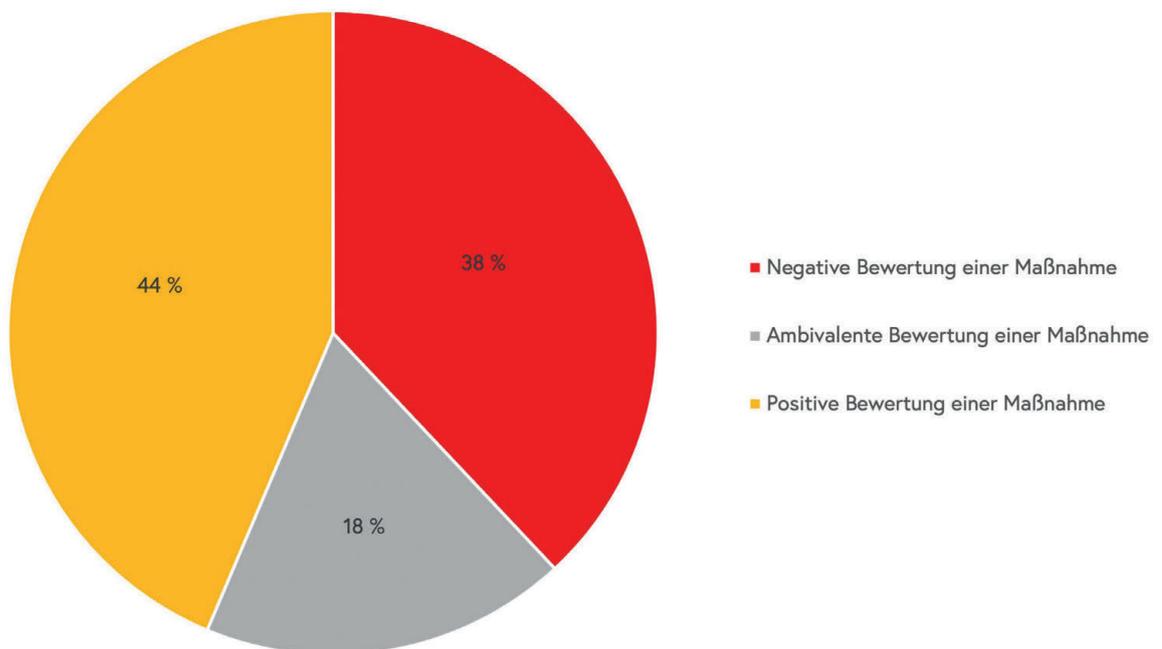


Abbildung 31: Bewertung von Corona-Maßnahmen, in den Fällen, in denen eine Maßnahme bewertet wurde. Basis: 11.649 Bewertungen von Maßnahmen in allen Beiträgen (gewichtet). Codiert werden konnten bis zu fünf Maßnahmen und ihre Bewertung pro Beitrag.

5.5 Ausgewogenheit (deskriptive Qualität)

Ein zentraler Vorwurf, der im Hinblick auf die Pandemieberichterstattung immer wieder erhoben wurde, war, dass in der Berichterstattung kaum Kritik an den Maßnahmen und den beteiligten Akteuren zu finden gewesen sei. Stattdessen seien die Medien blind dem Mainstream von Wissenschaft und Politik gefolgt und deshalb ihrer Kritik- und Kontrollfunktion nicht nachgekommen. Wir gehen diesen Behauptungen nach, indem wir danach fragen, in welchem Umfang in der Berichterstattung Kritik an Maßnahmen und Akteuren vorkam und in welche Richtung die Kritik genau ging. Außerdem werfen wir einen Blick darauf, ob die Corona-Maßnahmen vor allem unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit oder der Freiheit betrachtet wurden. Dabei werden wir, um in Ermangelung harter Außenkriterien einen Eindruck von möglichen Verzerrungen zu bekommen, in diesen Analysen auch wieder mögliche Unterschiede zwischen den Medien untersuchen.

Bewertung der Corona-Maßnahmen

In knapp 90 Prozent der analysierten Beiträge kam eine oder mehrere Maßnahmen vor. Dabei wurden insgesamt mehr als 35.000 einzelne oder Arten von Maßnahmen genannt (bis zu fünf konnten pro Beitrag codiert werden). In etwa einem Drittel der Fälle war auch eine Bewertung durch zitierte Dritte oder die Autoren der Beiträge erkennbar. Von diesen Bewertungen waren knapp zwei Fünftel negativ, etwas mehr als ein Fünftel positiv und in knapp einem Fünftel der Fälle fiel die Bewertung ambivalent aus.

Man kann also keineswegs sagen, dass es in der Berichterstattung keine Kritik an den Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung gegeben hätte.

(Abbildung 31)

Allerdings zeigen sich im Zeitverlauf verschiedene Phasen in der medial vermittelten Bewertung der Maßnahmen. Besonders positiv fiel der Tenor zu Beginn der Pandemie im März 2020 aus. Hier hatten die politischen und wissenschaftlichen Akteure tatsächlich eine deutliche mediale Unterstützung, was nicht bedeutet, dass es nicht auch Kritik in der Berichterstattung gegeben hätte. Zwischen April und September 2020 bleibt der Tenor dann bei in der Intensität abnehmender Berichterstattung per Saldo maßnahmenfreundlich, drehte aber mit den zögerlichen Entscheidungen der Politik im Oktober 2020 deutlich ins Negative. Nach breitem medialem Beifall für die härteren Maßnahmen im Dezember 2020, war es dann zu Jahresbeginn 2021 vorbei mit der medialen Unterstützung. Die Beurteilung der Maßnahmen war nun wieder deutlich negativ und blieb es auch bis ans Ende des Untersuchungszeitraums Ende April 2021 (Abbildung 32).

Wie wir gesehen haben, ist die Frage nach der Intensität medialer Kritik an den Corona-Maßnahmen je nach Phase der Pandemie unterschiedlich zu beantworten, auch wenn man in keinem Fall sagen kann, es hätte sie überhaupt nicht gegeben. Ob sich allerdings die Tendenz der Kritik eher in Richtung einer Forderung nach weniger, nach mehr oder nach geeigneteren Maßnahmen bezog, diese Frage ist damit noch nicht beantwortet. Um dies tun zu können, haben wir für jeden Beitrag ermittelt, ob dieser die angesprochenen Maßnahmen alles in allem als zu weitreichend, als angemessen oder als nicht weitreichend genug bezeichnete oder ob diese Frage nicht angesprochen wurde. Entsprechende Aussagen, die einen Gesamttenor der Bewertung der Corona-Maßnahmen erkennen lassen, fanden sich in etwa einem Drittel aller Beiträge. In wiederum einem knappen Drittel davon wurden die angesprochenen Maßnahmen als nicht ausreichend beurteilt, in etwas mehr als zwei Fünfteln als angemessen und in etwa einem Viertel als zu weitreichend.

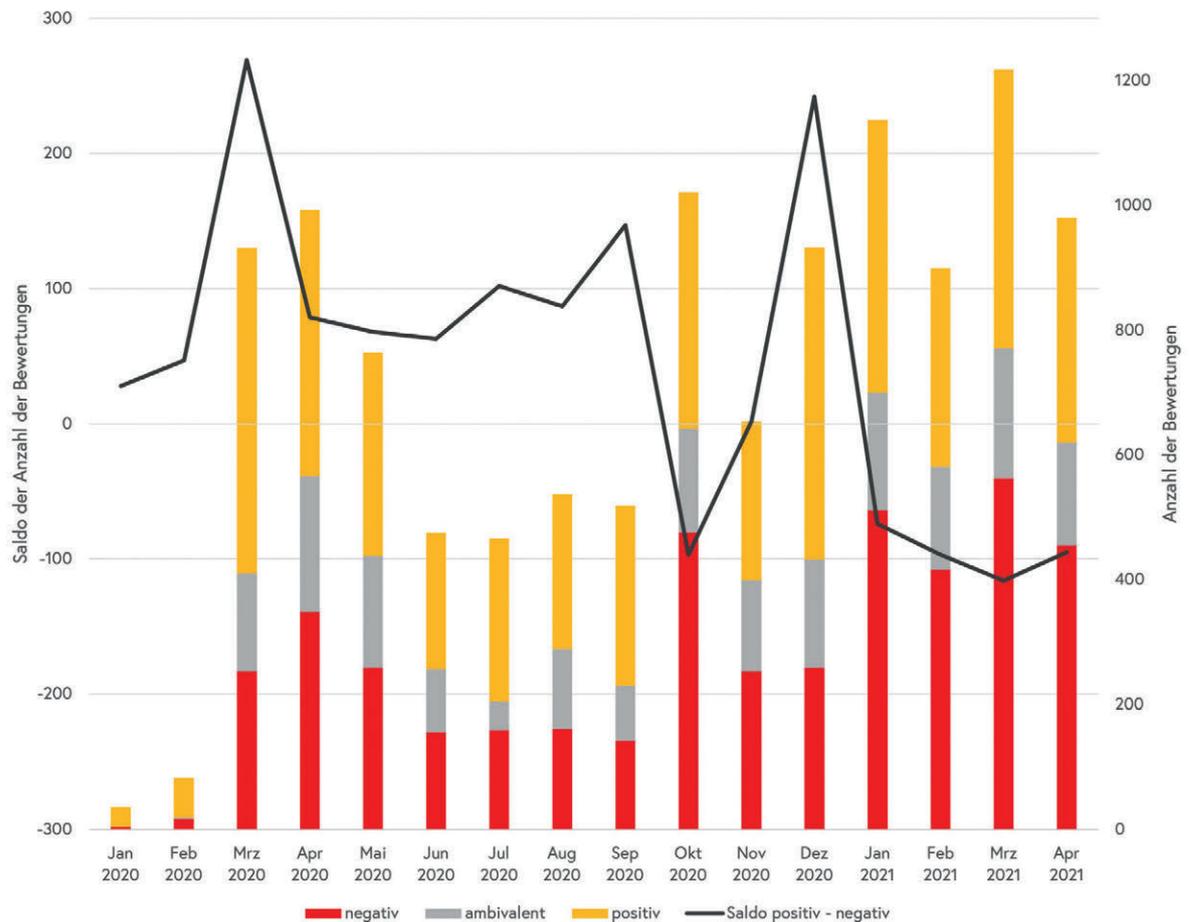


Abbildung 32: Bewertung von Corona-Maßnahmen im Zeitverlauf und Saldo positiver und negativer Bewertungen. Negative Werte bedeuten einen Überhang von negativen Bewertungen, positive Werte einen Überhang von positiven Bewertungen. Basis: Alle Beiträge, in denen eine Maßnahme vorkam und bewertet wurde (N=11.649; gewichtet). Codiert werden konnten bis zu fünf Maßnahmen und ihre Bewertung pro Beitrag.

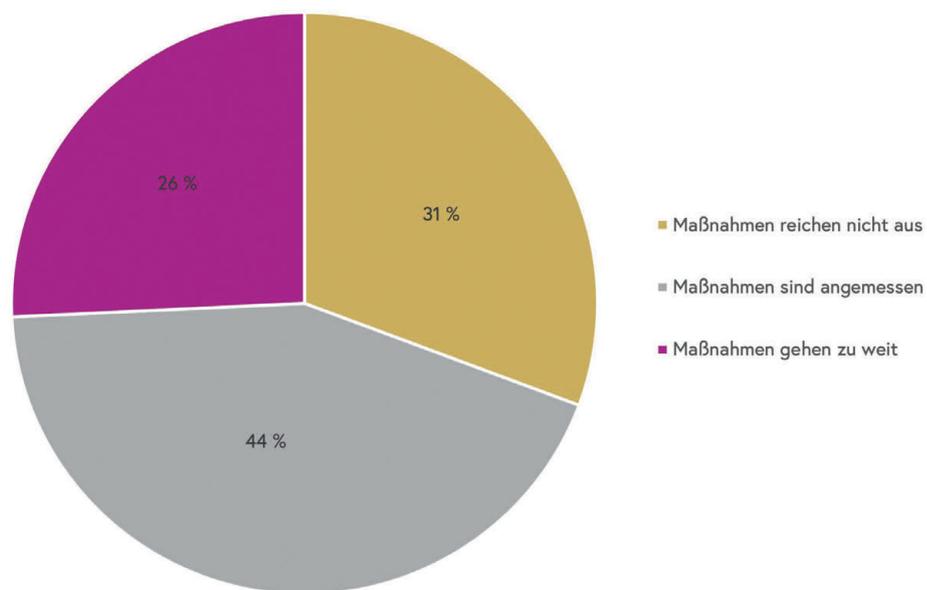


Abbildung 33: Gesamtenor der Bewertung der Corona-Maßnahmen (eine Codierung pro Beitrag). Basis: Alle Beiträge, in denen der Gesamtenor der Bewertung der Corona-Maßnahmen bewertet wurde (N=5.295; gewichtet).

Auch diese Befunde zeigen, dass in den Medien ein die Maßnahmen unterstützender bzw. sogar noch weitreichendere Maßnahmen fordernder Tenor vorherrschte. Kritik an den Maßnahmen kam dabei in etwa gleichem Umfang von beiden Seiten: denen, die die Maßnahmen für zu weitreichend und denen, die sie für nicht weitreichend genug hielten (Abbildung 33).

Die Analyse des Gesamttenors im Zeitverlauf verdeutlicht noch einmal die Phasen und grundsätzlichen Befunde, die bereits die vorherige Analyse ergeben haben: Nach einem deutlichen Tenor pro Maßnahmen im März 2020 nahmen die Stimmen, denen die Maßnahmen zu weit gingen, im April und Mai zunächst deutlich zu. Bis zum September etablierte sich dann ein die (gelockerten) Maßnahmen für angemessen haltender Medientenor. Mit dem Anstieg der Fallzahlen im Oktober wird dann der Konflikt über das weitere Vorgehen in der Berichterstattung deutlich erkennbar, wobei der Medientenor dann bis in den Dezember 2020 deutlich in Richtung der Position ausschlug, die die Maßnahmen für angemessen oder aber nicht weitreichend genug

hielt. Die Zustimmung verblieb dann auf hohem Niveau und fiel erst im April 2021 deutlich ab. Damit zeigt sich erneut: Die Position, dass die Maßnahmen zu weit gingen, war in der Berichterstattung vor allem in den kritischen Phasen, in denen die Verschärfung oder Lockerung von Maßnahmen diskutiert wurde, durchaus erkennbar. Allerdings überwog über die gesamte Dauer unserer Analyse deutlich die Position, dass die Maßnahmen angemessen waren oder nicht weit genug gingen (Abbildung 34).

Dass trotz der überwiegenden Zustimmung zu den Maßnahmen im Hinblick auf den Gesamttenor der Bewertung der Corona-Maßnahmen keine völlige medienübergreifende Konsonanz herrschte, zeigt eine medienvergleichende Analyse. Um den Tenor der Darstellung in den Medien zu vergleichen, betrachten wir zum einen den Anteil der Beiträge, in denen die Maßnahmen alles in allem als angemessen dargestellt werden. Zum anderen betrachten wir den Saldo des Anteils der Beiträge, in denen die Maßnahmen als nicht weitreichend genug bzw. als zu weitreichend dargestellt wurden. Positive Werte bedeuten dabei, dass es

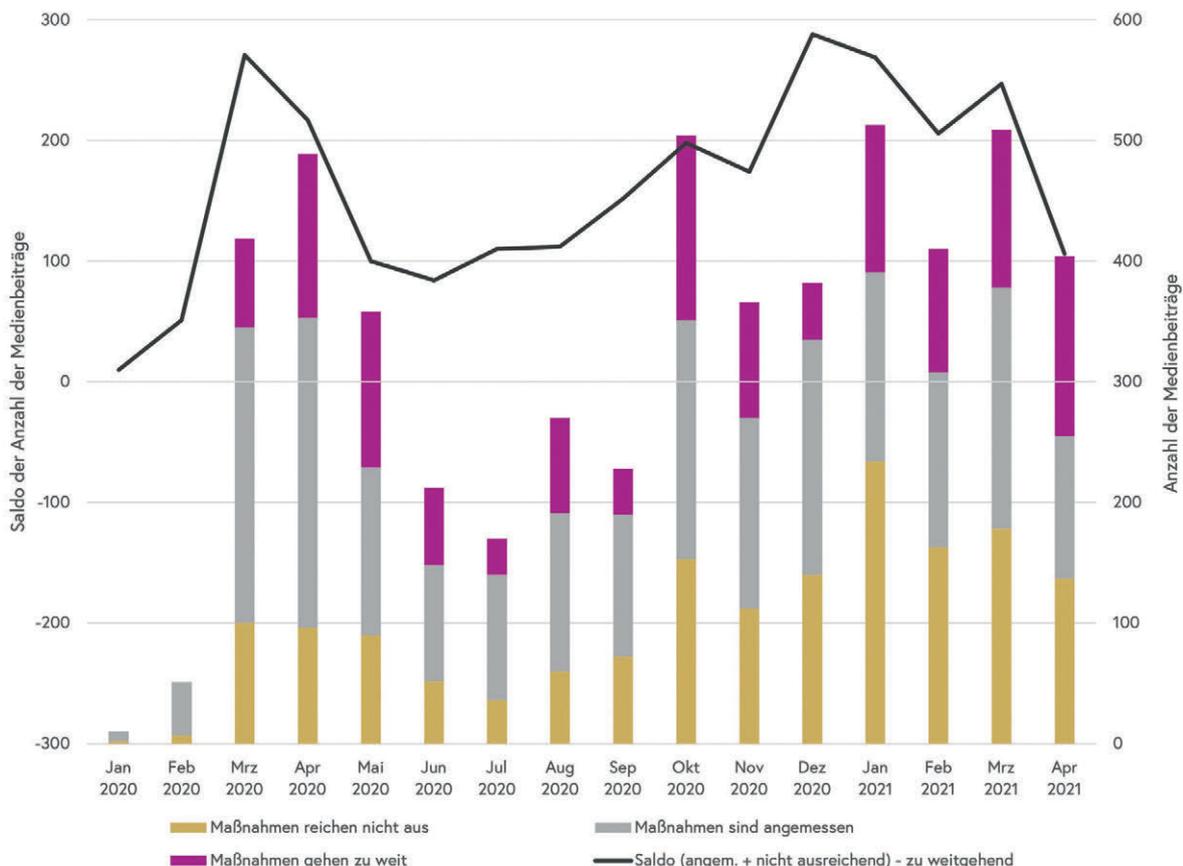


Abbildung 34: Gesamttensor der Bewertung der Corona-Maßnahmen (eine Codierung pro Beitrag) sowie Saldo der Beiträge, in denen die Corona-Maßnahmen als angemessen oder nicht weitreichend genug bzw. zu weitreichend bezeichnet wurden. Basis: Alle Beiträge, in denen der Gesamttenor der Bewertung der Corona-Maßnahmen bewertet wurde (N=5.295; gewichtet).

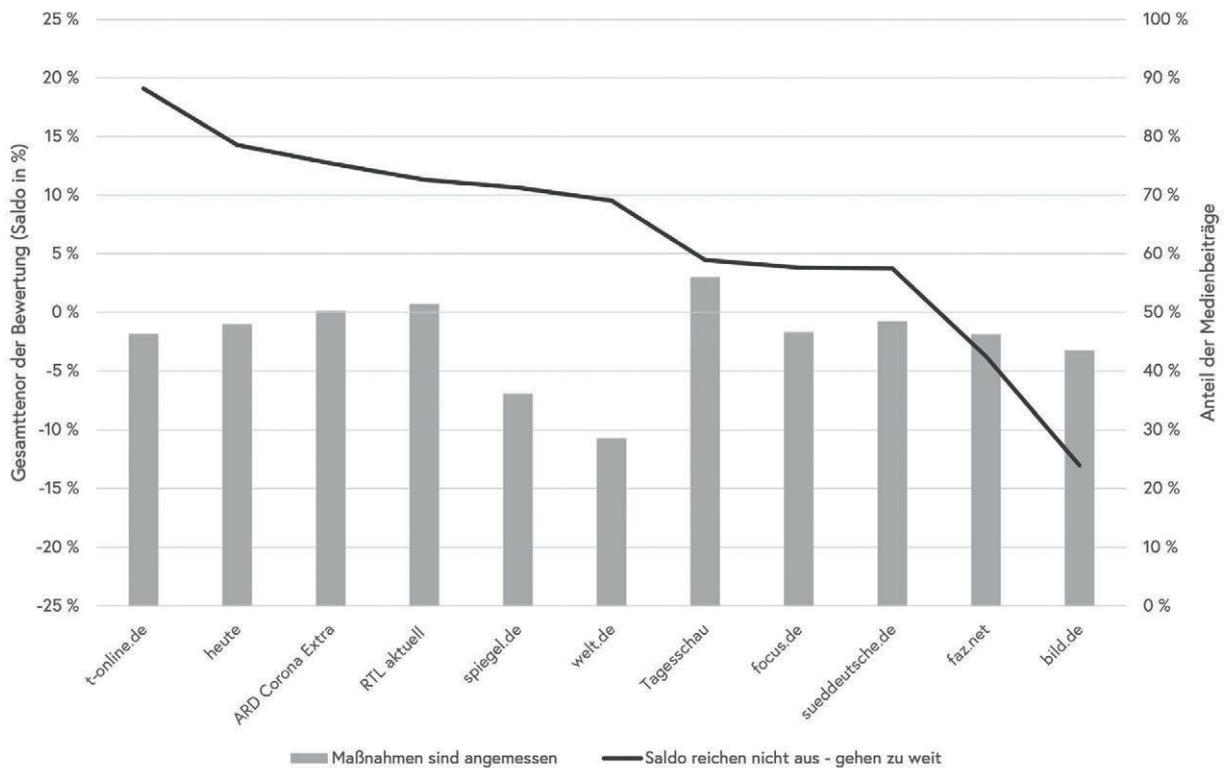


Abbildung 35: Gesamttendor der Bewertung der Corona-Maßnahmen im Medienvergleich. Ausgewiesen sind der Saldo des Anteils von Beiträgen, die die Maßnahmen als zu weitgehend bzw. als nicht ausreichend darstellen sowie der Anteil an Beiträgen, die die Maßnahmen für angemessen halten. Positive Werte bedeuten dabei, dass es einen Überhang von Beiträgen gab, die die Maßnahmen als nicht ausreichend darstellten, negative Werte, dass es einen Überhang von Beiträgen gab, die die Maßnahmen als zu weitgehend darstellten. Basis: Alle Beiträge, in denen der Gesamttendor der Bewertung der Corona-Maßnahmen bewertet wurde (N=5.295; gewichtet).

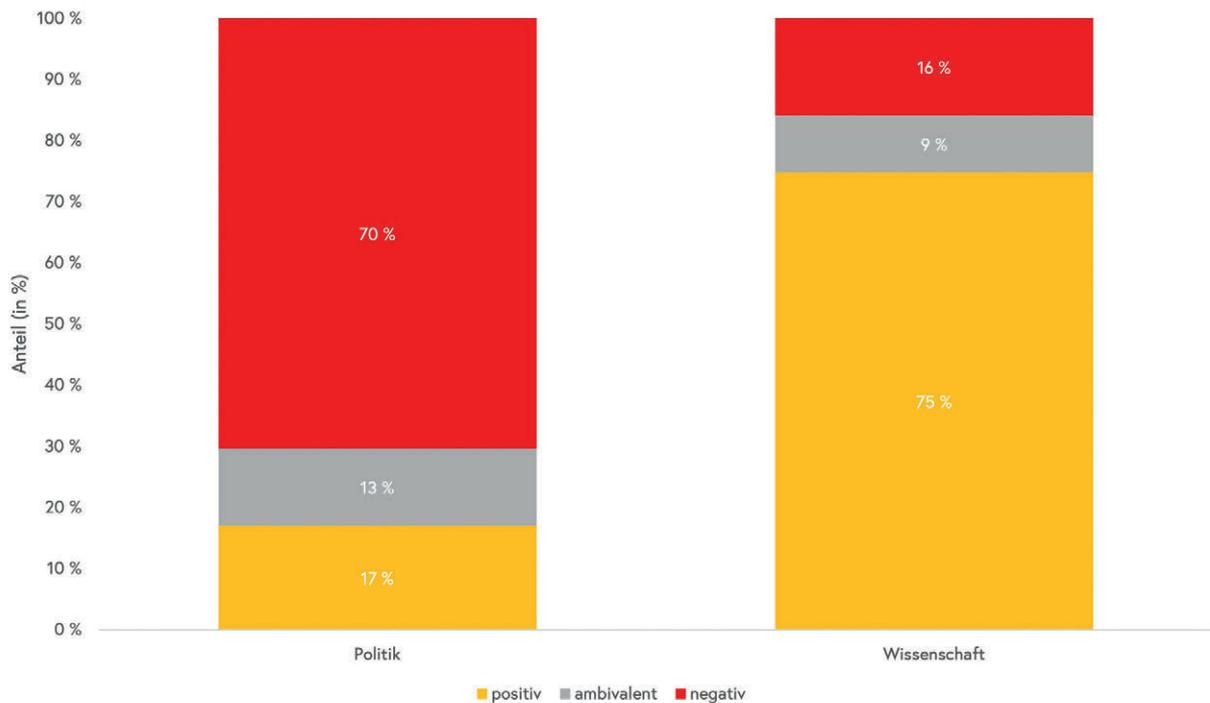


Abbildung 36: Beurteilung der Kompetenz von Politik und Wissenschaft. Basis: Alle Beiträge, in denen eine solche Beurteilung für die Politik (N=1.962; gewichtet) und/oder Wissenschaft (N=957; gewichtet) vermittelt wurde.

einen Überhang von Beiträgen gab, die die Maßnahmen als nicht ausreichend darstellten, negative Werte, dass es einen Überhang von Beiträgen gab, die die Maßnahmen als zu weitreichend darstellten. Basis sind jeweils alle Beiträge, in denen entsprechende Urteile erkennbar waren.

Die Analyse zeigt zunächst, dass alle Medien bis auf zwei die Maßnahmen in mehr als 40 Prozent der einschlägigen Beiträge als angemessen darstellten. Die Werte reichten dabei von 44 Prozent für bild.de bis zu 56 Prozent für die Tagesschau. Darunter liegen nur die Welt und spiegel.de mit 36 bzw. 29 Prozent. In diesen Medien war demnach in deutlich mehr Beiträgen eine kritische Haltung gegenüber den Maßnahmen erkennbar, die allerdings in beiden Fällen per Saldo nicht so stark ausgeprägt war wie bei den anderen Medien. Es gab hier also sowohl deutlich mehr Beiträge, in denen noch weitreichendere, als auch mehr Beiträge, die weniger weitreichende Maßnahmen forderten.

Noch deutlicher wird die redaktionelle Haltung der untersuchten Medien allerdings am Saldo von Beiträgen, die die Maßnahmen als zu weitreichend bzw. nicht weitgehend genug darstellten. Die stärkste Positionierung für strengere oder mehr Maßnahmen ist bei t-online zu erkennen (Saldo = +19 %), etwas schwächer auch bei heute (+14 %), dem ARD Corona Extra (+13 %), RTL aktuell (+11 %), spiegel.de (+11 %) und welt.de (+10 %). Eine zweite Gruppe von Medien weist nur einen kleinen Überhang von Beiträgen auf, in denen strengere Maßnahmen als notwendig erschienen. Zu dieser Gruppe zählen die Tagesschau (+5 %), focus.de (+4 %) und sueddeutsche.de (+4 %). Zwei Medien schließlich lassen über den gesamten Untersuchungszeitraum einen Überhang von Beiträgen erkennen, in denen die Maßnahmen als zu weitreichend erschienen. Dies sind mit einer leichten Tendenz faz.net (-4 %) und mit dem deutlichsten Tenor bild.de (-13 %) (Abbildung 35).

Bewertung der Kompetenz von Wissenschaft und Politik

Als weiteren Indikator für Ausgewogenheit betrachten wir, wie die Medien die Kompetenz von Wissenschaft und Politik beurteilten. Dafür ziehen wir an dieser Stelle zu-

nächst nicht die Bewertung einzelner Akteurinnen und Akteure heran, sondern den Eindruck, den die Beiträge insgesamt von der auf die Pandemie bezogenen Sachkenntnis und der Problemlösungsfähigkeit von Wissenschaft und Politik hinterließen.

Insgesamt waren entsprechende Urteile über „die Politik“ in etwas mehr als 12 Prozent der Beiträge zu erkennen, für „die Wissenschaft“ traf dies in etwa 6 Prozent der Beiträge zu. Dabei zeigt sich eine nahezu spiegelverkehrte Bewertung von Politik und Wissenschaft.

Während die Kompetenzen der Politik in knapp drei Viertel der Beiträge negativ bewertet wurde, wurde die Wissenschaft in etwa demselben Umfang positiv bewertet.

Nur in 16 Prozent der Berichte erschienen Vertreterinnen und Vertreter der Wissenschaft als inkompetent (Abbildung 36).

Der Blick auf den zeitlichen Verlauf offenbart dabei eine drastische Veränderung: Sieht man von Januar und Februar ab, als es kaum Bewertungen gab, dann überwiegen in der Folge fast immer die negativen Urteile über die Politik und die positiven über die Wissenschaft. Vergleichsweise positiv fielen die Bewertungen der Politik im April 2020 und dann wieder im September 2020 aus, also während des ersten Lockdowns und am Ende der Sommerferien 2020. Danach verschlechterte sich das Bild der Politik jedoch dramatisch und erreichte im März 2021 seinen Tiefpunkt. Ein Grund dafür dürften Vorwürfe gewesen sein, die Politik sei zu zögerlich bei den Beschlüssen über die Corona-Maßnahmen gewesen und habe immer wieder unglücklich agiert. Dagegen fielen die Urteile über die Wissenschaft nach einem relativen Tief im August 2020 im folgenden Herbst, Winter und Frühjahr wieder deutlich positiver aus (Abbildung 37).



Abbildung 37: Bewertung der Kompetenz von Wissenschaft und Politik im Zeitverlauf. Saldo aus positiven (kompetent) und negativen (inkompetent) Beiträgen. Negative Werte bedeuten einen Überhang von Beiträgen, in denen die Kompetenzen negativ beurteilt wurden. Positive Werte bedeuten einen Überhang von Beiträgen, in denen die Kompetenzen positiv beurteilt wurden. Basis: Alle Beiträge, in denen eine solche Beurteilung für die Politik (N=1.962; gewichtet) und/oder Wissenschaft (N=957; gewichtet) vermittelt wurde.

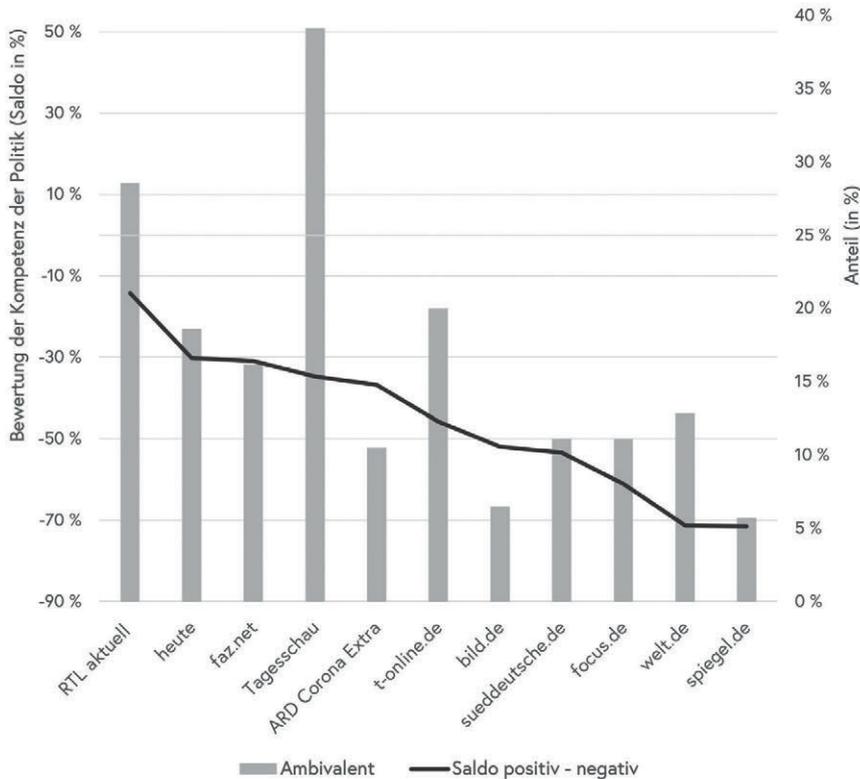


Abbildung 38: Bewertung der Kompetenz der Politik im Medienvergleich. Saldo aus positiven (kompetent) und negativen (inkompetent) Beiträgen. Negative Werte bedeuten einen Überhang von Beiträgen, in denen die Kompetenzen negativ beurteilt wurden. Positive Werte bedeuten einen Überhang von Beiträgen, in denen die Kompetenzen positiv beurteilt wurden. Basis: Alle Beiträge, in denen eine solche Beurteilung für die Politik vermittelt wurde (N=1.962; gewichtet).

Ein abschließender Medienvergleich zur Bewertung der Kompetenz der Politik zeigt erneut deutliche Differenzen. Als Indikatoren verwenden wir hier einerseits den Anteil an Beiträgen mit einer ambivalenten, also tendenziell eher differenzierten und ausgeglichenen Bewertung, sowie den Saldo von Beiträgen, die einen eindeutig negativen oder positiven Tenor erkennen lassen. Zunächst ist festzuhalten, dass bei allen Medien die negativen Urteile über die Fähigkeiten der Politik deutlich überwogen. Am wenigsten schlecht stand die Politik bei RTL aktuell dar (-14 %), bei allen anderen Medien lag der Überhang negativer Beiträge dagegen bei 30 Prozentpunkten und höher. Bei bild.de, sueddeutsche.de, focus.de, welt.de, und spiegel.de fielen sogar mehr als die Hälfte bis knapp drei Viertel der Beiträge, in denen die Kompetenz der Politik bewertet wurde, ein negatives Urteil. Hinzuweisen ist dabei noch auf den hohen Anteil ambivalenter Beiträge bei RTL aktuell (29 %) und vor allem der Tagesschau (39 %). Offenbar wurde hier in besonderer Weise versucht, unterschiedliche Urteile über die Politik in der Berichterstattung aufzugreifen. In diesem Sinne kann man die beiden Sendungen im Hinblick auf diesen Indikator als besonders ausgewogen betrachten. bild.de und spiegel.de hatten dagegen mit weniger als 10 Prozent den geringsten Teil an ambivalenten Artikeln, vermittelten also in einzelnen Artikeln am häufigsten einen eindeutigen Eindruck (Abbildung 38).

Bewertung einzelner Akteure

Nachdem wir einen Blick auf die Bewertung der Kompetenz von „Politik“ und „Wissenschaft“ geworfen haben, wollen wir den Blick noch einmal weiten und die Bewertung einiger wichtiger Einzelakteure und Gruppen werfen. Grundlage ist die Erhebung von bis zu fünf Hauptakteuren in den Beiträgen, für die jeweils auch codiert wurde, ob eine klare wertende Tendenz eines Beitrags erkennbar war. Ein solcher wertender Tenor kann beispielsweise durch explizite Wertungen der Autoren (etwa in Kommentaren) oder durch die Wiedergabe von Zitaten oder Sachverhalten entstehen, die in Beiträgen wiedergegeben werden. Dass unsere Analyse an dieser Stelle eher konservativ vorgeht, wird daran deutlich, dass nur in etwas weniger als jedem fünften Beitrag überhaupt eine entsprechende Codierung vorgenommen wurde (19 %). In diesen Beiträgen wurde etwa 4.500 Mal eine deutlich wertende Tendenz in der Darstellung einzel-

ner Akteure codiert. In sieben von zehn Fällen (71 %) fielen diese Bewertungen negativ aus, in 8 Prozent ambivalent und in etwa zwei von zehn Fällen positiv (21 %). Dies ist eine in Untersuchungen politischer Berichterstattung durchaus übliche und nicht überraschende Quote. Typischerweise überwiegt der Tadel an der Politik das Lob bei Weitem.

Anhand einer Reihe von Akteuren, die in der Berichterstattung am häufigsten vorkamen bzw. am häufigsten bewertet wurden, kann man nochmals im Detail nachvollziehen, wie die medialen Sympathien verteilt waren. Mit deutlichem Abstand am besten kamen die Impfstoffhersteller weg. Nur 30 Prozent der Beiträge mit wertender Tendenz über sie fielen negativ aus und man kann annehmen, dass es in diesen Beiträgen häufig um AstraZeneca ging, etwa aufgrund der zeitweisen Lieferproblematik und der später festgestellten Nebenwirkungen. Vergleichsweise positiv werden von den politischen Akteuren Bundesfinanzminister Olaf Scholz und der sehr viel häufiger vorkommende bayerische Ministerpräsident Markus Söder beurteilt. „Nur“ etwa die Hälfte der wertenden Beiträge fielen bei ihnen negativ aus.

Dagegen wurden Angela Merkel, die mit Abstand am häufigsten vorkam, sowie Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, der in punkto Präsenz an zweiter Stelle lag, mit einem Anteil von 70 Prozent aller wertender Beiträge deutlich skeptischer beurteilt.

Die Urteile über Armin Laschet, die Europäische Union, die Bundesregierung insgesamt, die Landesregierungen als Sammelkategorie und vor allem die Ministerpräsidentenkonferenz, die wir als gesonderten „Akteur“ erhoben habe,

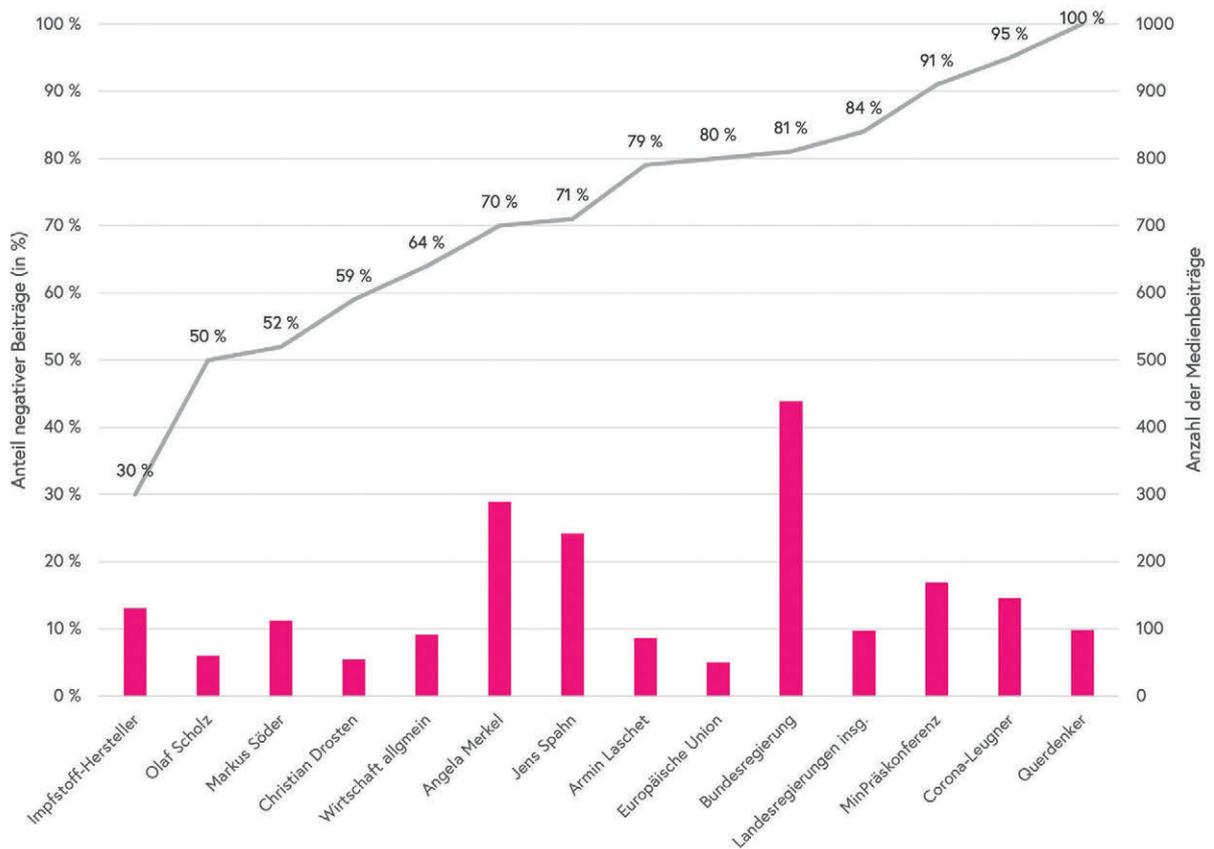


Abbildung 39: Bewertung häufig vorkommender Akteure. Anteil negativer Beiträge an allen, in denen eine wertende Tendenz festgestellt werden konnte sowie Anzahl aller Beiträge mit einer wertenden Tendenz. Basis: Alle Beiträge, in denen die jeweiligen Akteure wertend beurteilt wurden (N=2.063; gewichtet).

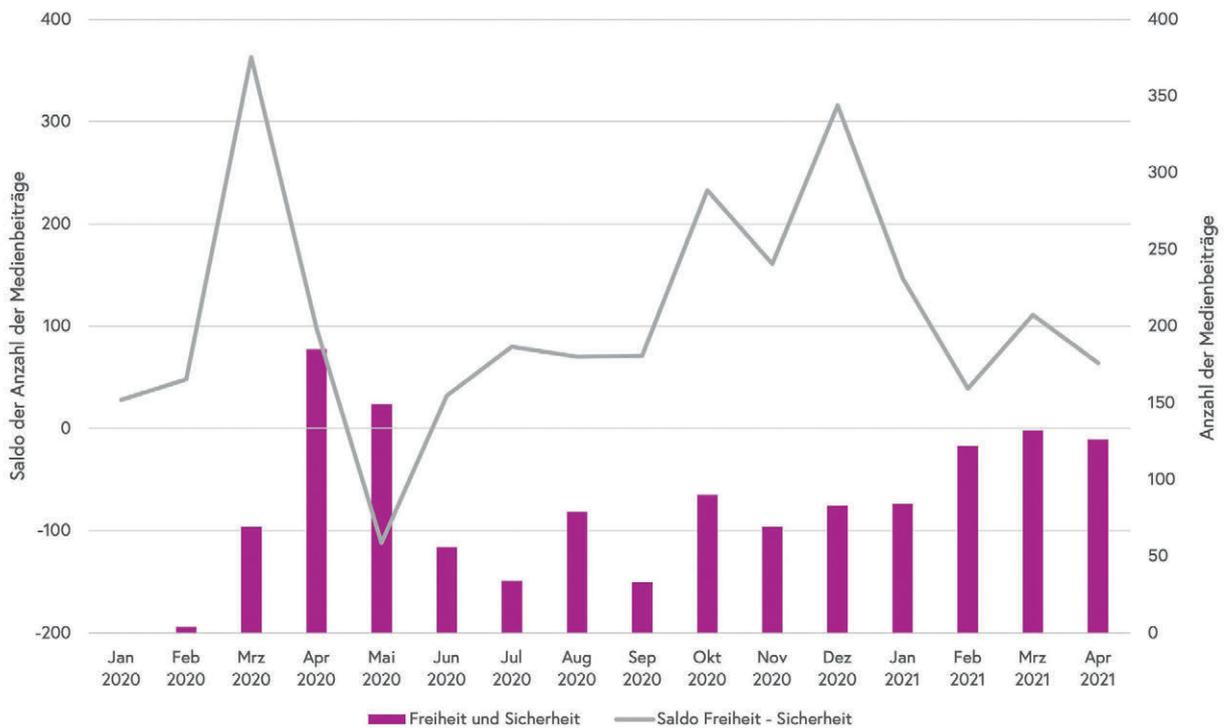


Abbildung 40: Sicherheits- und Freiheits-Frame im Zeitverlauf. Ausgewiesen ist der Saldo von Beiträgen mit einer sicherheits- oder freiheitsorientierten Perspektive sowie die Zahl von Beiträgen, in denen die Bedeutung beider Werte gleichermaßen betont wurde. Basis: Alle Beiträge, in denen der Sicherheits- vs. Freiheits-Frame vorkam (N=6.171; gewichtet).

fallen sogar nochmal ein Stück kritischer aus und erreichen das Negativ-Niveau der Darstellung von „Corona-Leugnern“ und „Querdenkern“ (Abbildung 39).

Sicherheit vs. Freiheit

Als letzten Indikator für die Ausgewogenheit der Corona-Berichterstattung wollen wir betrachten, in welchem Umfang in der Berichterstattung eine eher sicherheits- oder eine eher freiheitsorientierte Sichtweise eingenommen wurde (Sicherheits- vs. Freiheits-Frame). Als sicherheitsorientiert wurden solche Beiträge gewertet, in denen deutlich wurde, dass Einschränkungen der persönlichen Freiheiten zugunsten von Infektionsschutz und Pandemiebekämpfung notwendig oder zumindest akzeptabel sind. Als freiheitsorientiert wurden Beiträge gewertet, wenn die Freiheit als höheres Gut bewertet und dementsprechend Einschränkungen als ungerechtfertigt oder übertrieben kritisiert wurden. Codiert werden konnte außerdem, wenn Freiheit und Sicherheit als gleich wichtig bezeichnet oder zu einem Ausgleich der beiden Werte aufgerufen wurde.

Über den gesamten Zeitraum finden sich in etwa 40 Prozent der Beiträge entsprechende Aussagen, die Schlüsse auf eine sicherheits- oder freiheitsorientierte Position zulassen. Dabei dominierte mit einem Anteil von knapp zwei Dritteln die sicherheitsorientierte Perspektive. In etwa einem Fünftel der Beiträge erschienen sowohl Freiheit als auch Sicherheit als wichtig und nur in 14 Prozent wurde eine klar freiheitsorientierte Perspektive eingenommen. Besonders stark dominierte die sicherheitsorientierte Sichtweise zu Beginn der ersten und während der zweiten Welle, also im März 2020 und zwischen Oktober und Dezember 2020. Die freiheitsorientierte Perspektive überwog dagegen nur einmal während der Lockerungsdiskussionen im Mai 2020. Allerdings war der Überhang von Beiträgen mit einer sicherheitsorientierten Perspektive zu Beginn des Jahres 2021 dann deutlich rückläufig. Dass die mediale Berichterstattung zunehmend von einer eher abwägenden Haltung geprägt war, belegt auch ein Blick auf die Beiträge, in denen Freiheit und Sicherheit als gleichberechtigte Werte dargestellt wurden, die abzuwägen seien. Sie waren schon im April und Mai 2020 besonders häufig, ihre Zahl stieg dann aber seit Oktober 2020 fast kontinuierlich an (Abbildung 40).

Wirft man zuletzt noch einen Blick auf die Medienunterschiede, dann stellt man fest, dass sich die Medien im Anteil von Beiträgen mit einer ausgeglichenen Perspektive auf Freiheit und Sicherheit kaum unterscheiden. Dies ist bei den Beiträgen mit einer klareren Präferenz für eine der beiden Sichtweisen jedoch nicht der Fall. Anhand des Saldo aus Beiträgen mit sicherheits- und freiheitsorientierter Sichtweise werden deutliche Differenzen zwischen den Medien erkennbar. Die stärkste Dominanz einer sicherheitsorientierten Perspektive ist hier mit einem Saldo von mehr als 60 Prozent bei den drei Hauptnachrichtensendungen von ARD, ZDF und RTL erkennbar. Bei allen anderen Medien schwankt dieser Wert um 50 Prozent und nur welt.de liegt etwas deutlicher darunter. Die sicherheitsorientierte Sichtweise dominiert hier „nur“ mit einem Überhang von 35 Prozent (Abbildung 41).

5.6 Einordnung/Kontextualisierung (analytische Qualität)

Als Indikatoren für die Einordnungsleistung oder analytische Qualität der Berichterstattung betrachten wir erstens, ob Zahlen zum Pandemiegeschehen z. B. historisch, im Ländervergleich oder im Vergleich mit anderen Krankheiten kontextualisiert wurden. Zweitens geht es um die Frage, ob verschiedene Folgen der Corona-Maßnahmen (z. B. ökonomische, medizinische, psychosoziale) gegeneinander abgewogen wurden.

Einordnung von Zahlen zur Pandemie

Ein Vorwurf, der gerade zu Beginn der Pandemie im Hinblick auf die Berichterstattung laut wurde, war, Zahlen würden ohne Kontext und Einordnung wiedergegeben, was deren Verständnis und Beurteilung behindern würde. Wir haben uns hierfür eine Reihe von Sachverhalten angeschaut, ob diese in den untersuchten Artikeln vorkamen und – sofern dies der Fall war – über Zeitvergleiche, Ländervergleiche, Vergleiche mit anderen Krankheiten oder sonstige

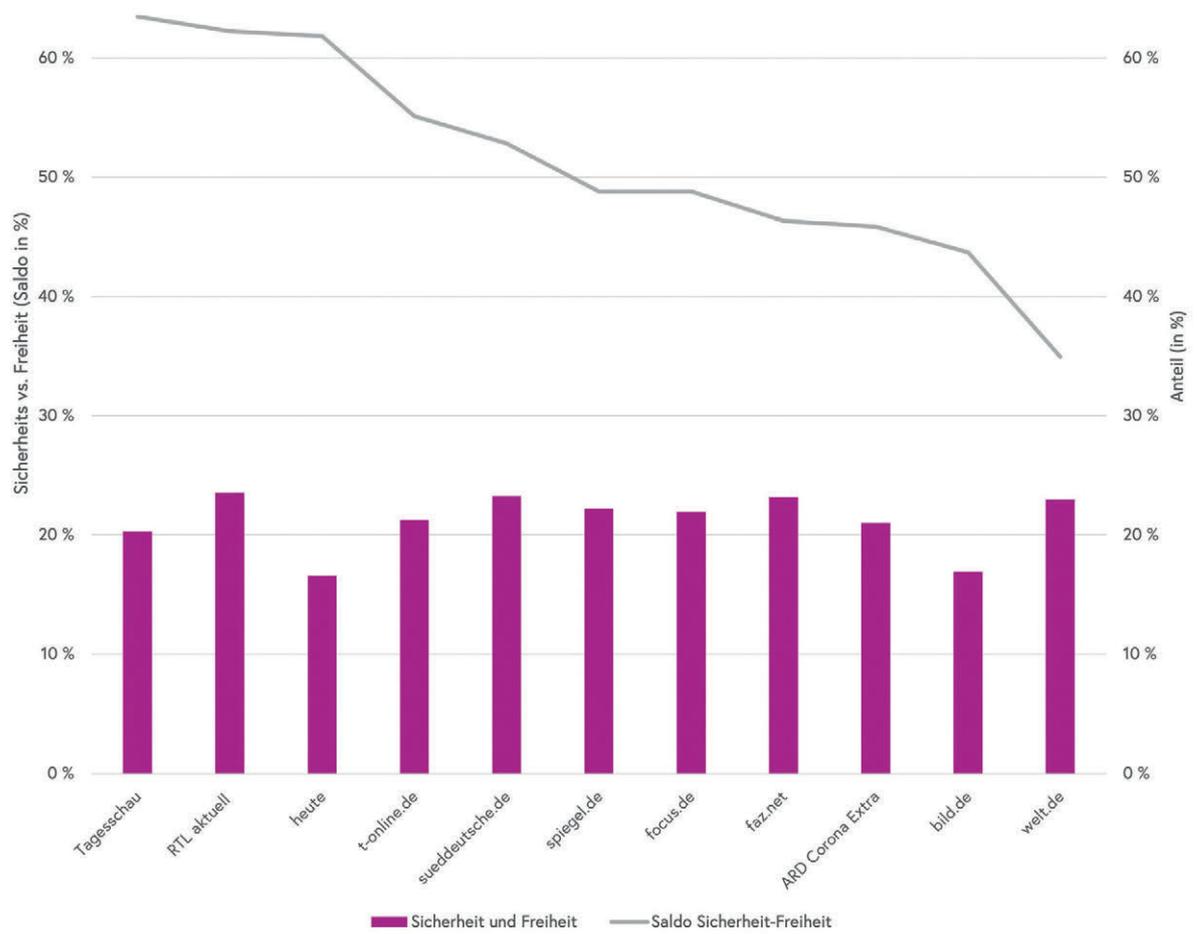


Abbildung 41: Sicherheits- und Freiheits-Frame im Medienvergleich. Ausgewiesen ist der Saldo von Beiträgen mit einer sicherheits- oder freiheitsorientierten Perspektive sowie der Anteil von Beiträgen, in denen die Bedeutung beider Werte gleichermaßen betont wurde. Basis: Alle Beiträge, in denen der Sicherheits- vs. Freiheits-Frame vorkam (N=6.171; gewichtet).

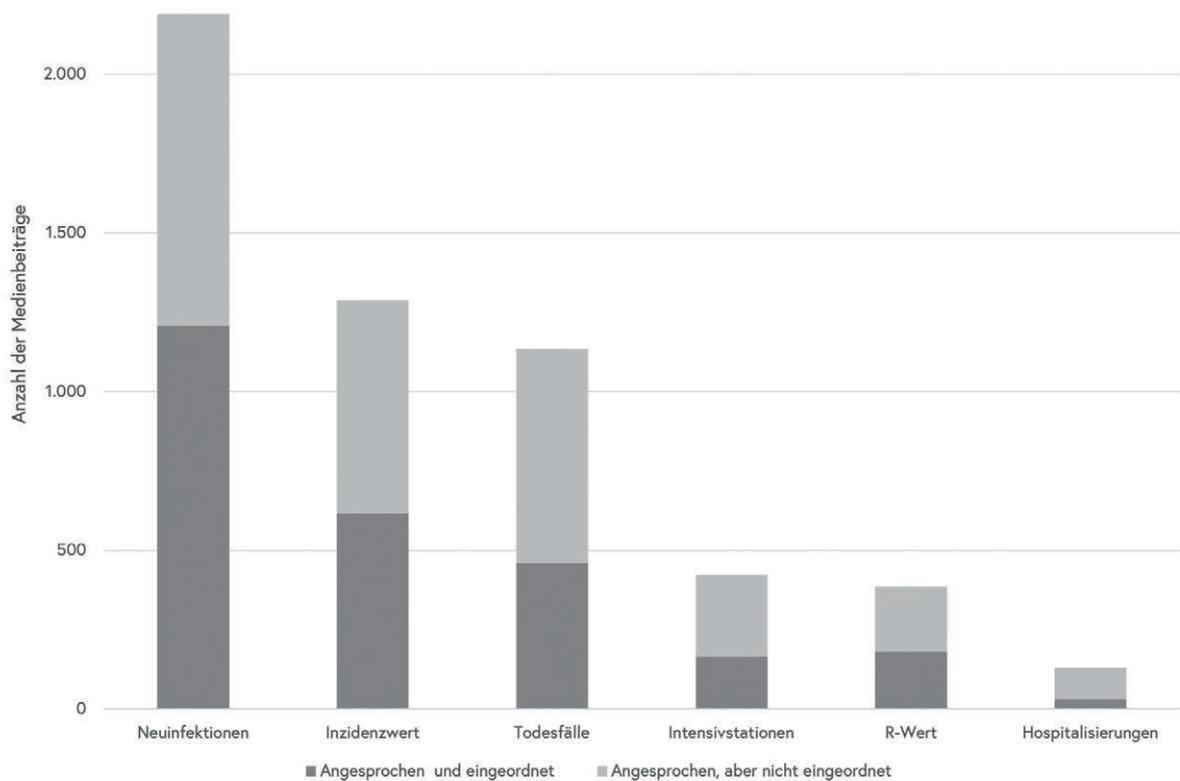


Abbildung 42: Einordnung von Daten zur Pandemie durch Vergleiche. Basis: Alle Beiträge, in denen die jeweiligen Zahlen genannt und entweder durch Vergleiche kontextualisiert wurden oder nicht (N=5.550; gewichtet).

Vergleiche kontextualisiert wurden. Dabei sei nochmals darauf verwiesen, dass wir die kontinuierlich aktualisierten Rubriken, in denen die Entwicklung der wichtigsten Daten, Kennziffern und Indizes zur Pandemie auf vielen der einbezogenen Webseiten ständig dokumentiert wurde, in dieser Analyse nicht berücksichtigt haben. Es geht hier also allein um „echte“ redaktionelle Beiträge.

Es zeigt sich zunächst, dass in den Beiträgen, in denen die Zahl der Neuinfektionen, Inzidenzwerte, Todesfälle, der Hospitalisierungen auf Intensivstationen, R-Werte oder Hospitalisierungen insgesamt vorkamen, in jeweils etwa der Hälfte aller Fälle eine Einordnung dieser Zahlen vorgenommen bzw. nicht vorgenommen wurde. Am höchsten war der Anteil der Einordnungen dabei in den Fällen, in denen die Zahl der Neuinfektionen vorkam, deutlich niedriger dagegen, wenn es um Todesfälle, die Belegung von Intensivstationen oder Hospitalisierungen ging (Abbildung 42).

Ein genauerer Blick auf die Darstellung der am häufigsten vorkommenden Kennziffern zu Neuinfektionen, Inzidenzwerten und Todesfällen zeigt allerdings, dass es sich in der großen Mehrheit der Fälle nicht um komplexere Einordnungen oder auch Vergleiche mit anderen Krankheiten handelte. Vielmehr dominierten mit einem Anteil von 85 Prozent bei den Neuinfektionen, 71 Prozent bei den Inzidenzwerten und 64 Prozent bei den Todesfällen Vergleiche über die Zeit, also mit der bisherigen Entwicklung. Ländervergleiche waren bei den Todesfällen am häufigsten (19 %), gefolgt von den Inzidenzwerten (14 %) und den Neuinfektionen (8 %). Vergleiche mit anderen Krankheiten fielen dagegen nur im Zusammenhang mit den Todesfällen zahlenmäßig ins Gewicht. Betrachtet man die drei am häufigsten genannten Kennziffern im Zeitverlauf, dann ergibt sich außerdem, dass insbesondere die Neuinfektionen ab dem Juli 2020 überwiegend (über Zeitvergleiche) kontextualisiert wurden, während dies bis dahin meist nicht der Fall gewesen war. Auch die Zahl der Todesfälle wurde ab März 2020 bis in den September zunehmend kontextualisiert, allerdings nahm die Häufigkeit der Vergleiche danach wieder deutlich ab (Abbildung 43).

Abwägung von Folgen der Pandemie

Ein weiterer Vorwurf, der im Hinblick auf die öffentliche Debatte im Allgemeinen und die mediale Berichterstattung im Besonderen geäußert wurde, war, dass unterschiedliche Auswirkungen der Pandemie bzw. der Maßnahmen nicht hinreichend thematisiert bzw. gegeneinander abgewogen worden seien. Verbunden war dies beispielsweise mit dem Vorwurf, dass allein medizinische und epidemiologische Argumente die Debatte und Entscheidungen über Maßnahmen prägten, während etwa ökonomische Folgen – zum Beispiel für Gewerbetreibende, Freiberufler, Künstler etc. – oder psychosoziale Auswirkungen – zum Beispiel auf Kinder und Jugendliche – nicht hinreichend debattiert und in Entscheidungen berücksichtigt würden.

Vor diesem Hintergrund haben wir betrachtet, wie häufig in den Beiträgen, in denen Folgen der Pandemie bzw. der Maßnahmen thematisiert wurden, diese implizit oder explizit gegeneinander abgewogen wurden. Als implizite Abwägung haben wir dabei Aussagen definiert, in denen eine bestimmte Folge zum Beispiel als „zu wenig beachtet“ oder auch als „zu viel beachtet“ bezeichnet wurde. Als explizite Abwägung haben wir solche Aussagen definiert, in denen eine ausdrückliche Gegenüberstellung von Folgen stattfand, etwa wenn ein Statement zitiert wurde, in dem gefordert wird, dass die Bildungschancen der Kinder genauso wichtig sein müssten wie der Infektionsschutz oder diese im Gegensatz zu den medizinischen Folgen für Ältere zu wenig beachtet würden.

Der Blick auf die Ergebnisse zeigt zunächst, dass in etwas mehr als der Hälfte der Beiträge Folgen der Pandemie nicht ausdrücklich genannt wurden (54 %), während dies in etwa der anderen Hälfte der Fall war (46 %). In knapp drei Viertel der Beiträge mit Abwägung (72 %) wurden unterschiedliche Folgen nicht gegeneinander abgewogen, während dies in etwas mehr als einem Viertel dieser Beiträge durchaus der Fall war. Allerdings handelt es sich hierbei fast ausschließlich um Abwägungen, die implizit erfolgten, indem beispielsweise eine bestimmte Folge als zu wichtig oder zu unwichtig in der Debatte oder im Kontext politischer Entscheidungen beschrieben wurde. Eine explizite Abwägung fand dagegen

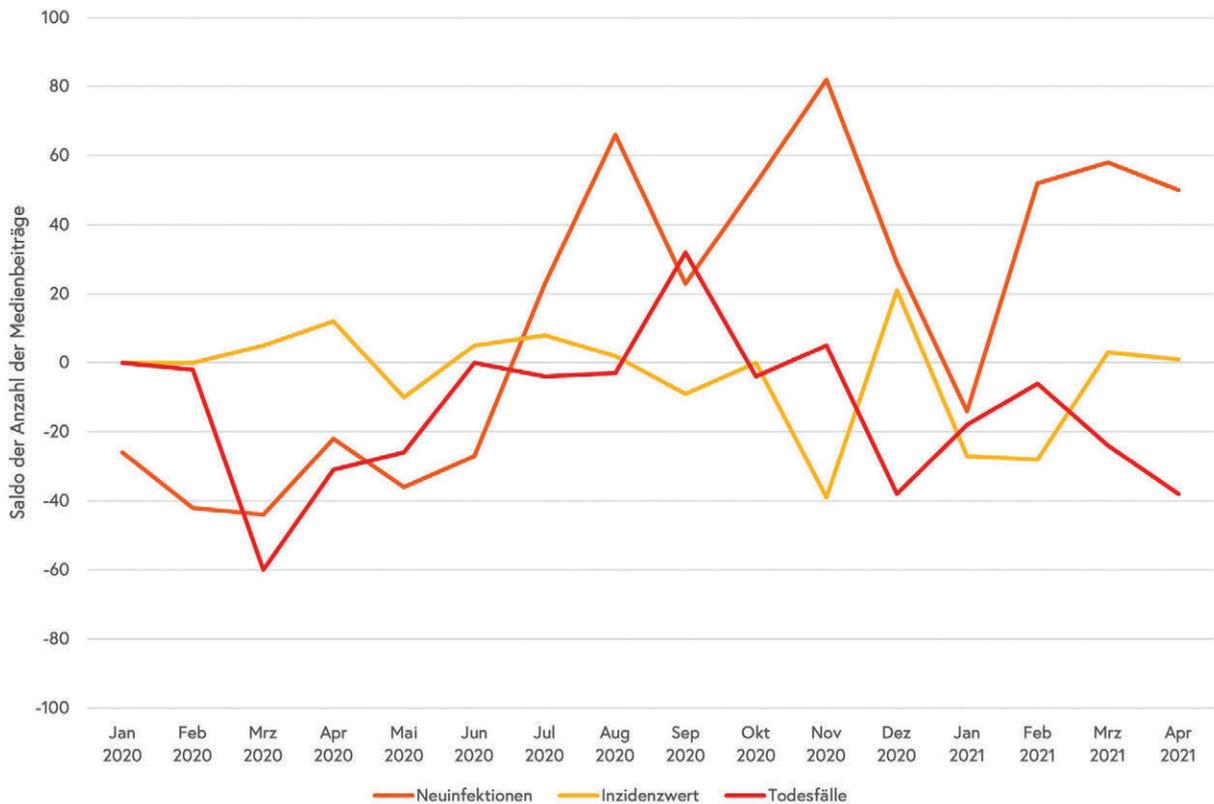


Abbildung 43: Einordnung von Daten zu Neuinfektionen, Inzidenzwerten und Todesfällen durch Vergleiche. Ausgewiesen ist der Saldo von Beiträgen mit und ohne Einordnungen im Zeitverlauf. Positive Werte bedeuten einen Überhang von Beiträgen mit Einordnungen, negative Werte einen Überhang von Beiträgen ohne Einordnung. Basis: Alle Beiträge, in denen die jeweiligen Zahlen genannt und entweder durch Vergleiche kontextualisiert wurden oder nicht (N=5.550; gewichtet).

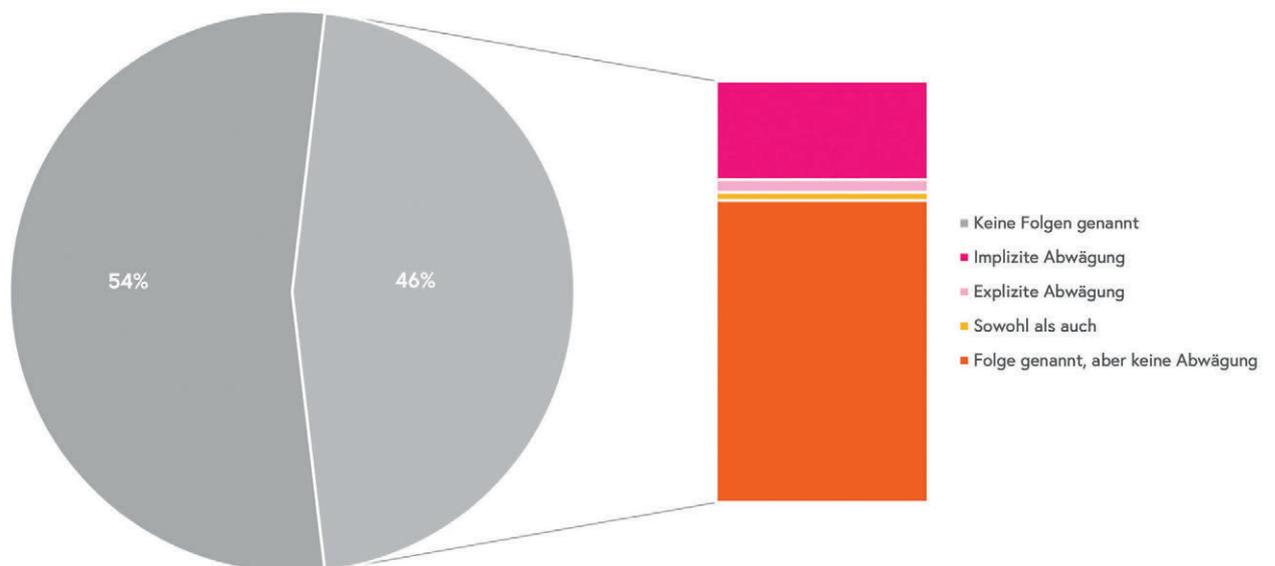


Abbildung 44: Abwägung verschiedener Folgen der Pandemie bzw. der Maßnahmen. Ausgewiesen ist der Anteil an Beiträgen mit und ohne Thematisierung von Folgen sowie der Anteil unterschiedlicher Arten von Abwägungen in den Beiträgen, in denen eine solche stattfand. Basis: Alle Beiträge.

nur in 3 Prozent der Beiträge mit Abwägung statt und sowohl explizite als auch implizite Abwägungen fanden sich in weiteren 2 Prozent. Legt man also einen strengen Maßstab an, dann fand nur in 2 bis 3 Prozent aller und 5 Prozent der Beiträge, in denen Folgen der Pandemie thematisiert wurden, eine abwägende Diskussion ihrer Bedeutsamkeit statt (Abbildung 44).

Betrachtet man die Intensität, mit der in der Berichterstattung unterschiedliche Folgen abgewogen wurden, über die Zeit, dann stellt man fest, dass Abwägungen tatsächlich in der ersten Phase der Pandemie im April 2020 am seltensten vorkamen. Mit zunehmender Dauer überwogen noch

immer Beiträge, in denen Folgen nicht gegeneinander abgewogen wurden, der erste Lockdown sticht in dieser Hinsicht jedoch heraus.

Kritik an einer mangelnden Abwägung von Folgen erscheint also für diese erste Phase besonders gerechtfertigt.

(Abbildung 45)

6. Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen

Journalistinnen und Journalisten waren insbesondere zu Beginn der COVID-19-Pandemie, aber auch in ihrem weiteren Verlauf, vor besondere Herausforderungen gestellt. Es gab in Deutschland in den letzten Jahrzehnten keinerlei Erfahrungen mit einer Pandemie, es handelte sich um ein neuartiges Virus und verlässliche Prognosen über den weiteren Verlauf, den Erfolg von Maßnahmen etc. waren nur bedingt möglich. Noch stärker als sonst waren die traditionellen Nachrichtenmedien also mit einer außerordentlich komplexen und dynamischen Situation konfrontiert, die gleichzeitig von hoher Unsicherheit und potentiell dramatischen Konsequenzen für ihr Publikum geprägt war. Dabei dürfte vielen Journalistinnen und Journalisten rasch klar geworden sein, dass sie in dieser Situation noch mehr als sonst nicht nur einfache Beobachter und Vermittler von Geschehnissen sein würden, sondern eine erhebliche Mitverantwortung

für den weiteren Verlauf der Pandemie und deren Wahrnehmung tragen würden. Denn die medial vermittelten Informationen dürften aufgrund der Neuartigkeit des Themas, der gerade zu Anfang oftmals unklaren Wissensbasis, den gravierenden politischen, ökonomischen und sozialen Folgen der Maßnahmen sowie der potentiell tödlichen Konsequenzen einer Infektion im Hinblick auf die Vorstellungen, Einstellungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung besonders einflussreich gewesen sein. Und selbst diejenigen Medien, die die Pandemie für gefährlich hielten, sahen sich mit der schwierigen Herausforderung konfrontiert, wie man vor den Gefahren der Pandemie warnen konnte, ohne übertrieben Ängste und Panik zu schüren.

Die besonders in Krisen immens wichtige kritische Reflexion der medialen Berichterstattung läuft dabei regelmäßig Gefahr, die Bedingungen der eigenen Kritik und der journalistischen Entscheidungen aus dem Blick zu verlieren. So betrachtet die Kritik zuweilen einzelne verunglückte Beiträge als repräsentativ für die Berichterstattung eines Mediums oder gar „der Medien“, ohne entsprechende Behauptungen systematisch auf breiter Basis zu prüfen. Sie unterliegt mit zunehmender zeitlicher

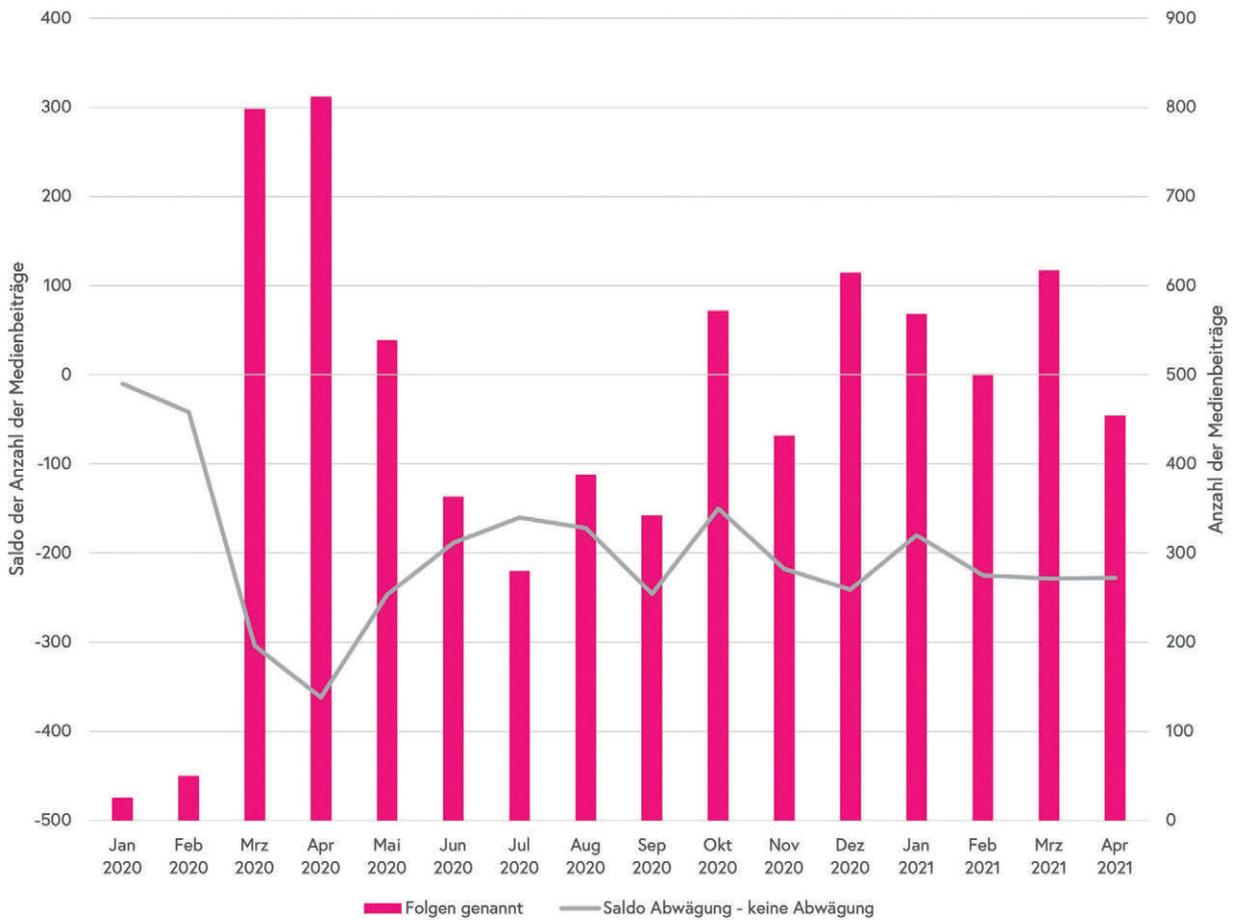


Abbildung 45: Abwägung verschiedener Folgen der Pandemie bzw. der Maßnahmen im Zeitverlauf. Ausgewiesen ist die Anzahl der Beiträge mit einer Thematisierung von Folgen sowie der Saldo von Beiträgen mit und ohne Abwägung. Negative Werte bedeuten einen Überhang von Beiträgen ohne Abwägung, positive Werte bedeuten einen Überhang von Beiträgen mit Abwägung. Basis: Alle Beiträge, in denen eine Folge genannt ist (N=7.357; gewichtet).

Distanz immer stärker der Gefahr eines „hindsight bias“, unterstellt also beispielsweise einen Wissensstand, der den handelnden Akteuren zum Zeitpunkt ihrer Entscheidungen gar nicht zur Verfügung stand. Schließlich steht die Kritik immer wieder in der Gefahr, nicht deutlich und transparent zu machen, inwieweit sie von den eigenen Meinungen zum Thema geprägt ist. Gerade zu Beginn der Corona-Pandemie schien das in der öffentlich geäußerten Kritik an der medialen Berichterstattung immer wieder der Fall zu sein.

Vor diesem Hintergrund bietet die vorliegende Studie mit ihrem quantitativ-standardisierten Vorgehen eine systematische Möglichkeit, sich auf breiter Basis der Frage zu nähern, wie wichtige deutsche Nachrichtenmedien diese besondere Situation der Corona-Krise zwischen Anfang 2020 und Ende April 2021 bewältigt haben. Dabei kann es kaum verwundern, dass das Urteil über die Qualität der Medienberichterstattung je nach Qualitätsdimension, Indikator, Medium und Phase differenziert ausfallen muss. Zudem können im Gegensatz zu eher ereignisunabhängigen Kriterien wie Sachlichkeit oder Einordnungsleistung manche der Indikatoren nicht unabhängig von einer Einschätzung der Ereignislage bewertet werden. So wird ein Urteil über die Angemessenheit der Richtung und Intensität der Kritik an den Maßnahmen und den handelnden Akteuren sicherlich maßgeblich von der Beurteilung des Gefährdungspotenzials von SARS-CoV-2 und COVID-19 sowie der Sinnhaftigkeit der beschlossenen Maßnahmen abhängig sein. Auch die Tatsache, dass fundamentale Gegner der Corona-Politik („Querdenker“) und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die die Gefährlichkeit des Virus und der Pandemie rundheraus abstritten, in den traditionellen Nachrichtenmedien kaum Gehör fanden, kann man nur dann als Mangel an Vielfalt interpretieren, wenn man die Darstellung von Ansichten unabhängig von ihrem Bestätigungsgrad als Beleg für eine hohe Qualität sieht. Ist man dagegen der Ansicht, dass durch die unterschiedslose Repräsentanz von empirisch gut gesicherten und unbelegten Behauptungen eine „false balance“ kriert wird, die u. U. negative Auswirkungen auf die Bekämpfung der Pandemie haben kann, dann wird man eine solche „ausgewogene“ oder „vielfältige“ Darstellung eher kritisch und als Ausweis niedriger Qualität ansehen.

Während die Entscheidung hier vermutlich relativ leicht fällt, ist eine andere Frage schwerer zu beantworten: Vor al-

lem ab der zweiten Pandemiewelle haben die von uns untersuchten Medien nur noch vergleichsweise selten über die negativen wirtschaftlichen und gesundheitlichen Folgen harter Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie berichtet. Die Nöte derjenigen, deren Existenzen durch die Maßnahmen zerstört wurden, oder die dadurch mit psychischen und physischen Problemen zu kämpfen hatten, gerieten zunehmend aus dem medialen Blickfeld. Dies führt zur allgemeinen Frage, ob es auch in einer Pandemie wie dieser zur Vielfalt der Medienberichterstattung gehört, die negativen Nebenfolgen von aus Sicht der Pandemiebekämpfung wünschenswerten Maßnahmen zu thematisieren, auch wenn dies möglicherweise die gesellschaftliche Akzeptanz dieser Maßnahmen mindert. Oder ist die Bekämpfung der Pandemie hier so offensichtlich vorrangig, dass der Grundsatz einer vielfältigen Berichterstattung außer Kraft gesetzt werden kann oder sogar muss?

Ein sehr klares Ergebnis der vorliegenden Studie ist, dass die untersuchten Nachrichtenmedien nicht völlig unkritisch insbesondere gegenüber den Regierungen in Bund und den Ländern waren. Denn Kritik war in den Medien sehr deutlich vorhanden, sowohl an den amtierenden Regierungen und ihren Repräsentanten als auch an den Corona-Maßnahmen. In dieser Hinsicht war die Berichterstattung folglich zugleich regierungsnah und regierungskritisch. Sie war regierungsnah, weil die Medien, ähnlich wie die Politik, überwiegend für harte Maßnahmen plädierten. Sie war zugleich aber auch regierungskritisch, weil den Medien diese Maßnahmen oft gar nicht hart genug erschienen oder zu spät kamen. Schon eher orientierten sich die Medien folglich an dem, was sie als wissenschaftlichen Konsens wahrnahmen. Dass sie dabei zunächst besonders auf einige Virologinnen und Virologen Bezug nahmen, die zu den weltweit angesehensten ihres Faches zählen, spricht zwar nicht für eine vielfältige Berichterstattung, erscheint, wenn es um hochspezialisierte Kompetenzfelder geht, aber durchaus rational. Allerdings hätte die Berichterstattung durchaus auch von dem ein oder anderen Experten in anderen hochspezialisierten Wissenschaftsdisziplinen profitieren können, um den medialen Blick auf die Pandemie um andere Perspektiven auf das Geschehen zu erweitern. Dass die virologischen Experten während der zweiten und dritten Pandemiewelle schließlich zunehmend durch den SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach ersetzt wurden, lässt sich dann allerdings eher nicht mit dessen virologischer Expertise erklären.

Vielmehr war Lauterbach wohl auch deshalb ein in den Medien gern zitierter Experte, weil viele Medien dessen harte Linie im Kampf gegen die Pandemie kannten und schätzten.

Insgesamt nahmen die Medien gegenüber der Pandemie folglich eine eindeutig warnende Haltung ein, die man durchaus als einseitig betrachten kann. Betrachtet man diese Einseitigkeit als Problem, dann kann man dies allerdings nur aus einer Position tun, die die Pandemie als eher ungefährlich oder die Maßnahmen als eher übertrieben wahrnimmt. Stellt man dagegen in den Mittelpunkt, dass Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern bislang auch im Hinblick auf die Zahl von Todesfällen vergleichsweise gut durch die Pandemie kam und führt man dies nicht nur auf das gute Gesundheitssystem und die vielen Intensivbetten, sondern auch auf die Maßnahmen zurück, dann kann man diese mediale Mitgliedschaft im „Team Vorsicht“ als Ausweis von Rationalität, Wissenschaftsorientierung und hoher Qualität der Berichterstattung betrachten. Auch hier geht es folglich wieder um die Frage, ob Medien angesichts einer für viele Menschen lebensbedrohenden Krise gemeinsam mit Wissenschaft und Politik alles zur Lösung des Problems unternehmen sollen und dafür auch klassische Qualitätskriterien der Berichterstattung außer Kraft gesetzt oder umgedeutet werden müssen.

Allerdings wird in unseren Daten auch erkennbar, dass die Medien zuweilen den Blick dafür verloren haben, welche Informationen als bekannt vorausgesetzt werden können. Die geringe Beachtung, die das Corona-Virus und seine Eigenschaften sowie der Vergleich zur Influenza als solches fanden, ist dafür ein besonders eindrückliches Beispiel. Typisch für die Medienberichterstattung in Krisensituationen ist auch die mangelnde Kommunikation von Unsicherheit, die oft fehlende Einordnung statistischer Informationen und die nicht immer zum aktuellen Infektionsgeschehen passende Berichterstattungsmenge. Diese Abweichungen von Qualitätsstandards lassen sich in der Regel mit journalistischen Selektionskriterien und Darstellungsweisen erklären, die sich über Jahrzehnte eingeschliffen haben und vielen heute als unabänderlich erscheinen, z. B. der Fokus auf negative Informationen oder die Überzeugung, die Leser würden komplexe Zusammenhänge ohnehin nicht verstehen.

Wenn wir diese Befunde diskutieren, müssen wir einschränkend noch einmal daran erinnern, dass wir hier nicht

alle Medien und auch nicht alle Formate innerhalb der einzelnen Medien untersucht haben. Möglicherweise sind bestimmte Akteure oder Positionen in anderen Medien oder anderen Formaten (z. B. politischen Talkshows) häufiger vorgekommen. Um dies zu ermitteln, werden wir unsere Analysen auf Regionalzeitungen, so genannten Alternativmedien und Soziale Medien ausweiten. Darüber hinaus konzentriert sich unsere Analyse aus forschungsökonomischen Gründen weitgehend auf überregionale Medienberichterstattung mit Bezug zu Deutschland. Wir können folglich nichts darüber sagen, wie die deutschen Medien über die Pandemie in anderen Ländern berichtet haben, was z. B. im Hinblick auf die Beurteilung verschiedener Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung durchaus ein interessanter Vergleich gewesen wäre. Zugleich können wir nichts über die Regional- und Lokalberichterstattung sagen. Hier wäre z. B. denkbar, dass dort häufiger Betroffene, also z. B. an Covid-19 Erkrankte, zu Wort kommen. Schließlich geben wir auch noch einmal zu Bedenken, dass wir die Menge an statistischen Informationen in den Onlinemedien unterschätzen, weil wir uns auf die journalistische Berichterstattung im engeren Sinne konzentriert und deshalb z. B. die täglich aktualisierten Übersichten zu den Pandemiezahlen außen vor gelassen haben.

Welche Schlussfolgerungen kann man nun aus diesen Ergebnissen ableiten? Aus unserer Sicht ist die Orientierung am besten verfügbaren wissenschaftlichen Sachverstand und dem – sofern vorhanden – wissenschaftlichen Konsens zu einem Thema eine rationale und sinnvolle Strategie für die mediale Berichterstattung über wissenschaftsbezogene Themen. Das gilt für die Corona-Pandemie ebenso wie für andere Themen wie den Klimawandel. Allerdings muss sich der Journalismus im Klaren sein, dass auch Wissenschaft irren kann, sich ein wissenschaftlicher Konsens u. U. erst entwickeln muss und Prognosen daneben liegen können. Es gilt deshalb, das Verständnis für das Funktionieren von Wissenschaft im Journalismus weiter zu fördern, Wissenschafts- und Datenjournalismus zu stärken, ein Bewusstsein für die Unsicherheit und Vorläufigkeit wissenschaftlicher Befunde zu schaffen und eine journalistische Routine zu entwickeln, die nicht die Befunde einzelner Studien über- und die konsensuellen Ergebnisse der Scientific Community insgesamt stellt. Wo Aussagen über einen möglichen Konsens nicht vorliegen, sollten Möglichkeiten gesucht werden, diesen über breitere Befragungen von Expertinnen und Experten oder systematische

eigenständige Recherchen zu untersuchen. Im Vordergrund sollte dabei die wissenschaftliche Expertise der Gesprächspartner stehen und nicht die Übereinstimmung der (vermuteten oder bekannten) Position der Experten mit dem, was Journalistinnen und Journalisten selbst denken oder zum Ausdruck bringen möchten.

Gerade in unsicheren, krisenhaften und potentiell gefährlichen Situationen sollten Journalistinnen und Journalisten dabei in Rechnung stellen, dass auch Entscheider un-

ter ähnlichen Bedingungen handeln wie sie. Dem Publikum und der Sache ist deshalb bei aller Notwendigkeit zu Warnung und Kritik oft mehr mit einer dem Ansatz des konstruktiven Journalismus folgenden Berichterstattung gedient, die nicht nur Probleme aufwirft und Fehler der Handelnden kritisiert, sondern auch Erfolge thematisiert und Lösungen aufzeigt. Diese mindert, nach allem, was wir bisher wissen, Angst und Resignation, verstärkt das Gefühl, dass sich Probleme lösen lassen, und erhöht die Handlungsbereitschaft der Rezipientinnen und Rezipienten.

7. Förderer, Autoren und Dank

Die vorliegende Studie wurde finanziell unterstützt von der Rudolf Augstein Stiftung und dem Bayerischen Forschungsinstitut für Digitale Transformation (bidt).

Die Autoren

Marcus Maurer, Dr., Professor am Institut für Publizistik der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Carsten Reinemann, Dr., Professor am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der Ludwig-Maximilians-Universität München

Simon Kruschinski, MA, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Publizistik der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Dank

Unser Dank gilt den studentischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die die Inhaltsanalyse durchgeführt oder die Studie in anderer Form unterstützt haben:

Team Mainz

Nele Barwinna, Leonie Brücher, Hannah Fecher, Jana Hollstein, Max Leffer, Moritz Leinen, Lissy Thormeier, Franziska Trampert, Johanna Weyersbach

Team München

Alina Jakob, Lena Maurer, Mareike Mithöfer, Anna Sacher

8. Literatur

Alwan, N. A., Burgess, R. A., Ashworth, S., Beale, R., Bhadelia, N., Bogaert, D., Dowd, J., Eckerle, I., Goldman, L. R., Greenhalgh, T., Gurdasani, D., Hamdy, A., Hanage, W. P., Hodcroft, E. B., Hyde, Z., Kellam, P., Kelly-Irving, M., Krammer, F., Lipsitch, M., McNally, A., ... Ziauddeen, H. (2020). Scientific consensus on the COVID-19 pandemic: we need to act now. *Lancet*, 396(10260), e71–e72. [https://doi.org/10.1016/S0140-6736\(20\)32153-X](https://doi.org/10.1016/S0140-6736(20)32153-X)

Boberg, S., Quandt, T., Schatto-Eckrodt, T., & Frischlich, L. (2020). Pandemic populism: Facebook pages of alternative news media and the Corona crisis – A computational content analysis. *ArXiv: 2004.02566 [Cs.SI]*. <http://arxiv.org/abs/2004.02566>

Gesellschaft für Virologie (GfV) (2020). Schreiben von Virologen/innen in Deutschland zu den politisch angeordneten Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung und dem Positionspapier der KBV <https://g-f-v.org/wp-content/uploads/2021/08/Schreiben-zum-Positionspapier-der-KBV.pdf>

Gräf, D. & Hennig, M. (2020). Die Verengung der Welt. Zur medialen Konstruktion Deutschlands unter Covid-19 anhand der Formate ARD Extra - Die Coronalage und ZDF Spezial. https://www.researchgate.net/publication/343736403_Die_Verengung_der_Welt_Zur_medialen_Konstruktion_Deutschlands_unter_Covid-19_anhand_der_Formate_ARD_Extra_-Die_Coronlage_und_ZDF_Spezial

Hale, T., Angrist, N., Goldszmidt, R., Kira, B., Petherick, A., Phillips, T., ... & Tatlow, H. (2021). A global panel database of pandemic policies (Oxford COVID-19 Government Response Tracker). *Nature Human Behaviour*, 5(4), 529–538. <https://doi.org/10.1038/s41562-021-01079-8>

Levin, A. T., Hanage, W. P., Owusu-Boaitey, N., Cochran, K. B., Walsh, S. P., & Meyerowitz-Katz, G. (2020). Assessing the age specificity of infection fatality rates for COVID-19: systematic review, meta-analysis, and public policy implications. *European Journal of Epidemiology*, 35(12), 1123–1138. <https://doi.org/10.1007/s10654-020-00698-1>

Maurer, M., Jost, P., Haßler, J., & Kruschinski, S. (2019). Auf den Spuren der Lügenpresse. Zur Richtigkeit und Ausgewogenheit der Medienberichterstattung in der „Flüchtlingskrise“. *Publizistik*, 64, 15–35.

Maurer, M., Jost, P., Kruschinski, S. & Haßler, J. (2021). Fünf Jahre Medienberichterstattung über Flucht und Migration. Policy-Paper zum von der Stiftung Mercator geförderten Projekt. https://www.stiftung-mercator.de/content/uploads/2021/07/Medienanalyse_Flucht_Migration.pdf

Müller-Jung, J. (2021). Eine epische Schlacht um verlorene Leben. Affäre in der COVID-Forschung. *faz.net*, 14.4.2021. <https://www.faz.net/aktuell/wissen/forscher-john-ioannidis-verharmlost-corona-und-provoziert-17290403.html>

Obermaier, M (2020). Vertrauen in journalistische Medien aus Sicht der Rezipienten. Zum Einfluss von soziopolitischen und performanzbezogenen Erklärgrößen. Wiesbaden.

Quandt, T; Boberg, S.; Schatto-Eckrodt, T.; Frischlich, L. (2020). Pandemic News: Facebook Pages of Mainstream News Media and the Coronavirus Crisis – A Computational Content Analysis. *ArXiv: 2005.13290 [Cs.SI]*, <https://arxiv.org/abs/2005.13290>

Reinemann, C., Zieringer, L., & Mithöfer, M. (2021). Dokumentation zur Ad hoc-Analyse „Meinungsklima Corona“. https://www.researchgate.net/publication/350049227_Dokumentation_zur_Ad_hoc-Analyse_Meinungsklima_Corona

Reinemann, C., Haas, A. & Rieger, D. (2021, May). „I don't care, 'cause I don't trust them!“ - The impact of information sources, institutional trust and populist attitudes on the perception of the COVID-19 pandemic during the first lockdown in Germany. Paper to be presented at the 71st Annual Conference of the ICA, Virtual Conference, 27-31.05.2021. [auch: https://www.researchgate.net/publication/345627403_I_don't_care_'cause_I_don't_trust_them_-_The_impact_of_information_sources_institutional_trust_and_populist_attitudes_on_the_perception_of_the_COVID-19_pandemic_during_the_first_lockdown_in_Germany]

Rieg, T. (2020). Desinfektionsjournalismus. Die Corona-Berichterstattung ist kein Leuchtturm der Orientierung. *journalistik online* [<https://journalistik.online/ausgabe-2-2020/desinfektionsjournalismus/>]

Rommel, A., von der Lippe, E., Treskova-Schwarzbach, M. & Scholz, S. (2021). Bevölkerung mit einem erhöhten Risiko für schwere COVID-19-Verläufe in Deutschland. Auswertungen der Studie GEDA 2019/2020-EHIS. *Journal of Health Monitoring, Special Issue 2*, 1-12. <https://dx.doi.org/10.25646/7858.3>

Robert Koch-Institut (RKI) (2021a). Epidemiologischer Steckbrief zu SARS-CoV-2 und COVID-19. Stand: 14.7.2021. https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Steckbrief.html

Robert Koch-Institut (RKI) (2021b). Täglicher Lagebericht des RKI zur Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19). 30.04.2021 – Aktualisierter Stand für Deutschland. https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Situationsberichte/Apr_2021/2021-04-30-de.pdf?__blob=publicationFile

Schulenburg, J. & Lilienthal, V. (2020). Pandemie-Berichterstattung: Wie kritisch darf's denn sein? [<https://www.br.de/radio/b5-aktuell/sendungen/medienmagazin/medien-wie-kritisch-darf-corona-berichterstattung-sein-in-interview-lilienthal-100.html>]

Stark, B., Riedl, A., Eisenegger, M., Schneider, J., Udris, L., Jandura, O. (2021). Qualität des politischen Nachrichtenangebots in Deutschland. Empirische Kernbefunde aus dem ländervergleichenden Projekt „Media Performance and Democracy“. *Media Perspektiven*, 9/2021, 430-449.

Viehmann, C., Ziegele, M. & Quiring, O. (2020). Gut informiert durch die Pandemie? Nutzung unterschiedlicher Informationsquellen in der Corona-Krise: Ergebnisse einer dreiwöchigen Panelbefragung im Jahr 2020. *Media Perspektiven*, 10-11, 556-577. https://www.ard-werbung.de/file-admin/user_upload/media-perspektiven/pdf/2020/1011-20_Viehmann_Ziegele_Quiring.pdf

Weber, N. (2020). „Der Kampf um Menschenleben ist das Wert.“ Expertenbefragung zu Corona. *Spiegel.de*, 4. April 2021; <https://www.spiegel.de/wissenschaft/medizin/corona-experten-umfrage-zu-massnahmen-der-kampf-um-menschenleben-ist-das-wert-a-24fbbd60-3e04-4f71-b709-b20da7159643>

Impressum

Herausgeberin:

Rudolf Augstein Stiftung
Stephanie Reuter, Geschäftsführerin
Ericusspitze 1, 20457 Hamburg
T +49 40 554 403 33
E kontakt@rudolf-augstein-stiftung.de

Autor*innen:

Prof. Dr. Marcus Maurer
Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Institut für Publizistik
Jakob-Welder-Weg 12, 55128 Mainz
T +49 61 313 929 391, E mmaurer@uni-mainz.de

Prof. Dr. Carsten Reinemann
Ludwig-Maximilians-Universität München
Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienfor-
schung
Oettingenstr. 67, 80538 München
T +49 89 218 094 12, E carsten.reinemann@ifkw.lmu.de

Simon Kruschinski M.A.
Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Institut für Publizistik
Jakob-Welder-Weg 12, 55128 Mainz
T 49 61 313 929 413, E simon.kruschinski@uni-mainz.de

JOHANNES GUTENBERG
UNIVERSITÄT MAINZ



Gefördert
von:



bidt Bayerisches Forschungsinstitut
für Digitale Transformation

EIN INSTITUT DER BAYERISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

Gestaltung: Sven Grot / B-99, Hamburg
Druck: Ahrweiler Offset e.K.

Redaktionsschluss: Hamburg, 25.10.2021

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen: Creative Commons
Alle Texte und Grafiken dieser Publikation stehen
unter Creative Commons, CC BY-NC-SA 3.0 DE.



Informationen zu dieser Lizenz finden
Sie unter [www.creativecommons.org/
licenses/by-nc-sa/3.0/de](http://www.creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/3.0/de)

Rudolf Augstein Stiftung

Ericusspitze 1 · 20457 Hamburg · +49 40 3007 2434

kontakt@rudolf-augstein-stiftung.de · www.rudolf-augstein-stiftung.de
